Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 18. April 2009 — Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland — C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE



Abendstimmung über dem Bundeskanzleramt: Wieviele Pfeile haben die Verantwortlichen noch im Köcher? Bild: AP

Stoff für neue Krisengipfel

Treffen im Kanzleramt – Kommen »Bad Banks« und Transfergesellschaften?

Mit einem weiteren Gipfel von Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften am kommenden Mittwoch im Kanzleramt will die Bundesregierung der Krise die Stirn bieten. Dafür besteht Anlaß, denn die wirtschaftliche Talsohle ist nicht absehbar.

Ökonomen flüchten in schwarzen Humor: Was hat die deutsche Stahlproduktion mit dem Auftragseingang der Industrie gemeinsam? Sie haben sich seit Beginn der Krise halbiert!

Unter diesen Umständen wird das Treffen im Kanzleramt am 22. April, das – wenn auch ohne Terminfestlegung – bereits bei der ersten Runde dieser Art Mitte Dezember geplant war, unweigerlich die Züge eines Krisentreffens annehmen. Der Steuerstreit um Ostern – die SPD fordert kräftige Zuschläge für „Reiche“, die CSU hingegen eine gesetzliche Festlegung, daß von künftigen Steuermehreinnahmen automatisch ein Drittel für Steuersenkungen verwendet wird – mutete zur Wochenmitte bereits merkwürdig überholt an. Steuermehreinnahmen sind in weitester Ferne, Steuerzuschläge für „Reiche“ wiederum haben noch selten funktioniert. Die SPD weiß genau, daß die Besserverdienenden schon jetzt weit überproportional zur Finanzierung des Staates beitragen, neue Lasten führen letztlich nur zu Kapitalflucht oder sogar Emigration. Hier wie dort wird also Wahlkampf gemacht.

> Die Bundesregierung erwägt zwei dramatische Schritte

Vielen schwant, daß die Lage dafür zu ernst sein könnte. Die beiden ersten Konjunkturprogramme beginnen erst ganz allmählich meßbare Wirkung zu entfalten. Während die Bundesregierung versichert, daß in der kommenden Woche nicht über ein drittes Konjunkturprogramm beraten werde, machen in Berlin zwei Vorschläge die Runde, die weiter gehen als jedes Konjunkturprogramm.

Der eine Vorschlag ist der neue Vorstoß des Bundesfinanzministers zur Auslagerung fauler Wertpapiere aus den Bankbilanzen. Am kommenden Dienstag wird zu diesem Zwecke auf hoher Ebene über die Einrichtung sogenannter „Bad Banks“ beraten (s. Seite 7). Wie immer die Gespräche ausgehen: Frappierend ist das unausgesprochene Eingeständnis, daß offenbar selbst der 480 Milliarden Euro schwere Bankenrettungsfonds nicht ausgereicht hat, die Kreditinstitute zu sanieren.

Nicht weniger dramatisch ist bei Licht besehen der Vorschlag, sogenannte „Transfergesellschaften“ einzurichten. Da die Bundesregierung ab Spätsommer eine große Konkurswelle und Massenentlassungen befürchtet, die dann nicht mehr mit Kurzarbeit aufzufangen sind, sollen öffentliche Unternehmen, eben „Transfergesellschaften“, die von Freistellung bedrohten Mitarbeiter übernehmen. Unklar ist, was diese dort täten – vermutlich handelt es sich um eine Variante der „Kurzarbeit Null“ der frühen neunziger Jahre. Über das Thema soll Medienberichten zufolge am kommenden Donnerstag der Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit beraten. *Konrad Badenheuer*

Wilhelm v. Gottberg:

Nein zur Aufrechung

Die Bundesregierung hat die Mitglieder des Stiftungsrates der Stiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ berufen. Berufen wurden die Personen, die die zur Mitwirkung aufgeforderten Organisationen vorgeschlagen hatten. Für den Bundestag wurden die Abgeordnete Frau Schwall-Dühren und der Vorsitzende der Vertriebenengruppe der Unionsfraktion Fromme berufen.

Das BKM entsendet Kulturstaatsminister Neumann. Dieser hat mitgeteilt, daß die nationalsozialistische Expansions- und Vernichtungspolitik als Ursache für Flucht und Vertreibung in der Dokumentationsstätte dargestellt werden soll.

Dieser Sichtweise werden die Überlebenden von Flucht und Vertreibung, solange sie es vermögen, energisch widersprechen. Nichts rechtfertigt das Verbrechen der gewaltsamen Massenaustreibung. Die Rechtfertigung der Vertreibung mit dem vorausgegangenen NS-Terror ist nichts anderes als Aufrechnung. Jahrzehntelang hat man die Ostdeutschen gemahnt, sie mögen nicht aufrechnen. Nun wird offensichtlich, daß diese Mahnung nicht als allgemeingültige Norm gedacht war, sondern nur der Deutschen galt. Die Vertreiberseite darf aufrechnen, und die deutsche Politik macht sich diese einseitige Aufrechnung sogar zueigen. Das muß verheerende Auswirkungen auf das zukünftige Verhältnis Deutschlands zu seinen ostmitteleuropäischen Anrainerstaaten haben. Darüber hinaus wird damit der in der europäischen Kultur- und Geistesgeschichte absolut fremde Rachegedanke salonfähig gemacht. Die Islamisten wird's freuen.

EU macht Asyl kostspieliger

Bekommen alle Bewerber Anspruch auf Hartz-IV-Vollversorgung?

Die Europäische Union will weitere Zuständigkeiten in der Asylpolitik an sich ziehen. Dabei drohen Beschlüsse mit weitreichenden Konsequenzen.

Besonders teuer dürfte für Deutschland Artikel 17 der geplanten „Festlegung von Mindestnormen für die Aufnahme von Asylbewerbern“ werden. Dort heißt es: „Bei der Berechnung des Betrags der Asylbewerbern zu gewährenden Unterstützung stellen die Mitgliedstaaten sicher, daß der Gesamtbetrag ... dem Betrag der Sozialhilfe entspricht, der eigenen Staatsangehörigen gewährt wird.“ Das bedeutet auf Deutschland übertragen, daß Asylbewerber mit Hartz-IV-Empfängern gleichgestellt werden müssen. Dies bezieht sich aber nicht nur auf die laufenden, monatlichen Geldleistungen. Der von der EU geschaffene Anspruch dürfte sich auch auf die Krankenversicherungsleistungen und die Wohnraumversorgung beziehen. Bisher erhielten Asylbewerber neben Sachleistungen und Geld mindestens ein Drittel weniger als die 351 Euro des Hartz-IV-Regelsatzes. Untergebracht wurden sie in Gemeinschaftsunterkünften, und sie erhielten eine medizinische Grundversorgung. Der Deutsche Städte- und Gemeindebund rechnet nun mit 500 Millionen Euro Mehrkosten, sollte die neue EU-Asylpolitik durchgesetzt werden.

> Es wird gleich dreifach teurer

Doch der Betrag ist offenbar noch zu niedrig angesetzt. Denn die bisherige Regelung, daß Asylbewerber ihren Antrag in dem Staat stellen müssen, in dem sie ankommen, soll zu Gunsten der von Bootsflüchtlingen bedrängten Mittelmeerstaaten gelockert werden. Das würde bedeuten, daß die Zahl der Asylbewerber in Deutschland von derzeit etwa 20000 pro Jahr wieder deutlich ansteigen wird. Auch der Plan der EU, Asylbewerbern bereits nach sechs statt wie bisher erst nach zwölf Monaten die Arbeitsaufnahme zu erlauben, wird in Zeiten von rasant steigender Arbeitslosigkeit den Deutschen nur schwer zu vermitteln sein. *Bel*

Wenig Ideen für Afghanistan

Neue Töne der USA, doch keine echten Lösungsansätze

Teilnehmer der Afghanistan-Konferenz am 30. März in Genf verbreiten pflichtgemäß „vorsichtigen“ Optimismus. Beachtenswert war jedenfalls, daß der Iran eingeladen wurde und daß es am Rande der Veranstaltung „zufällig“ zu einem Treffen des iranischen Vizeaußenministers Mohammed Mehdi Achundsadeh mit dem US-Sonderbeauftragten für Afghanistan und Pakistan, Richard Holbrooke, kam. Laut US-Außenministerin Hillary Clinton werden die beiden „in Kontakt bleiben“.

Geändert hat sich auch der Ton: Die US-Regierung, so Clinton, habe aufgehört, vom „Krieg gegen den Terror“ zu reden. Man wolle Afghanistan dabei unterstützten, die Extremisten von denjenigen zu trennen, „die sich lediglich aus Verzweiflung den Taliban angeschlossen“ hätten. Anders als unter Bush solle „Konsultation statt Konfrontation“ vorherrschen. Tatsächlich verbrachten Holbrooke und US-Generalstabschef Mike Mullen inzwischen zwei volle Tage bei Treffen mit abenteuerlich gewandeten Stammesführern, um diese nach ihrer Meinung zu befragen. Es scheint US-Präsident Barack Obama klar zu sein, daß der Bonus, den er dem Kontrast zu seinem Amtsvorgänger verdankt, schnell aufgebraucht sein könnte.

> »Konsultation statt Konfrontation«

Der US-Forderung nach mehr Truppen kommen die Verbündeten allerdings nur zögerlich nach. Zusagen gibt es bei der Ausbildung von Polizei und Armee, aber fast niemand macht konkrete Angebote oder spricht gar von einer Aufstockung der Kampftruppen. Denn Blitzbesuche von Spitzenpolitikern bei den Truppen vor Ort können nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Einsatz in Europa extrem unpopulär ist, weil realistische Lösungsansätze fehlen.

Die Europäische Union kündigte das Aufstocken ihrer zivilen Afghanistan-Hilfe für die kommenden zwei Jahre um 60 Millionen Euro an. Damit soll auch die für August geplante Wahl unterstützt werden. *Richard G. Kerschhofer*

MELDUNGEN

Tag der Heimat in Berlin

Berlin – Schon jetzt lädt der Bund der Vertriebenen zum Tag der Heimat 2009 ein. Auf der zentralen Kundgebung am 22. August in Berlin wird einmal mehr Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) die Festrede halten. Die Veranstaltung steht unter dem Leitwort: Wahrheit und Gerechtigkeit – Ein starkes Europa! „Die Bundeskanzlerin hat stets die Auffassung vertreten, daß das Sonderschicksal vieler Millionen Deutscher alle angeht und als ein unverzichtbarer Teil unserer deutschen Identität einen festen Platz im historischen Gedächtnis unseres Landes braucht", erklärt der BdV weiter. Außerdem weist er auf die Ausstellung seiner „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen" über Geschichte und Kultur der deutschen Siedlungsgebiete außerhalb des Deutschen Reiches im Kronprinzenpalais hin. *PAZ*

Ohne Moral ins Präsidentenamt

Johannesburg – Am 22. April wird in Südafrika gewählt, doch bereits jetzt ist absehbar, daß Jacob Zuma neuer Präsident werden wird. Allerdings wird die in Südafrika noch im Aufbau befindliche Opposition gegen Zuma immer lauter. Zwei Wochen vor der Wahl war ein seit acht Jahren gegen ihn laufender Korruptionsprozeß auf politischen Druck hin beendet worden. Auch wegen Vergewaltigung mußte Zuma bereits mehrfach vor den Richter treten, wo er zudem mit weltfremden Äußerungen zum Thema Aids von sich reden machte. Wenige Tage vor der Wahl sprach nun der frühere Erzbischof und Friedensnobelpreisträger Desmond Tutu Zuma jegliche moralische Fähigkeit ab, das Land zu führen. 2007 hatte Zuma in einer Kampfabstimmung des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) seinen Konkurrenten und bisherigen Parteivorsitzenden Thabo Mbeki aus dem Amt gedrängt. Mbeki mußte von seinem Amt als Präsident zurücktreten, und der von Zuma vorgeschlagene Kgalema Motlanthe wurde Interimspräsident. *Bel*

Die Schulden-Uhr: 200 Millionen Euro Zinsen

Der Bund der Steuerzahler fordert den Deutschen Bundestag auf, die von der Bundesregierung geplante Ausweitung der Abwrackprämie nicht durchzuwinken. „Fünf Milliarden Euro Schulden für die wirtschaftspolitisch völlig verfehlte Abwrackprämie bedeuten für die Steuerzahler Zinslasten in der Größenordnung von 200 Millionen Euro jährlich. „Eine Kreditaufnahme von fünf Milliarden Euro entspricht einem Schuldenzuwachs von rund 158 Euro in jeder Sekunde des Jahres 2009", erläutert der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl Heinz Däke. Derzeit sind es bereits 4439 Euro Schulden pro Sekunde.

1.554.687.740.664 €

Vorwoche: 1.551.619.641.477 €
Verschuldung pro Kopf: 18 946 €
Vorwoche: 18 908 €

(Dienstag, 14. April 2009, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Das ist die Angst der Polen«

Flucht, Vertreibung und Zwangsarbeit mit Kinderaugen gesehen – Ein außergewöhnlicher Brief

In der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" erschien am 7. April unter der Überschrift „Eine Geschichte von kleinen und großen Teufeln" ein eindrucksvoller Leserbrief, der sehr viel über das deutsch-polnische Verhältnis, die Vertreibung aus Pommern und über die aktuelle Debatte um das „Zentrum gegen Vertreibungen" zum Ausdruck bringt. Mit freundlicher Genehmigung des Autors dokumentieren wir den Brief im ungekürzten Wortlaut.

Zum Leserbrief „Sind deutsche Vertriebene Opfer zweiter Klasse?" („FAZ" vom 19. März): Frau Doris von Sayn-Wittgenstein hat recht. Wir Vertriebenen werden als Opfer zweiter Klasse behandelt. Das hat seine Gründe: Die sogenannten Sieger, die besser sein wollten als Hitler-Deutschland, also England, die Vereinigten Staaten, Polen und Rußland, haben eines der größten Verbrechen der Menschheitsgeschichte mitgetragen, nämlich die Vertreibung von 15 Millionen Menschen aus ihrer seit tausend Jahren angestammten Heimat. Die Siegermächte möchten an ihr ungeheuerliches Verbrechen nicht erinnert werden; es soll totgeschwiegen werden.

Das Folgende habe ich damals erlebt: „Dat sünnd allens litte Düwel" (das sind alles kleine Teufel) hörte ich den Großvater sagen. Ich war sehr erschrocken, denn schließlich hatte man mir als Siebenjährigem, der auf einem Gutshof in Pommern aufwuchs, Bilder gezeigt, wo der Teufel mit kleinen Hörnern und Pferdefuß dargestellt wurde. Mein Großvater, ein gütiger und kluger Mann (er sprach Französisch, Russisch und Polnisch), bezeichnete seine stets wiederkommenden polnischen Wanderarbeiter als kleine Teufel.

Große und kleine Teufel in Pommern im Jahre 1945

Ich wurde mit dieser Aussage meines geliebten Großvaters nicht fertig und schaute mir die polnischen Landarbeiter immer von oben bis unten genau an, konnte jedoch weder Hörner noch einen Pferdefuß entdecken.

Anfang März 1945 kamen die Russen. Diese holten im Rhythmus von drei Tagen alles ab: Kühe, Schweine, Pferde, Fahrräder und sonstige Gerätschaften. Der Großvater verhandelte immer mit den Russen und zeigte auf die vielen Kinder – 35 Flüchtlinge aus Ostpreußen, die bei uns untergekommen waren. Die Russen zeigten Herz und ließen dem Großvater zwei Kühe im Stall stehen. Das Gleiche geschah mit den Pferden: Man nahm die guten Pferde aus dem Stall und ließ dem Großvater zwei stark abgewirtschaftete Pferde. Mit ihnen konnte er etwas Land bearbeiten. Dies änderte sich etwa drei Wochen später, nachdem die Russen weg waren.

Jetzt kamen die Polen. Sie nahmen dem Großvater die zwei Kühe und Pferde weg. Der Großvater sprach mit den Polen, zeigte auf die vielen Kinder, die versorgt werden mußten – es half nichts. Als die Polen mit den Tieren loszogen, weinte der Großvater und sagte: „Dat sünnd allens litte Düwel." Jetzt wußte ich erst, was er damals meinte, als ich das erste Mal hörte, wie er die Polen einschätzte. Den Großvater haben sie wenige Monate später umgebracht. Die Großmutter wurde von den Polen eines Nachts abgeholt, und keiner wußte, wo sie hinkam. Die ostpreußischen Flüchtlinge wurden ebenfalls eines Nachts von den Polen auf die Straße getrieben, und keiner weiß, was mit ihnen geschehen ist. Ihr weniges Hab und Gut wurde ihnen von den Polen abgenommen. Meine Mutter und wir vier Kinder (neun, acht, und Zwillinge von fünf Jahren) wurden bis Oktober 1948 zu Sklavenarbeit verpflichtet – ohne rechtlichen Schutz, ohne medizinische Versorgung, geschweige denn Entlohnung oder Lebensmittel für die Kinder. Wir durften keine Schule besuchen. Wenn man bei uns Kindern Schulbücher entdeckte, dann wurden diese vor unseren Augen zertreten und zerrissen. Die Polen haben wir alle als große Teufel in Erinnerung.

Das ist die Angst der Polen: Daß diese Grausamkeiten und Verbrechen an den unschuldigen Zivilisten, alten Menschen, Frauen und Kindern in einer deutschen Erinnerungsstätte dokumentiert und festgehalten werden.

Karl Neumann, Kaufbeuren

Nachtrag: Herr Neumann hat gegenüber der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* noch eine Frage aufgeklärt, die dieser Brief beim Leser zurücklassen mag: Warum hat eigentlich der als gütig und klug beschriebene Großvater seine polnischen Arbeiter schon vor der Vertreibung so schroff als „litte Düwels" bezeichnet? Des Rätsels Lösung: Der Großvater mußte bereits nach dem Ersten Weltkrieg seine Heimat in Röskau, Kreis Karthaus verlassen, nachdem dieser Teil Westpreußens (in dem bis 1918 nur Deutsche und Kaschuben, aber keine Polen gelebt hatten) als Teil des sogenannten Korridors Polen zugeschlagen worden war. Seine in diesem Gebiet nahe Danzig bereits seit dem 9. Jahrhundert ansässige Familie v. Münchow habe sich erst daraufhin in Pommern, und zwar in Neurakitt bei Lauenburg im Kreis Stolp, angesiedelt, wo der Leserbrief spielt. Über die weitgehend in Vergessenheit geratene Verdrängung von knapp über einer Million Deutschen aus Westpreußen, Posen und Ost-Oberschlesien zwischen 1919 und 1924 hat diese Zeitung in den vergangenen Monaten mehrfach berichtet. Autor Neumann geht davon aus, daß die Härten der damaligen Zeit seinen Großvater zu dem für ihn als Kind so konsternierenden Urteil über die Polen bewegt haben.



Stolp in Pommern: Ganz in der Nähe hat „FAZ"-Leser Karl Neumann die Vertreibung erlebt. Bild: Mauritius

Zwei halbe Premierminister

Wie Václav Klaus um Einfluß in Prag und Brüssel pokert

Ich bin kein Politiker", warnte der designierte tschechische Premier Jan Fischer vor der versammelten Presse. Auch bekannte der parteilose 58jährige, daß das von ihm noch zusammenzustellende Kabinett „keine Regierung der Visionen wird, sondern der harten Arbeit". Böse Zungen unken, daß genau diese Unerfahrenheit und Visionslosigkeit den bisherigen Chef des tschechischen Statistik-Amtes in den Augen von Präsident Václav Klaus zur Idealbesetzung gemacht haben.

Mißtrauisch blicken die EU, Europas Regierungen, Journalisten und die Tschechen selbst zur Prager Burg und versuchen zu ergründen, was ihr 67jähriger Präsident Klaus eigentlich beabsichtigt. Dieser genießt das ihm zuteil werdende Interesse, läßt sich aber nicht aus der Ruhe bringen und überrascht im Wochentakt mit immer neuen Schachzügen. Diese haben in den Augen der meisten Betrachter nur das Ziel, die EU zu blamieren und den von ihm gehaßten Lissabon-Vertrag zu Fall zu bringen. Klaus' Methoden übertreffen dabei selbst die kühnsten Prognosen seiner Kritiker, zumal sich der EU-Gegner stets auf dem Boden der tschechischen Verfassung bewegt beziehungsweise deren Ungenauigkeit ausnutzt.

So hat Tschechien derzeit zwei Ministerpräsidenten: Einmal den von Klaus verachteten Mirek Topolánek, der nach einem erfolgreichen Mißtrauensantrag der oppositionellen Sozialdemokraten nur noch geschäftsführend im Amt ist, und den von Klaus zum designierten Ministerpräsidenten ernannten Jan Fischer, der bis zur Neuwahl im Herbst eine Übergangsregierung bilden soll. Da der tschechische Ministerpräsident derzeit auch EU-Ratspräsident ist, hat die EU nun auch zwei Ratspräsidenten. Und nicht nur das, auch Klaus darf mitreden. So sieht die tschechische Verfassung vor, daß die Außenpolitik von der Regierung bestimmt wird, räumt aber gleichzeitig dem Präsidenten gewisse Vollmachten ein: Er „vertritt das Land nach außen". Und da es derzeit statt einer ganzen zwei „halbe" Regierungen gibt, rechnet man in Brüssel damit, daß der Präsident von seinem Recht, das Land nach außen zu vertreten, voll Gebrauch machen könnte: Nicht einer der beiden Premiers könnte demnächst anstehende EU-Gipfel moderieren, sondern Staatspräsident Václav Klaus höchstpersönlich. Doch derartig bizarre Personalquerelen sind nicht nur wegen der EU-Außenwirkung peinlich, sondern auch politisch heikel. Sollte Prag bis Juni nicht geklärt haben, wer alleiniger Ministerpräsident ist, könnte Klaus ausgerechnet den EU-Irland-Gipfel in Brüssel leiten. Dort aber soll den Iren nach dem Scheitern des ersten Referendums zum EU-Vertrag ein zweites schmackhaft gemacht werden. Für diese Aufgabe gilt der erklärte Lissabon-Gegner Klaus jedoch in der EU als denkbar ungeeignet, schließlich ist Tschechien dank seines „Engagements" selbst ein Wakkelkandidat in Sachen EU-Vertrag: Es wird befürchtet, daß Klaus ein Ja zum Lissabon-Vertrag bei der Abstimmung im Prager Senat im Mai verhindern könnte. Außerdem war er einer der ersten, der den Iren nach ihrem ersten Nein zum EU-Referendum gratulierte.

Soll Klaus EU-Gipfel moderieren?

Der einzige Hoffnungsschimmer für die EU heißt derzeit Jan Fischer. Der hat bereits einige Regierungsmitglieder vorgestellt. Alle sind EU-freundlich. Hier hat der Präsident kein Vetorecht. *Bel*

Pfusch am Bau

Italien: Beben-Schäden waren vermeidbar

Statt den traditionellen Osterschmaus in den eigenen vier Wänden zu genießen, rückten dieses Jahr viele italienische Familien aus den Abruzzen in stickigen Zelten zusammen und aßen von Plastiktellern. Das Erdbeben vom 6. April mit der Stärke 5,8 in der Gebirgsregion nordöstlich von Rom hatte ihre Häuser zerstört. Knapp zwei Wochen nach der Katastrophe zieht Italien eine verheerende Bilanz mit 294 Toten und fast 30 000 Obdachlosen. Nach Schätzungen der Regierung dürfte der Wiederaufbau angesichts von bis zu 15 000 beschädigten Wohnhäusern und öffentlichen Gebäuden sowie einiger zerstörter Kirchen 1,3 Milliarden Euro kosten.

Experten erheben schwere Vorwürfe gegen die Politik und Bauwirtschaft. „Das gleiche Erdbeben in Japan oder Kalifornien hätte wahrscheinlich nicht einmal ein einziges Todesopfer gefordert", sagte der frühere Vorsitzende des italienischen Katastrophenschutzes Franco Barberi. Besser vorsorgen als nachsorgen, lautet die Devise. Schon seit Jahren rechnet Guido Bertolaso, Leiter des Zivilschutzes, den Politikern vor, daß es sie langfristig billiger komme, den Katastrophen vorzubeugen als jedes Mal den Schaden zu beseitigen. Obwohl Italien neben Griechenland und Rumänien das in Europa am meisten erdbebengefährdete Land ist, sind viele öffentliche Gebäude wie Schulen, Rathäuser und Krankenhäuser nicht ausreichend katastrophengesichert.

In Japan hätte dieses Beben nicht getötet

Während des Baubooms der 1970er und 1980er Jahre wurden die Vorschriften häufig mißachtet und mager angemischter Sparzement verwendet, um Kosten zu sparen. Viele private Häuser sind ohne Genehmigung entstanden und genügen nicht den Sicherheitsstandards. Vor allem im Süden des Landes hat die Mafia ihre Finger im Spiel, deren nahestehenden Firmen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge häufig nicht mit den besten Materialien arbeiten.

Großzügig erließ Silvio Berlusconi 1994 und 2001 Amnestien für die illegalen Hausbauer und will jetzt die Wirtschaft mit einem Wohnungsbauprogramm ankurbeln, das Erweiterungen sogar ohne besondere Genehmigung erlaubt. *Sophia E. Gerber*

Endlich: Berlin kontrolliert Radler

Von HARALD FOURIER

Neulich war ich mit dem Auto unterwegs. Plötzlich – am Alexanderplatz – große Polizeipräsenz. „Schau mal da", sagte ich zu meiner Freundin auf dem Beifahrersitz, „eine Mausefalle." Dann aber sahen wir, daß die Uniformierten Fahrradfahrer auf der Karl-Liebknecht-Straße herauswinkten – und nicht Autofahrer, wie ich zunächst vermutet hatte.

Wenig später warnte mich ein Freund: „Wenn du mit dem Fahrrad die Schönhauser Allee langfährst, gib acht. Die Polizei kontrolliert alle Fahrradfahrer. Ob ihre Bremsen funktionieren, ob das Licht geht, ob sie über rote Ampeln fahren und so." Mein Freund (Nicht-Autofahrer) war außer sich vor Wut. „So eine Schikane", schimpfte er. Ich dachte nur eins: endlich! Endlich werden auch Radfahrer mal überprüft.

Am nächsten Tag las ich es im „Berliner Kurier": Knallharte Kontrollen von Radfahrern zum Frühlingsbeginn würden jetzt vorgenommen, hieß es auf der ersten Seite. Ich blätterte mich durchs Blatt und las wieder das Wort, das ich selbst auch sofort im Kopf gehabt hatte: endlich. Endlich werden die Radfahrer mal kontrolliert, schrieb die Zeitung. Der „Tagesspiegel" ging dieser Tage noch weiter und schimpfte über die „Fahrradterroristen", die die Straßen unsicher machten.

Vielleicht muß jemand wie ich beide Seiten kennen, um sich ein ausgewogenes Bild von Fahrradfahrern in Berlin machen zu können. Ich fahre inzwischen gerne mal mit dem Rad. Vorzugsweise in die Innenstadt, wo es wenig Parkplätze gibt, und bei Sonnenschein. Sonst nehme ich wie früher lieber das Auto.

Ich habe im Laufe von wenigen Monaten gelernt, daß es keinen Sinn hat, sich an Verkehrsregeln zu halten. Der ehrliche Radfahrer ist der dumme. Am Anfang habe ich immer gewartet, wenn ich an eine rote Ampel kam. Die anderen Radler sind dann alle an mir vorbeigeschossen. Irgendwann hatte ich das Gefühl: Du bist bescheuert, wenn du stehenbleibst. Es wird niemals geahndet. Und wenn ein Unfall passiert, dann ist sowieso der Autofahrer schuld. So hieß es sofort, als ich als Autofahrer mit einem Radler zusammengerasselt war.

So entsteht eine Erosion des Rechtsstaats. Inzwischen glauben wirklich die meisten Berliner Radfahrer, daß sie immer im Recht sind und daß die Autofahrer auf sie aufzupassen haben. Auch Fußgängern gegenüber sind Radler oft rüpelhaft. Es war wirklich Zeit, daß endlich mal etwas passiert. Hoffentlich greift die Polizei nun öfter gegen rabiate Radfahrer durch. Bislang fallen die massiven Kontrollen noch unter das Motto: Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer.

Mit allen Mitteln »contra Reli«

Mit Irreführung und Halbwahrheiten poltern SPD, Linke und Grüne gegen »Pro Reli«



Irreführend: Auch der Berliner SPD-Vorsitzende Michael Müller erweckt den Eindruck, als würde „Pro Reli" die Wahlmöglichkeiten einschränken. Das Gegenteil ist der Fall.

Bild: ddp

In wenigen Tagen werden die Berliner an die Urnen gerufen, um über das Volksbegehren zum Religionsunterricht zu entscheiden. Die Gegner des Schulfachs ziehen mit zweifelhaften Mitteln in den Abstimmungskampf.

Stefan Förner hat dieser Tage viel zu tun. Der Pressesprecher des Erzbistums Berlins ist mit der Kampagne für „Pro Reli" beschäftigt. In einer Woche entscheiden die Berliner, ob an den staatlichen Schulen Religion normal unterrichtet werden kann – oder nicht.

Die Haltung der Kirchen in dieser Frage ist klar. Sie werben für das Volksbegehren. Deswegen hatte jede zweite Pressemitteilung Förners in diesem Jahr mit „Pro Reli" zu tun. Seit einigen Tagen werden auch große Plakate im ganzen Stadtgebiet aufgestellt. Aber den Befürwortern des Referendums bläst jetzt eisiger Gegenwind ins Gesicht.

Denn auch die andere Seite macht mobil. Die politische Linke, die in Berlin machtpolitisch seit Jahren tonangebend ist, möchte Religionsunterricht nur als freiwilliges Zusatzfach und wirbt daher für ein Nein bei dem Volksbegehren am 26. April. Die Argumente, die sie gegen „Pro Reli" anführt, sind teilweise haarsträubend. Konservative Kritiker sprechen hinter vorgehaltener Hand von „echter Volksverdummung".

Tatsache ist: Ethik ist ein Pflichtfach ab der siebten Klasse. Religion kann hingegen nur zusätzlich gewählt werden – welcher Schüler macht das schon? „Pro Reli" will diese privilegierte Stellung des atheistischen Unterrichtsfachs beenden.

Die Anti-Kampagne begann mit der Linkspartei. Schon im März klebten die SED-Nachfolger, denen Religionsunterricht ein ganz besonderer Dorn im Auge ist (Marx: „Religion ist Opium fürs Volk"), Plakate, auf denen ein Bild mit den betenden Händen von Albrecht Dürer zu sehen ist. Darunter prangt die Aufforderung: „Religion ist freiwillig – damit das so bleibt, am 26. April mit Nein stimmen."

> Als würde der christliche Glaube zur Pflicht

Die Linke tut so, als würden die Schüler verpflichtet, Religionsunterricht zu wählen, wenn das Volksbegehren positiv ausgeht. Religionsunterricht ist aber nur eines von mehreren Fächern, aus denen die Schüler und Eltern nach dem Willen von „Pro Reli" auswählen können sollen. Können, aber nicht müssen – so lautet das Prinzip. Das ist das genaue Gegenteil dessen, was die Linken unterstellen. Sie tun so, als würde jeder Berliner ab dem 27. April zum Besuch eines Gottesdiensts verpflichtet oder als würde das Christentum zur Staatsreligion erhoben.

Den Linken folgten die Grünen. Sie plakatieren zwei große Mädchen und dazu den Spruch: „Laßt uns beides: Ethik plus Religion! Am 26. April Nein zum Wahlzwang!" Auch die Grünen suggerieren, daß den Schülern Religion aufgezwängt werden soll. Das Gegenteil ist der Fall. Bislang ist es nicht möglich, Religion als Wahlpflicht zu wählen. Durch dieses Verbot wird der freie Wille eingeschränkt. Also ist das bestehende Modell zwanghaft – und nicht das von „Pro Reli".

In der vergangenen Woche nun hat die SPD die Anti-Religions-Dreierkoalition perfekt gemacht und ihre eigene Kampagne gestartet. So wie die „Pro-Reli"-Befürworter will die Partei 500 Großplakate aufstellen. Dazu plant die Partei die Verteilung von 30000 Flugblättern.

Auf den Plakaten sind mehrere Schüler zu sehen – gleich in der ersten Reihe ein Migrantenkind – und folgender Spruch zu lesen: „Religion oder Ethik? Wir machen beides!" Wie schon bei den Grünen-Plakaten wird so getan, als würde Ethik durch das Votum für „Pro Reli" abgeschafft.

Für Christoph Lehmann, den Vorsitzenden des Trägervereins „Pro Reli" ist dies „bewußte Irreführung", denn es werde suggeriert, daß Religion und Ethik heute schon gleichberechtigte Fächer seien. Das jedoch wolle die Initiative durch die Gesetzesänderung überhaupt erst erreichen. Manche Berliner fühlen sich auf ungute Weise daran erinnert, wie der rot-rote Senat vor einem Jahr gegen die Initiative zum Erhalt des Flughafens Tempelhof vorgegangen war. Damals hatte es unter anderem wahrheitswidrig geheißen, ohne eine Schließung Tempelhofs könne der Flughafen Schönefeld nicht ausgebaut werden. Oder: Tempelhof sei zu teuer. Heute ist bekannt, was damals schon viele ahnten: Der Nichtbetrieb des Flughafens, für dessen Nachnutzung bis heute kein tragfähiges Konzept vorliegt, kostet die Stadt viel mehr als offiziell veranschlagt.

In einer Hinsicht hat es der Senat diesmal einfacher: In Berlin gibt es eine ausgeprägt atheistische Grundstimmung. Die Mehrheit der Berliner ist wahrscheinlich tendenziell auf der Linie des Senats. Die Frage ist, ob diese Leute auch tatsächlich an der Abstimmung teilnehmen. Die Kirchen dagegen, die das Volksbegehren unterstützen, können mit der aktiven Teilnahme ihrer Anhänger rechnen. Für sie ist es eine dringende Angelegenheit.

2008 scheiterte das Referendum für den Erhalt Tempelhofs trotz 60 Prozent Ja-Stimmen am Nichterreichen der gesetzlichen Hürde: Ein Viertel aller Wahlberechtigten (zirka 610000) muß dafür sein. Diesmal könnte es entscheidend darauf ankommen, ob die „Pro-Reli"-Gegner ihre Leute besser mobilisieren und eine Mehrheit zustande bekommen. Dazu scheint ihnen jedes Mittel recht.

Markus Schleusener

Bundesbauten bröckeln

Nur zehn Jahre alt: Regierungsgebäude sanierungsbedürftig

Architekten lachen über das Berliner Regierungsviertel. Auf der Internetseite www.deutsches-architektur-forum.de jagt ein hämischer Kommentar den nächsten. So schreibt ein Teilnehmer namens Ben: „Finde die Brücke wie auch den ganzen Spreebogen doof – die sieht aus wie von einem Abenteuerspielplatz geklaut." Ein Kollege namens Manuel hat registriert, daß das zum Bundestag gehörige Jakob-Kaiser-Haus schon wieder eingerüstet ist. Kommentar: „Hat aber nicht lange gehalten ..."

Zehn Jahre nach dem Regierungsumzug sieht die Bilanz der Hauptstadt-Gebäude mies aus. Mit dem neuen Kanzleramt sind selbst tolerante Berliner noch nicht warm geworden. Und an die Bundestagsgebäude hat sich auch kaum jemand richtig gewöhnt, zu langweilig. Das Schlimmste aber: Mehrere Ministerien beginnen schon zu bröckeln. Mit Millionenaufwand müssen Bundesgebäude in Berlin saniert werden. Beispiel: Maria-Elisabeth-Lüders-Haus. Vor diesem Bürogebäude am Spreebogen wurde ein Kran aufgebaut. Auf dem Dach werkeln Handwerker. Am nebenan gelegenen Paul-Löbe-Haus ist eine Hebebühne im Einsatz.

> Bauministerium ist besonders stark betroffen

Alles in allem wird der Schaden an Bundesbauten bereits auf 68 Millionen Euro geschätzt.. Otto Fricke (FDP), der Vorsitzende des Haushaltsausschusses des Bundestages, höhnt: „Die Vielzahl der Baumängel und die Höhe der Beseitigungskosten sind besorgniserregend. Die Bauherreneigenschaft der Bundesregierung ist, gelinde gesagt, verbesserungsbedürftig."

Am stärksten hat es ausgerechnet das Bauministerium getroffen. Umgerechnet 45 Millionen Euro hatte das Gebäude gekostet. Jetzt schlagen Mängelbeseitigungen mit sage und schreibe 36,5 Millionen zu Buche. Die Fehler überall: an den Fassaden, im Foyer- und Konferenzbereich, bei Abdichtung, Brandschutz und Gebäudetechnik.

Im Auswärtigen Amt muß eine Decke renoviert werden, im Bundesrat das Glasdach. In den Abgeordneten-Bürohäusern müssen Wartungsklappen verlegt werden. Schadenshöhe zusammen: fünf Millionen Euro. Außerdem ist die Fassade des Paul-Löbe-Hauses abgesackt. Die Front neu zu richten kostet weitere 1,5 Millionen Euro. Besonders ärgerlich: Die Gewährleistungsfrist ist abgelaufen, der Bund bleibt auf den Kosten sitzen. Selbst das Kanzleramt ist baufällig. Fenster und Sprinkleranlagen mußten schon ausgetauscht werden. *Harald Fourier*

1. Mai wirft Schatten voraus

Alltäglicher Terror: Jetzt zündeln Linke auch in Migrantenvierteln

Die Krawalle bei der großen Attac-Demo vor drei Wochen sind kaum verdaut, da sorgt eine neue Welle von Brandanschlägen für Wirbel. Berlin kommt nicht zur Ruhe. Die linksextreme Gewalt kennt keinen Halt. Derweil bereitet sich alles auf den 1. Mai vor. Dann stehen unruhige Nächte bevor.

Derweil frißt sich der alltägliche linke Terror weiter durch die Straßen der Metropole: In der Nacht zum Mittwoch vor einer Woche brannten fünf Autos. Zunächst wurde in der Hochstraße ein Audi in Brand gesteckt, dessen Flammen auch auf einen BMW übergriffen. Danach brannte ein Audi in der Sprengelstraße. An einer anderen Stelle also, aber im gleichen Bezirk (Wedding). Wieder griff das Feuer über: auf zwei weitere Fahrzeuge, ein Motorrad und ein Toilettenhäuschen.

Fünf Wagen in einer Nacht. Dazu in einer Gegend, die zwar als sozialer Brennpunkt gilt. Jedoch wohnen dort vor allem Migranten und „sozial Schwache", keine politischen Extremisten. Bislang konzentrierten sich die Anschläge auf Stadtteile wie Friedrichshain, Kreuzberg und Prenzlauer Berg, auf alternative Wohnquartiere mit finanziell bessergestellten Bewohnern also. Die Araber und Türken aus dem Wedding verstehen bestimmt keinen Spaß, wenn jemand zugunsten der Weltrevolution ihren 3er-BMW anzündet.

> Abwracken ohne Prämie: In der Nacht brennen die Autos

Die Polizei reagierte wie sonst auch und verkündete fast gelangweilt, der Staatsschutz habe die Ermittlungen übernommen. Meistens kommt wenig bis nichts bei diesen Ermittlungen heraus. Bislang sucht die Polizei jedenfalls vergebens nach den Feuerteufeln, die bereits über 300 Pkw in Berlin angezündet haben. Die Einsetzung einer Sonderkommission, wie von der Opposition im Abgeordnetenhaus gefordert, lehnt Polizeipräsident Dieter Glietsch nach wie vor ab. Allerdings hat er jetzt eine Belohnung ausgesetzt. 10000 Euro gibt es, wenn die Brandanschlagsserie aufgeklärt werden kann.

Es blieb aber nicht bei den Brandanschlägen, an die sich die Berliner fast schon gewöhnt haben. In derselben Nacht erhellte noch ein vorösterliches Großfeuer den Mauerpark, das von etwa 250 Personen veranstaltet wurde und von der Feuerwehr gelöscht werden mußte. Außerdem beschmierten Unbekannte die Verdi-Zentrale. Und die Polizei erwischte einen 24jährigen, der im Prenzlauer Berg Pflastersteine auf Autos geworfen hat. Der 1. Mai wirft seine Schatten voraus.

Patrick O'Brian

Zeitzeugen



Alan Greenspan – Als langjährigen Chef der US-Notenbank Fed (1987–2006) feierten ihn Politik und Finanzwelt als „Magier“ oder gar „mächtigsten Mann der Welt“. Heute gilt der 1926 geborene New Yorker als Hauptverursacher der Weltfinanzkrise: Greenspan hielt die Zinsen unverhältnismäßig niedrig, wodurch die Geldmenge steil anstieg und Kredite viel zu günstig waren. Folge waren ein Schuldenboom und eine gigantische Spekulationsblase.



Hjalmar Schacht – Als Reichswährungskommissar hatte Bankier Schacht (1877–1970) die Federführung bei der Einführung der „Rentenmark“ am 15. November 1923, mit der die Hyperinflation beendet wurde. Im Dezember 1923 wurde der gebürtige Nordschleswiger Reichsbankpräsident. 1930 trat er zurück, übernahm das Amt aber von 1933 bis 1939 erneut. In dieser Zeit legte ausgerechnet Schacht mit den Keim für die nächste Inflation. Mittels sogenannter „Mefo-Wechsel“ wurde die Geldmenge zur Kriegsfinanzierung „verdeckt“ aufgebläht. Nur Preis- und Lohnreglementierungen verhinderten eine offene Inflation, die dann aber in den hohen Schwarzmarktpreisen vor der Währungsreform von 1948 sichtbar wurde. Wie bereits 1923 wurden die Sparguthaben entwertet.

Axel Weber – Der seit 2004 amtierende Präsident der Bundesbank steht ganz in der Tradtion seines Hauses: Im 22köpfigen EZB-Rat vertritt der 1957 geborene Finanzwissenschaftler ebenso wie der zweite deutsche Vertreter Jürgen Stark die Grundsätze einer Hartwährung. Allerdings gelten die Deutschen in der Führung der Europäischen Zentralbank zunehmend als isoliert, anderen Ländern erscheint ein weicherer Euro bequemer.



John Law – Daß bis ins 20. Jahrhundert hinein kein seriöser Notenbanker mehr auf reines Papiergeld setzen mochte, ist vor allem sein „Verdienst“: Der schottische Ökonom und Bankier John Law (1671–1729) führte in Frankreich ab 1716 ungedecktes Papiergeld ein, um die Deflation zu bekämpfen und die Wirtschaft zu stimulieren. Es entstand ein gigantischer Boom, Immobilien und Aktien haussierten. Doch 1719 platzte die Blase, Frankreich kehrte zum Edelmetallgeld zurück.

Flucht ins »Betongeld«

Mitten in der Krise steigt jetzt die Nachfrage nach Immobilien – aus gutem Grund

Die Notenbanken der USA, Großbritanniens und Japans haben mit einer Politik des Gelddruckens begonnen. Bundesfinanzminister Peer Steinbrück warnt vor weltweiter Inflation, die Anleger reagieren bereits.

Erstmals seit 16 Monaten haben die Häuserpreise in Großbritannien im Februar wieder leicht zugelegt. Auch in Deutschland sprechen Makler und Hypothekenvermittler von einer plötzlich ansteigenden Nachfrage. Experten, die in der trostlosen Konjunkturlandschaft nach Symptomen für den Anfang vom Ende der Krise suchen, sehen darin allerdings eher ein weiteres Zeichen der Verunsicherung: Es sei die Angst vor Inflation, die die Sparer in Sachwerte treibe. Neben den Immobilien sind schon seit Monaten Edelmetalle lebhaft gefragt, die Tresorbauer machen Überstunden.

Befeuert wird die Inflationsangst von den jüngsten Entscheidungen der Notenbanken. Die Zentralbanker der USA, Großbritanniens und Japans haben über den Ankauf von Staatsanleihen damit begonnen, die Geldmenge massiv und direkt auszuweiten, also im umgangssprachlichen Sinne „Geld zu drucken“.

Die EZB sträubt sich noch gegen diesen Schritt, doch der Druck nimmt zu: Befürchtet wird unter anderem, daß die rasante Geldmengenausweitung bei Dollar, Pfund und Yen zur Flucht in den Euro führen könnte. Dann würde der Euro drastisch steigen, was den ohnehin notleidenden Exporteuren zusätzliche Probleme macht.

> Ein Szenario für kräftige Inflation wie im Lehrbuch

Nicht nur deswegen wächst der Druck auf die EZB: Die Last fauler Kredite, „toxischer“ Papiere und nicht zuletzt staatlicher Schulden wird geringer, wenn der Geldwert abnimmt. Kein Wunder also, daß besonders aus den wettbewerbsschwachen und hochverschuldeten Mittelmeerländern auf die EZB eingewirkt wird, sich der extrem lockeren Geldpolitik der Angelsachsen und Japaner anzuschließen.

Die Zeche dafür hätten natürlich die Gläubiger zu tragen, deren Forderungen an Wert verlieren. Zu diesen Gläubigern gehören nicht nur große Anleger, sondern auch Otto Normalverbraucher, der etwas gespart hat oder beispielsweise mit einer Kapitallebensversicherung fürs Alter vorsorgen will.

Wie schnell und in welchem Umfang allerdings die als „quantitative Lockerung“ bezeichnete Geldpolitik nach US-Vorbild zu Inflation führt, da sind sich die Experten nicht einig. Kurzfristig sowieso nicht, da besteht Einvernehmen: Das neu geschaffene Geld gelange kaum in Umlauf, solange die Wirtschaft nicht wieder in Gang komme. Es wird gespart, etwa, weil Banken damit ihre unüberschaubaren Kreditrisiken aus der Vergangenheit abdecken, statt mit neuen Darlehen Geld in den Wirtschaftskreislauf zu geben.

Doch was geschieht, wenn die Konjunktur sich wieder erholt, die jetzt geschaffene Liquidität nachfragewirksam wird und die Preise „ins Laufen kommen“? Prinzipiell können Notenbanken die Geldmenge auch wieder reduzieren, vor allem durch happige Zinserhöhungen. Damit verteuern sich Kredite, Sparzinsen steigen, was Kredite unattraktiver, Sparen aber interessanter macht.

Eine solche Politik wurde von der Fed, aber auch der Bundesbank in den frühen achtziger Jahren betrieben. Die Inflation ging wieder zurück, aber um den Preis von Stagnation, Massenarbeitslosigkeit und neuen Lasten für die Staatshaushalte. Auch die Bürde der Staatsschuld steigt ja rapide, wenn die Zinsen steigen.

Schon deswegen glauben Pessimisten nicht, daß die Notenbanken eine solche „Vollbremsung“ mitten in die beginnende Konjunkturerholung hinein gelingen kann. Das unausweichliche Ergebnis: Inflation.

Die Lage wird dadurch verschärft, daß infolge der Krise weltweit die Produktionskapazitäten abgebaut werden. Schon in wenigen Monaten kann die übermäßige Liquidität auf ein reduziertes Warenangebot treffen Das aber ist das klassische Szenario der Wirtschaftslehrbücher für kräftige Inflation. *Hans Heckel*

Wie jeder sich vor Inflation schützen kann

Was tun, wenn die Inflation schon bald kräftig steigt? Als feste Grundregel für den Anleger gilt in solchen Zeiten: Sachwert schlägt Geldwert. Bargeld, Anleihen und Kontoguthaben werden (teilweise) entwertet, aber Immobilien, Edelmetalle, Schmuck und auch Unternehmensbeteiligungen behalten meist ihren Wert. Wer dennoch „im Geld“ bleiben will oder muß, der sollte es zumindest nicht langfristig „festlegen“, um im Falle eines Inflationsschubes schnell reagieren zu können.

Ein klassischer Inflationsschutz ist das Gold. Tatsächlich hat sich das Edelmetall im Vergleich etwa zu Aktien auch im letzten Jahr (in dem die Inflation indes noch kein Problem war) glänzend geschlagen. Das Problem: Der Goldpreis schwankt enorm, zwischen 1980 und 2005 hatte kein Anleger Freude mit dem gelben Metall.

> Wohl dem, der in der Inflation Schulden hat

Immobilieneigentümer überstehen Inflationen regelmäßig als zumindest relative Sieger. Ansonsten gelten hier die alten Regeln: Lage, Zustand und die Entwicklung der Region entscheiden über den Erfolg. Die Zeit von 1948 bis etwa 1993 war eine „goldene Ära“ für deutsche Immobilieneigentümer – auch ohne Inflation. Doch seitdem stagnieren die meisten deutschen Mietwohnungen. Besonders attraktiv sind Immobilien als Inflationsschutz, wenn sie teilweise fremdfinanziert werden: Steigen dann die Preise, schmilzt die Restschuld zusammen.

Inflationsgeschütze Anleihen sind eine Standardempfehlung der Bankberater für Anleger mit Teuerungssorgen. Je nach Ausgestaltung können sie einen wirksamen Schutz bieten – es kommt ganz auf das „Kleingedruckte“ an. Sicher ist: Die Banken verdienen daran, nur darum empfehlen sie diese Papiere. *H.H./K.B.*



Kommt es zur Flucht in die Sachwerte? Die Nachfrage nach Immobilien zieht in Deutschland schon wieder an. Bild: laif

Aktien sind ein Sachwert

Die Scheu der Deutschen vor Aktien ist rational nicht erklärbar

Der deutsche Anleger gilt als vorsichtig, insbesondere scheut er die Anlage in Aktien. Fragt man nach den Ursachen, so wird oft auf Kriege, Inflation, Währungsreform und Börsencrashs verwiesen – ein „gebranntes Kind“ scheue eben das Feuer. Doch bei näherem Hinsehen kann gerade dieser Hinweis gar nicht überzeugen. Weder in der Inflation von 1923 noch mit der Währungsreform von 1948 haben Aktionäre ihr Eigentum verloren. Wer 1938 deutsche Standardwerte erwarb und diese 20 Jahre lang hielt, machte ein exzellentes Geschäft, trotz Krieg und Währungsreform. Einzige Voraussetzung: Er sollte die Papiere nicht gerade zu Hause aufbewahrt haben und dann vertrieben worden sein.

Gerade im Kontrast zu Sparbuch, Kapitallebensversicherung, Staatsanleihe oder Pfandbrief verblüfft die Aversion der Deutschen gegenüber der Aktie. Denn diese vier Anlagearten wurden *tatsächlich* durch Inflation und Währungsreform weitgehend entwertet, erfreuen sich aber unverändert größter Beliebtheit, wenn es um die Anlage des gegenwärtig fast 4600 Milliarden Euro umfassenden Geldvermögens der Deutschen geht.

Die Aktienscheu ist umso mysteriöser, wenn man sich klarmacht, daß Aktien im jahrzehntelangen Durchschnitt seit 1948 durch Dividenden und Kursgewinne einen Ertrag von gut elf Prozent pro Jahr abgeworfen haben. Damit schlagen Aktien Anleihen und Pfandbriefe (mit im langjährigen Durchschnitt fünf bis sechs Prozent) glatt um das Doppelte, nicht zu reden von Sparbriefen, Kapitallebensversicherungen oder gar Sparbüchern und Kontoguthaben.

> Als Inflationsschutz bestens geeignet

Natürlich gibt es bei Aktien ein oft hektisches Auf und Ab, doch das kann dem langfristig denkenden Anleger egal sein. Wer nicht gerade zu einem besonders „teuren“ Zeitpunkt eingestiegen ist (etwa in Jahren wie 1961 oder 2000), der kann schon bald mit einer Rendite rechnen, die andere Anlageformen nie erreichen.

Wenn das so ist, warum sind Aktien nicht viel beliebter? Warum empfehlen Banken sie nicht viel stärker? Und was hat das alles mit der Absicherung vor Inflationsgefahren zu tun?

Die erste Frage ist die einfachste: Weil das Wissen um die hier genannten Fakten fehlt. Auch die zweite Frage ist klar beantwortbar: Banken und Sparer haben nicht dieselben Interessen, geworben wird nur das, woran die Bank gut verdient. An Aktien, die lange im Depot liegen, verdient sie jedoch nur sehr wenig – worin gerade ein Teil der Attraktivität der Aktien für den Anleger besteht. Spitz gesagt: Für die T-Aktie, die viele Deutsche endgültig von der Aktie abgebracht hat, mußte nur deswegen so massiv geworben werden, *weil* sie eben schlecht war.

Bleibt die Frage nach dem Inflationsschutz. Aktien sind Unternehmensbeteiligungen und als solche primär ein Sachwert. Zwar erwirbt der Aktionär auch anteilige Eigentumsrechte an den (inflationsgefährdeten) liquiden Mitteln und Finanzanlagen „seines“ Unternehmens. Aber eben auch an Maschinen, Grundstücken und am Knowhow. Die aber überwiegen bei weitem und sind als reine Sachwerte inflationsresistent. *K. Badenheuer*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur
Konrad Badenheuer
(V. i. S. d. P.)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, EDV:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer, Jean-Paul Picaper.

Verlag: Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 31.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung/Das Ostpreußenblatt* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2006: Inland 8,30 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 10,50 Euro, Luftpost 14,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* werden mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung/Das Ostpreußenblatt* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

E-Mail:

redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1345**

Machtkampf und Klassenkampf

SPD-Linke meldet sich zurück – Nahles-Papier ist eine Kampfansage an die eigene Parteiführung

Die SPD gibt sich kämpferisch: In die Wahlkämpfe von Gemeinde- bis Europa-Ebene ziehen auch Parteirechte wie Finanzminister Peer Steinbrück mit „altbewährten" Umverteilungsparolen. Dabei geht es freilich nicht nur um Wählerstimmen, sondern auch um die parteiinterne Machtbalance.

Den Takt gibt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück vor. Erst knöpfte sich der selbsternannte „Mann fürs Grobe" die Eidgenossen vor, dann nahm er mit dem Ruf nach einem saftigen Steuerzuschlag für Besserverdienende die Neidgenossen ins Visier, von denen er sich Hilfe im Kampf gegen den „Genossen Trend" erhofft. Der nämlich beschert der SPD anhaltende Tiefstwerte in den Umfragen. Der spröde Hamburger, der bislang den gestrengen Sparkommissar gab, nun aber die Finanz- und Wirtschaftskrise mit immer gigantischeren Schuldenbergen einzudämmen sucht, griff in die sozialistische Mottenkiste – und förderte das neue, uralte Feindbild zu Tage: die „Reichen".

Das sind – so will es ein vor wenigen Tagen wahlkampfwirksam an die Öffentlichkeit lancierter Gesetzentwurf aus dem Hause Steinbrück – all jene „Besserverdiendenden", deren Jahreseinkommen 250 000 Euro übersteigt. Sie sollen künftig, sprich: nach einem SPD-Wahlsieg im September, einen Zuschlag von etwa drei Prozentpunkten auf die Einkommensteuer entrichten, die sogenannte „Reichensteuer".

Mehr noch: Wer es auf über 500 000 Euro per anno bringt, gilt für Peer Steinbrück als generell des Steuerbetrugs verdächtig und kann nach seinen jüngsten Plänen auch ohne konkreten Anlaß jederzeit von den Finanzbehörden überprüft werden. Von einer solchen Pauschalverdächtigung wären nach Berechnungen des Statistischen Bundesamts über 31 000 Bundesbürger betroffen – lediglich ein Tausendstel aller Steuerzahler, die allerdings fast ein Zehntel der Einkünfte aus der Einkommenssteuer in die Staatskassen einbringen. Wie hoch die Mehreinnahmen durch die geplanten drastischen, rechtsstaatlich umstrittenen Maßnahmen liegen könnten, vermögen die Wiesbadener Rechenkünstler nicht zu beziffern; als sicher gilt aber, daß die mit Konjunktur- und Rettungsprogrammen angehäuften neuen Schuldenberge durch Reichensteuer und verdachtsunabhängige Steuerfahndung nicht spürbar tangiert werden.

Chancen auf Verwirklichung hat Steinbrücks Neidpaket freilich nur im Falle einer regierungsfähigen rot-grünen Mehrheit nach der Bundestagswahl. Mit dem derzeitigen Koalitionspartner, so ließen Finanzexperten der Union verlauten, sei Derartiges nicht zu machen. Offenbar wolle der Minister den Entwurf auch gar nicht auf den parlamentarischen Weg bringen, sondern ausschließlich als Wahlkampfmunition nutzen.

> Steinbrücks neues »Neidpaket« zielt auf die eigene Parteilinke

Hinzu kommt, daß Steinbrücks Verbalattacken gegen sogenannte Steueroasen und vermeintliche Steuersünder nicht nur an das wahlberechtigte Volk adressiert sind, sondern auch an parteiinterne Konkurrenz.

Nicht ganz zufällig nämlich hat sich in diesen Tagen auch die Wortführerin des linken Parteiflügels zu Wort gemeldet: Andrea Nahles, der es schon einmal gelungen ist, einen Parteivorsitzenden namens Franz Müntefering aus dem angeblich „zweitschönsten Amt nach Papst" zu jagen. Die derzeitige SPD-Vizechefin mit konkreten Aufstiegsvisionen wandelt bewußt auf den Spuren des ansonsten von ihr nicht geschätzten Gerhard Schröder. Wie der damalige Basta-Kanzler, der vor zehn Jahren in einem Gemeinschaftspapier mit dem Briten Tony Blair die Reformpolitik bis hin zu Hartz VI begründet hatte, erarbeitete sie nun mit dem britischen Labour-Politiker Jon Cruddas ein Strategiepapier, das über den Wahltag hinaus in die Zukunft weist. Politisch wie personell; das Papier ist durchaus als Kampfansage an die derzeitige Parteispitze zu verstehen.

Der linke Parteiflügel, der in Gestalt der hessischen Beinahe-Ministerpräsidentin Andrea Ypsilanti noch einen herben Dämpfer hatte einstecken müssen, startet unter Führung von Andrea Nahles einen neuen Anlauf, die Macht zu übernehmen. Erst in der Partei, dann auch im Staat.

Wohin die Reise gehen soll, zeigt schon der Blick auf den Titel des Nahles-Cruddas-Papiers. Über wohlfeiler Kritik an den Entartungen eines unkontrollierten Kapitalismus und der wahrhaft tiefschürfenden Forderung, „über ein neues Modell des Wohlstands nachzudenken, ohne eine Umweltkatastrophe auszulösen", prangt in fetten Lettern „Die Gute Gesellschaft".

Das nimmt nicht nur Bezug auf einen SPD-Parteitagsbeschluß mit dem wohlklingend-wolkigen Titel „Gute Arbeit", sondern greift erheblich weiter. Wer so platt die „gute" Gesellschaft beschwört, hält nicht nur die bestehende offenbar für ungut oder böse. Hier klingt über das idealistisch-weltverbessernde Gutmenschentum hinaus, das zu den alten Traditionen der SPD gehört, ein Gestaltungsanspruch an, der die Grenze der politischen Sphäre überschreitet.

Wer so pauschal eine „gute Gesellschaft" beschwört, der will offenbar zumindest den „totalen Versorgungsstaat", mit von rot-rotgrüner Volksfront zu bewerkstelligender Absicherung rund um die Uhr und von der Wiege bis zur Bahre. Steinbrücks in der Sache unsinniger Reichensteuer-Vorstoß hatte vor diesem Hintergrund offenbar den Zweck, innerparteiliche Konkurrenz in Schach zu halten. *Hans-Jürgen Mahlitz*



SPD auf der Suche nach ihrer Linie: Der linke Parteiflügel meldet sich wieder zu Wort. Bild: ddp

MELDUNGEN

Taktieren um die »Ampel«

Berlin – Ein sogenanntes Ampelbündnis gilt als eine der wahrscheinlichen Konstellationen nach der Bundestagswahl im Herbst. Die SPD hat mehrfach entsprechende Signale gesetzt, die Grünen streben ein solches Bündnis mehr oder weniger offen an. Seitens der Liberalen, dem dritten Partner einer Ampel, gibt es mehrdeutige Signale. Nachdem FDP-Chef Westerwelle im Januar zu verstehen gab, er werde der nächsten Bundesregierung auf jeden Fall angehören (was je nach Wahlergebnis ein Ja zur Ampel vorausetzt), gab er sich zuletzt wieder zugeknöpft. Die Steuerforderungen der SPD seien eine „versteckte Koalitionsaussage nach links" also für Rot-Rot-Grün. *K.B.*

NPD noch nicht am Ende

Düsseldorf/Berlin – Verkehrte Welt bei der NPD: Nachdem sich die rechtsextreme Partei infolge der Verschiebung von über 740 000 Euro durch ihren Ex-Schatzmeister finanziell fast selbst zugrundegerichtet hatte, sucht sie nun Rettung ausgerechnet durch das Bundesverfassungsgericht. Karlsruhe soll die Partei vor kurzfristig drohenden Strafzahlungen, die Finanzminister Peer Steinbrück bisher nicht stunden will, bewahren. Ob es rechtlich zulässig wäre, eine Gruppierung wie die NPD „totzupfänden" (Zitat NPD-Chef Voigt), ist die eine Frage. Ob es politisch klug wäre, die andere. Überraschend deutlich hat der Chef des Verfassungsschutzes von NRW, Hartwig Möller, vor einer Zerschlagung der Partei gewarnt. Im Untergrund wären die NPD-Aktivisten „viel gefährlicher, als wenn wir sie in einer Partei noch halbwegs kanalisieren können". Im Untergrund würde die Partei, die sich nicht selbst zerlegen werde, auch für Jugendliche interessanter. *PAZ*

Russki-Deutsch (13):

Soljanka

Von Wolf Oschlies

Wenn's in DDR-Restaurants gar nichts zu essen gab – eine „Soljanka" kriegte man immer, jene stets lauwarme Brühe aus Wurstresten und Erbsen. Wer diesem eigenwilligen Eintopf den russischen Namen „Soljanka" gab, muß ein Zyniker und ausgemachter Russenfeind gewesen sein.

Natürlich kennen Russen eine „soljanka" – als ein Kräutchen, das in der Nähe von Salzsiedereien wächst. Darauf verweist auch sein Name, denn Salz heißt auf Russisch „sol'". Eine Suppe gleichen Namens gab es bis Mitte des 20. Jahrhunderts nicht, wohl aber seit altersher eine „seljanka". „Seljanka" heißt auch „Bäuerin", daneben bezeichnet das Wort eine deftige ländliche Suppe aus Fleisch, Fisch, Pilzen oder allem zusammen. So sagen es Wolin und Uschakow in ihrem voluminösen „Etymologischen Wörterbuch der russischen Sprache" von 1949.

Wann aus der „Seljanka" eine „Soljanka" wurde und ob beim Namenswechsel kräftige Prisen Salz mitspielten, ist immer noch eine Streitfrage unter Experten. Mich interessiert das nicht, aber ich bedauere die armen DDR'ler, denen als „Soljanka" ein liebloses Resteessen serviert wurde, das mit dem kulinarischen Glanz einer echt russischen „Soljanka" wirklich nichts zu tun hatte. Denn die wird nicht einfach gekocht – sie wird zelebriert: Zuerst werden Schinken und Zwiebeln angebraten, dann kommen Gemüse, gebratenes Fleisch, schließlich Fleischbrühe, was alles mit frischen Kräutern abgeschmeckt wird. Bei der „Fisch-Soljanka" nimmt man frischen Fisch oder Flußkrebs, bei der „Pilz-Soljanka" Pilze und viel Gemüse. Am Schluß noch etwas Zitrone und saure Sahne, dann „prijatnogo appetita" (guten Appetit)!

Auch wenn eine Soljanka, wie es sie in HO-Gaststätten der DDR gab, nicht jedermanns Geschmack ist, hat sich durch Besuche und Korrespondentenberichte ihr exotischer Name auch bei Westdeutschen bald herumgesprochen. Dieses Schicksal teilte sie mit dem „Broiler" (Brathähnchen), der zwar englisch benannt ist, als Fleischgericht aber um 1972 aus Bulgarien in die DDR flatterte. Seit der Wiedervereinigung können die Deutschen der neuen Bundesländer in Rußland das entdecken, was ihnen früher vermiest wurde, zum Beispiel eine echte „Soljanka".

Debatte um Kernkraft spitzt sich zu

Noch wagt die Union nicht, offen den endgültigen »Ausstieg vom Ausstieg« zu fordern

Mit den Worten „Zustimmung für Kernkraft wächst" betitelte das „Handelsblatt" den Bericht über eine Umfrage zur Kernenergienutzung. Laut einer als „repräsentativ" bezeichneten Studie der Unternehmensberatung „Accenture" hätten sich 56 Prozent der Befragten für längere Nutzungszeiten der noch 17 laufenden Kernkraftwerke in Deutschland ausgesprochen. 50 Prozent würden sogar den Neubau von Reaktoren befürworten.

„Ich freue mich, daß die Zustimmung zur Kernenergie auch in Deutschland seit Jahren deutlich zunimmt", freute sich RWE-Chef Jürgen Großmann. Er berücksichtigte jedoch nicht, daß die „Accenture"-Studie seiner Branche eher schadet als nützt. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel (SPD) traf dann auch sofort den wunden Punkt: „Accenture" berät die 500 größten Energieunternehmen und kann daher durchaus als „befangen" bezeichnet werden. Auch ist die Studie, die weltweit 10 000 Personen befragte, in Deutschland allerdings nur 500, mangels geringen Umfangs keineswegs repräsentativ. Gabriels Ministerium bewertete die Studie triumphierend als „absurdes Spiel mit lustigen Atomkraft-Umfragen". Und so konnte überspielt werden, daß die Zahl der Atomkraftgegner tatsächlich sinkt, auch wenn das im Umkehrschluß nicht gleich volle Zustimmung bedeutet. Daß Zustimmung jedoch entsteht, wird vom Bundesumweltministerium massiv behindert, wie die FDP-Sprecherin für Umwelt und Reaktorensicherheit, Angelika Brunkhorst, im März bei einer Bundestagsdebatte zum Thema „Ausstieg aus dem Ausstieg" anprangerte. So würde eine von Gabriels Ministerium herausgegebene Publikation für Schüler die Kernkraft einseitig negativ darstellen. Politische Bildung dürfe nicht „indoktrinieren", so die Bundestagsabgeordnete. Sie forderte, die Unterrichtsmaterialien zu überarbeiten. „Moderne, konventionelle Kraftwerke, erneuerbare Energien und Kernenergie sind drei Schwestern im Netz", widersprach Brunkhorst den grünen Bundestagskollegen. Diese fragten: „Wollen wir erneuerbare Energien oder eine Renaissance der Atomkraft?" Beides ginge nicht, so die Grünen, die im Bundestag den Antrag stellten, alte Atomkraftwerke in Osteuropa vom Netz zu nehmen – als wäre dies eine deutsche Entscheidung.

> Neubau von Windparks rückläufig

Bundeswirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg plädiert bisher nur für längere Laufzeiten der alten Atomkraftwerke in Deutschland. Aber: „Der Neubau von Kernkraftwerken ist bei uns keine Option", sagte er. Sollte es zur Verlängerung der Laufzeiten kommen, müßten die Kernkraftwerksbetreiber stattliche Beiträge ihrer ungeplanten Mehreinnahmen in einen Fonds zur Förderung von Energieeffizienz, erneuerbarer Energien und der Energieforschung zahlen.

Die Prognose des Bundesverbandes erneuerbare Energien, daß der Anteil der Erneuerbaren Energien an der Stromproduktion im Jahr 2020 47 Prozent betrage, hält zu Guttenberg nicht für unrealistisch.

Derweil stehen zahlreiche Projekte von Windparks in der Nord- und Ostsee vor dem Aus. Eigentlich war geplant, bis 2020 Anlagen vor den deutschen Küsten zu bauen, mit zusammen mehr als 10 000 Megawatt (MW) Kapazität. Das entspräche in etwa der Leistung von zehn Atomkraftwerken. Allein 2008 hätten Anlagen mit einer Leistung von 1500 MW ans Netz gehen sollen, doch sie sind noch nicht einmal im Bau. Nach technischen Schwierigkeiten und Problemen bei der Netzanbindung drohen mittelständische Offshore-Windparks jetzt an Finanzierungslücken zu scheitern. Derzeit ist keine Bank gewillt, Projekte in einer Größenordnung von beispielsweise 1,3 Milliarden Euro wie beim Windpark Global Tech vor Cuxhaven zu finanzieren, bei denen die Investoren nur 200 Millionen Euro Eigenkapital zur Verfügung stellen. „Keine Bank schultert mehr als 300 Millionen Euro", so die in dem Bauvorhaben involvierte Wetfeet Offshore. Außerdem werden Versicherungen verlangt, doch die Versicherungsgesellschaften sind vorsichtig bei der Absicherung derartiger Risiken. Und selbst wenn die Finanzierung steht, verstreichen noch Jahre. Allein von der Bestellung bis zur Lieferung eines Seekabels können bis zu zwei Jahre vergehen, die Kapazitäten der zum Bau benötigten Spezialschiffe sind begrenzt.

Auch wenn im Falle einer schwarz-gelben Regierung der Ausstieg vom Ausstieg wahrscheinlich ist, so nutzen die großen Energiekonzerne die Zeit: Eon und RWE haben sich gemeinsam um den Neubau dreier Atomkraftwerke in England beworben. Dort gehört die Politik des Atomausstiegs, wie es sie inzwischen weltweit nur noch in Deutschland gibt, bereits der Vergangenheit an. *R. Bellano*

MELDUNGEN

Menschenrechte à la China

Peking – Die Volksrepublik China hat einen „Aktionsplan“ vorgelegt, mit dem die Lebensumstände für ihre 1,3 Milliarden Einwohner verbessert werden sollen. „China steht vor großen Herausforderungen und hat noch einen langen Weg vor sich in seinen Bemühungen, die Lage bei den Menschenrechten zu verbessern“, räumt die kommunistische Partei Defizite ein. In folgenden Bereichen werden Reformen angekündigt: In wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Belangen, bei den Bürgerechten, dem Minderheitenschutz, der Öffentlichkeitsarbeit in Menschenrechtsfragen und bei Verpflichtungen und Garantien in einem internationalen Kontext. Menschenrechtsorganisationen kritisieren jedoch, daß China – wie üblich in kommunistischen Staaten – unter Menschenrechten in erster Linie soziale Verbesserungen versteht. Die Versammlungs- und Meinungsfreiheit sollen weiterhin strikt eingeschränkt bleiben. *Bel*

Bouteflika wiedergewählt

Algier – Die algerische Präsidentschaftswahl vom 9. April brachte das erwartete Resultat: Präsident Abd-el-Aziz Bouteflika wurde für eine dritte Amtsperiode gewählt – offiziell mit über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen. Das einzig Bemerkenswerte war, daß Bouteflika an die Wähler appelliert hatte, lieber Gegenkandidaten zu wählen oder leere Stimmzettel abzugeben als zu Hause zu bleiben. Denn angesichts des angekündigten Wahlboykotts der wichtigsten oppositionellen Gruppen mußte das Regime eine Entwertung des Ergebnisses durch eine niedrige Wahlbeteiligung befürchten. Beobachter halten die offiziell verlautbarte Beteiligung von 75 Prozent trotzdem für weit übertrieben. Die Opposition will die Wahl anfechten. *RGK*

Rückkehr mit leeren Händen

Barack Obamas Reise nach Europa und in den Irak stieß nicht nur in den USA auf viel Kritik

Am Bosporus und in Bagdad blies US-Präsident Barack Obama nach seinem Europa-Trip ein kühler Wind ins Gesicht. Anders als in Prag, wo Zigtausende den neuen Präsidenten bejubelt hatten, versammelten sich an der Schnittstelle zwischen Europa und Asien Tausende Gegendemonstranten mit „Yankee go home“-Schildern.

In Bagdad schwebte die „Air force One“ des Präsidenten unter höchster Geheimhaltung ein. Die Bevölkerung dürfte von dem Besuch des Oberbefehlshabers der US-Truppen nichts mitbekommen haben. Dabei hatte Obama erneut positive Signale in Richtung islamischer Welt gegeben. Die Nachfahren der Osmanen in der Türkei, die für sich eine Brückenfunktion zwischen Okzident und Orient reklamieren, sollten dem Präsidenten bei der Bewältigung der Krisenherde im Irak, Afghanistan, Pakistan und Nahen Osten helfen. Insbesondere der Rückzug der US-Truppen aus dem Irak bis Ende 2010 ist aus amerikanischer Sicht offenbar nur mit Unterstützung der Türkei möglich.

Daher kam Obama den Forderungen Ankaras im Zusammenhang mit der Nominierung des neuen Nato-Generalsekretärs Rasmussen entgegen. Was viele Beobachter als Erpressung der Türken bewerteten, sah Obama als erfolgreiche Diplomatie, die den Nato-Gipfel rettete. In der Türkei angekommen versuchte der Präsident durch den Besuch des Atatürk-Mausoleums Sympathie-Punkte bei der Bevölkerung zu sammeln. Doch diese fühlte sich zwar durch den frühzeitigen Besuch Obamas und dessen Eintreten für eine EU-Mitgliedschaft geehrt. Dennoch bekunden nur neun Prozent der Türken in Umfragen Sympathien für die USA.

Obama scheute sich bei seinem Besuch nicht, den Genozid an den Armeniern 1915 anzusprechen. Dieses Thema ist in der Türkei ähnlich wie die Leugnung des Holocausts hierzulande auch strafrechtlich verfolgbar – nur mit umgekehrten Vorzeichen. Ob tatsächlich eine Aufarbeitung des Massenmords und damit die Aufnahme diplomatischer Beziehung zwischen der Türkei und Armenien gelingt, blieb ebenso offen wie das von den USA erhoffte Engagement der Türkei in den Konfliktregionen Irak und Israel.

Die Kommentatoren in den USA zeigten sich von den Ergebnissen der Reise nicht sonderlich begeistert. Noch vor seiner Rückkehr verglichen sie Obama mit dem in der Außenpolitik so glücklosen Präsidenten Jimmy Carter. Noch nie habe ein Mann im Weißen Haus seine Augen so stur vor der harten und oft unschönen Wirklichkeit der internationalen Machtpolitik verschlossen wie Obama.

Besonders heftig wurde Obama für seine als naiv bezeichnete Vision von einer atomwaffenfreien Welt gescholten, die er in Prag am Tag eines nordkoreanischen Raketentests beschworen hatte, zumal Obamas Forderung nach einer entschiedenen Reaktion des UN-Sicherheitsrates wegen des Raketentest erfolglos blieb. Wesentlich bedrohlicher als eine Welt ohne Atomwaffen erscheine den Amerikanern derzeit eine Welt ohne amerikanische Autohersteller, stichelte ein Kommentator.

> »Außenpolitisch so unbedarft wie Jimmy Carter«

Obamas Prager Rede stieß auch bei europäischen Beobachtern, die bislang enthusiastisch über den neuen Mann im Weißen Haus berichtet hatten, auf harsche Kritik. In den USA überwog der Einwand, daß diese Rede die Wahlkampfrhetorik von 2008 fortsetze. In Europa stieß dagegen teilweise der gesamte Duktus, aber auch manche Inhalte auf Ablehnung, denn Obama offenbarte Unkenntnis über den Werdegang der europäischen Einigung und die derzeitige euroskeptische tschechische EU-Ratspräsidentschaft. Seine Rede vor der Prager Burg vor 30000 Zuhörern strotzte vor Bezügen auf die böhmische Geschichte, die Obama penetrant mit der tschechischen gleichsetzte. So lobte er die „goldene Stadt“ als ein „lebendes Monument des unbezwingbaren Geistes“ der tschechischen Nation. In Kunst und Wissenschaft, Politik und Literatur hätten „die Tschechen“ Revolutionen vollbracht und dabei stets auf ihrem eigenen Weg bestanden. Nun sei ihr Staat ein „Führer des vereinten Europas“.



Kein Gespür für die Feinheiten Europas: Obama weiß zu wenig über den alten Kontinent. Bild: ddp

Spätestens hier konnten auch die versammelten europäischen Politiker nur noch den Kopf schütteln, während historisch versierte Zuhörer sich wunderten, wie bedenkenlos Obama die deutschen und jüdischen Beiträge zur Kultur der böhmischen Länder den Tschechen zuschrieb. Auch auf das Münchner Abkommen von 1938 spielte Obama an, allerdings mit einer überraschenden Schlußfolgerung. „Großmächte haben euch im Stich gelassen, oder euer Schicksal bestimmt, ohne daß eure Stimme gehört wurde. Ich bin hier, um euch zu sagen, daß die Vereinigten Staaten dieser Nation niemals den Rücken kehren werden“, rief Obama. Das löste zunächst Jubel aus, bis die Tschechen erstaunt feststellten, daß die USA mit dieser Begründung an dem in Tschechien umstrittenen Vorhaben eines Raketenabwehrsystems in Mitteleuropa festhalten wollen. Daß die Großmächte in den böhmischen Ländern im 20. Jahrhundert nicht nur die Tschechen, sondern auch (zweimal) die Sudetendeutschen „im Stich gelassen oder ihr Schicksal bestimmt haben“, dürfte dagegen weniger beachtet worden sein.

In Amerika bemerkten Kommentatoren, daß Obama nahezu mit leeren Händen zurückgekehrt sei. In London habe es Obama nicht vermocht, die kontinentaleuropäischen Staaten für neue Konjunkturprogramme zu gewinnen. Ähnlich kritisch fiel die Beurteilung hinsichtlich des Engagements für Afghanistan aus. Während die Amerikaner dort die Truppen verstärkt sehen wollen, um der vorrückenden Taliban Herr zu werden, beließen es die Europäer bei eher symbolischer Verstärkung. Dies führe zu einer zunehmenden „Amerikanisierung“ des Krieges in Afghanistan: So wie der Krieg im Zweistromland von der Mehrzahl der Europäer als Bushs „Privatkrieg“ betrachtet und abgelehnt wurde, so drohe der sich zuspitzende Kampf am Hindukusch zum „Privatkrieg“ Obamas zu werden. *Hinrich E. Bues*

Feind hört mit

Piraten dank neuester Technik informiert

Die im Dezember 2008 gestartete Anti-Piraten-Aktion von Nato-Schiffen vor der somalischen Küste mußte wieder einen Rückschlag vermelden. Das deutsche Containerschiff „Hansa Stavanger“ befindet sich in der Hand von fünf Piraten, wie der Oberkommandierende der europäischen Nato-Operation „Atalanta“, Antonios Papaioannou, erklärte. Das Schiff, das unter deutscher Flagge fährt, war in einem Gebiet rund 400 Seemeilen vor der somalischen Küste unterwegs. Dieses Gebiet galt eigentlich als sicher und wird von der Marine nicht geschützt. Offenbar haben aber die Piraten technisch aufgerüstet und können nun den Funkverkehr abhören.

> Seeräuber sind immer besser organisiert

Das in Hamburg registrierte Containerschiff fährt für die Reederei Leonhardt & Blumberg. Frank Leonhardt war als Vorsitzender des Verbands Deutscher Reeder am Zustandekommen von „Atalanta“ maßgeblich beteiligt – und ist nun selbst betroffen von dem, was diese Marinemission eigentlich verhindern sollte. Entsprechend besorgt sind die deutschen Reeder wegen der neuen Kaperung. Nach Angaben der Hamburger Staatsanwaltschaft befinden sich vermutlich fünf deutsche Staatsangehörige unter den Geiseln. Weil das Schiff mit insgesamt 24 Besatzungsmitgliedern unter deutscher Flagge fährt, ist es üblich, daß mindestens der Kapitän, der erste Offizier und der Ingenieur im Maschinenraum Deutsche sind.

Im vergangenen Jahr wurde auch Niels Stolbergs Reederei Beluga Shipping Opfer eines Piratenüberfalls. Nach Ansicht von Stolberg weiten die Piraten ihren Aktionsradius derzeit stark aus, um der Überwachung durch europäische Marineverbände zu entgehen. Der Reeder verwies darauf, daß die Piraten das Computersystem „Automatic Identification System“ (AIS) nutzen und daher genau wissen würden, wo welches Schiff und mit welcher Ladung unterwegs ist. Die AIS-Technik soll es eigentlich den Unternehmen in der Schiffahrt ermöglichen, weltweit untereinander Daten auszutauschen.

Ursachen der vielen Piratenüberfälle sind der Bürgerkrieg in Somalia und das staatliche Chaos in dem Land. Fischer und ehemalige Bürgerkriegskämpfer bilden laut Experten den Kern der Seeräubertruppen, Hintermänner an Land übernehmen die Organisation. *H. E. B.*

Gezerre um Moldawien

Kommunistischer Wahlsieg löst Krise aus – Konstellation ähnlich wie im Kaukasus-Konflikt

Die Parlamentswahl in Moldawien vom 5. April wird neu ausgezählt. Vorangegangen waren heftigte Proteste junger Leute in der Hauptstadt Chisinau gegen den angeblichen 49,5-Prozent-Wahlsieg der Kommunisten. Ein Toter und 270 Verletzte waren dabei zu beklagen.

Bei diesem Konflikt im ärmsten Land Europas hatte Rußland mitgemischt. „Ihre wahre Heimat ist Moldawien, und das gehört zu uns“, tönte es in russischen Zeitungen über die Protestierer in Chisinau. Rumänien sei geradezu der „offiziell anerkannte Feind der Eigenstaatlichkeit Moldawiens“, schrieben die Gazetten, und Rußlands Marschälle verlegten 2800 Mann Spezialtruppen in die von Moldawien abtrünnige Provinz Transnistrien. Dann winkten russische Diplomaten mit dem Zaunpfahl: Das alles „könnte zur Anerkennung Transnistriens“ führen.

> Europa blieb merkwürdig still

Bei der Wahl vom 5. April war eigentlich nichts Außergewöhnliches geschehen: Die Kommunisten fälschten sie genau so schamlos, wie den Urnengang vom März 2005. Damals wie heute schickte nicht nur der Kreml herzliche Glückwünsche zum Wahlsieg; auch die Beobachter der OSZE und aus dem Ausland wollten kein Haar in der Suppe finden. Es war wie nach dem ersten Wahlsieg des Präsidenten Vladimir Voronins 2001, der freie Hand erhielt und von Wladimir Putin kräftig unterstützt wurde. Moldawien wurde ähnlich behandelt wie eine asiatische Ex-Sowjetrepublik.

Die Strategie der EU und der USA war zunächst aufgegangen: Moldawien bleibt russisches Einflußgebiet. Doch diese Rechnung wurde von einigen Tausenden moldawischen Jugendlichen zunichte gemacht, die den angeblichen Wahlsieg der Kommunisten zum Betrug erklärten und auf die Straße gingen. Dann ging eine friedliche Demonstration in eine gewalttätige über. Das Parlament und das Präsidialgebäude gingen in Flammen auf, wobei man nie erfahren wird, ob die Brandstifter moldawische Jugendliche oder KGB-Agenten in geheimer Mission waren, die die pro-europäischen Demonstrationen diskreditieren wollten.

193 Demonstranten wurden verhaftet, ein 23jähriger Student vom Polytechnikum erlag am Ostersonntag den Schlägen der Voronin-Schergen. Nun zählt nicht, schrieb ein rumänischer Kommentator im Internet, daß Voronin Rumänien beschuldigt, sich in die inneren Angelegenheiten Moldawiens eingemischt und einen Staatsstreich angezettelt zu haben. Es zählen auch nicht die hektischen diplomatischen Bemühungen und die Rauchbomben Moskaus. Es zählt einzig und allein, daß vor aller Welt Zehntausende auf die Straßen gegangen sind, um für Freiheit zu demonstrieren. Weniger für einen Anschluß an Rumänien als für die Zugehörigkeit zu Europa.

> Moldawier wollen über Rumänien in die EU

Dieses Europa, das sich sonst bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit so herrlich empört, blieb nun merkwürdig passiv: Britische Fernsehsender brachten gar nichts und kaum ein anderer staatlicher TV-Sender zeigte die Jugendlichen, die den Kugeln und dem Tränengas der Miliz ausgesetzt waren. Selbst Claudia Roth heulte nicht und auch Cem Özedmir war diesmal nicht „betroffen“.

Ab jetzt beginnt, mit kleinen Schönheitskorrekturen, die Sache ihren Lauf mit der Präzision eines „großen Zapfenstreichs“ zu nehmen. Die EU rief beide Seiten zur Besonnenheit auf, die Militärs rasselten mit den Säbeln, die Diplomaten mit den Aktentaschen, das Ganze geht von forte fortissimo bis pia pianissimo, bis es ganz ruhig wird.

Dennoch hat der Fall Moldawien einige Besonderheiten: Moldawien hatte gute Chancen, näher an Europa heranzukommen. Ließe man dem Konflikt aber freien Lauf, wäre selbst ein Waffengang wie im Sommer 1992 in Transnistrien nicht auszuschließen. Besonders brenzlig würde es, wenn Moldawien mit Unterstützung Rußlands das Nato-Mitglied Rumänien angreifen sollte.

Aber selbst wenn man keine solche Zuspitzung nach Art des Georgien-Konfliktes erwartet, bleibt die Situation prekär. Schon prangert die moldawische Zeitung „Moldova Suverana“ die Wiederbelebung der „Eisernen Garde“ (rumänische Faschisten) und ihrer ultranationalistischen Ideologie in Rumänien an.

Die Ereignisse in Moldawien werden möglicherweise als „Twitter-Revolution“ in die Geschichte eingehen, weil die Demonstranten mit diesen neuen, in Deutschland bisher kaum verbreiteten Mobilfunk-Dienst Kontakt untereinander hielten. *Ernst Kulcsar*

Keine Kontrolle, keine Haftung

Experten warnen vor Folgen der G 20-Milliardenbeschlüsse – China und Rußland wollen neue Leitwährung

Manch spontaner Kommentar feierte den G20-Gipfel als strahlenden „Beweis für internationale Handlungsfähigkeit". Bei genauer Betrachtung wird jedoch klar: Die Gipfel-Teilnehmer sind weitere, enorme Risiken für das Weltfinanzsystem eingegangen.



Schafft sich seine eigenen Regeln: Die Arbeit des IWF ist für viele zu abstrakt und undurchschaubar. Bild: pa

Der Beschluß der G20 war erst wenige Stunden alt, da griff Mexiko als erstes Land schon kräftig zu. 47 Milliarden Dollar verschaffte sich der mittelamerikanische Staat per Kredit vom Internationalen Währungsfonds (IWF). Die 20 größten Wirtschaftsmächte der Welt hatten auf ihrem Gipfel in London beschlossen, die Kreditmittel des IWF zunächst auf 500 Milliarden Dollar zu verdoppeln und mittelfristig mehr als zu verdreifachen.

Parallel dazu wurden die Kreditbedingungen spürbar gelockert. Bislang mußten Bittsteller beim IWF strenge Auflagen erfüllen, um an Geld zu kommen. Damit sollte verhindert werden, daß mit der internationalen Hilfe bloß der Schlendrian oder die verkrusteten Strukturen weiterfinanziert werden, die den Antragsteller in die Krise gestürzt hatten. Nach der in London beschlossenen Lokkerung aber hat Experten zufolge niemand mehr eine wirksame Kontrolle darüber, ob das Geld nutzbringend verwendet wird.

Neben der erweiterten Kreditlinie haben die G20 auch eine Ausweitung der sogenannten „Sonderziehungsrechte" (SZR) um 250 Milliarden Dollar beschlossen. Die SZR sind eine 1969 eingeführte, künstliche Währungseinheit, die aus einem Korb von Dollar, Euro, Yen und Pfund errechnet wird. Ein SZR entspricht derzeit rund 90 Euro-Cent.

Der IWF teilt den Ländern SZR nach einem bestimmten Schlüssel zu, für den unter anderem ihre Wirtschaftskraft, Zahlungsfähigkeit sowie Gold- und Devisenreserven herangezogen werden. Für ihre SZR können sich die Länder im Bedarfsfall beim IWF „echtes" Geld leihen. Durch die sorgsam überprüfte Zuteilung von SZR wird verhindert, daß unkontrolliert Geld über Kredite geschöpft wird, ohne daß entsprechende Deckungswerte vorhanden wären. So soll die Gefahr von Inflation durch ungedeckte Kreditvergabe gebannt werden.

Daß nunmehr, ähnlich wie bei den direkten IWF-Krediten, auch SZR ohne solche peniblen Prüfungen verteilt werden sollen, versetzt stabilitätsbewußte Währungshüter ebenso in Aufruhr wie die deutlich erleichterte Kreditvergabe. Der Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank (EZB), Jürgen Stark, schimpft: „Das ist reine Geldschöpfung. Das ist Helikopter-Geld für den Globus." Stark ist neben Bundesbank-Chef Axel Weber einer der beiden Deutschen im 22köpfigen Direktorium der EZB.

Als „Helikopter-Geld" bezeichnen Währungsexperten Geld, das bewußt über jede realwirtschaftliche Deckung hinaus hergestellt wird, um die Wirtschaft zu stimulieren. Wie gefährlich solche „reine Geldschöpfung" ist, erweist sich erst, wenn die Wirtschaft wieder in

Jürgen Stark (EZB): »Helikopter-Geld für den Globus«

Gang kommt, und das neue Geld nachfragewirksam wird. Dann droht drastische Geldentwertung, weil die erhöhte Geldmenge auf zu wenig kaufbare Güter trifft.

Moniert wird zudem, daß wegen der ausbleibenden Prüfung der Kredit- und SZR-Empfänger mit erhöhten Ausfällen bei der Rückzahlung zu rechnen sei. Erst wenn Rückzahlungen tatsächlich ausfallen, werden auch die Bürger in den großen Geberländern wie Deutschland das umgestüme Gebahren des IWF in ihren eigenen Staatshaushalten zu spüren bekommen.

Kritiker bemängeln in diesem Zusammenhang, daß wieder einmal niemand haftet, wenn die gewaltigen Summen einfach verschleudert werden, etwa, weil Kreditnehmer das IWF-Geld lediglich für gesamtwirtschaftlich unsinnige Wahlgeschenke verplempern. Die bittere Ironie sei, daß die derzeitige Krise gerade deswegen entstanden sei, weil die Verursacher von Milliardenschäden nicht ernsthaft damit rechnen mußten, im Falle des Scheiterns ihrer Spekulation zur Rechenschaft gezogen zu werden. Eigentlich sollte es bei dem Gipfel doch um mehr Verantwortung, mehr Haftung gehen. Statt dessen sei abermals das Gegenteil herausgekommen.

Fachleute sehen die Gefahr, daß auf diese Weise das Vertrauen weiter untergraben werde. Dabei sei die derzeitige Krise auch und vor allem eine Vertrauenskrise, und das Mißtrauen in die Stabilität des Weltfinanzsystems wachse mit solchen Beschlüssen weiter, weshalb die Wirtschaft nicht in Schwung komme. Wie weit die Verunsicherung mittlerweile geht, zeigt der Vorstoß Chinas und Rußlands, den US-Dollar als Leitwährung längerfristig abzulösen. Sicher stecken dahinter auch machtpolitische Motive: Die Rivalen der USA wollen die Lage dazu nutzen, um die Vorherrschaft der Vereinigten Staaten an einem entscheidenden Punkt zu brechen, der Dominanz des Dollar.

Darüber hinaus aber schwingt echte Sorge mit: China ist größter Gläubiger der USA, die Volksrepublik sitzt auf 2000 Milliarden US-Dollar an Devisenreserven, die das bevölkerungsreichste Land der Erde durch seine Exportüberschüsse gegenüber den USA angehäuft hat. Peking fürchtet die Entwertung seiner Dollar-Ersparnisse durch die laxe Geldpolitik der US-Notenbank.

Für die Zukunft läge es in der Logik von Chinas Linie, den Dollar als Weltreservewährung durch die SZR des IWF zu ersetzen. Der weltweite Zahlungsverkehr würde dann nicht mehr vorwiegend in Dollar, sondern in SZR erfolgen. Somit würden die Devisenreserven aus Exporterlösen nicht mehr ganz überwiegend in Dollar, sondern in SZR anfallen. Durch ihre Mischstruktur wäre die neue Weltwährung nicht mehr allein abhängig von der Politik einer einzigen Notenbank, wie es beim Dollar der Fall ist. Trotz der starken Stellung des Dollar im SZR-Währungskorb würde eine solche Umstellung den globalen Einfluß Washingtons beträchtlich schmälern. *Hans Heckel*

MELDUNGEN

Länderpleiten befürchtet

Berlin – Immer mehr Anleger sorgen sich um die langfristige Zahlungsfähigkeit von deutschen Bundesländern. Um Kredite am Kapitalmarkt zu bekommen, müssen die Länder daher bis zu einem Prozentpunkt mehr Zinsen zahlen als der Bund, vor einem Jahr lag dieser Risikoaufschlag (neudeutsch auch „Spread" genannt) erst bei 0,3 bis 0,4 Prozentpunkten. Experten weisen indes darauf hin, daß einzelne Länder wegen der verfassungsmäßigen Bundestreue und des Länderfinanzausgleichs nicht pleitegehen könnten. Sprich: Da sie nicht souverän sind, würde letztendlich der Bund als ganzes für ihre Kredite geradestehen. Deshalb sei das Ausfallrisiko bei einer Landes- nicht höher als bei einer Bundesanleihe. Entsprechend benoten Rating-Agenturen Bund und Länder gleich. *H.H.*

Russen statt Österreicher

Wien – Nachdem die Österreichische Mineralölverwaltung (OMV) bereits im Vorjahr ihre jahrelangen Bemühungen um eine Übernahme des ungarischen Konkurrenten MOL aufgegeben hatte, veräußerte sie nun auch ihren MOL-Anteil von 20 Prozent an die russische Surgutneftegas. Ausschlaggebend für den Rückzug waren „ernste Bedenken" der EU-Wettbewerbskommission, die auch schon davor geflissentlich alle EU-widrigen Maßnahmen ignoriert hatte, mit welchen die Ungarn die Übernahme abgeblockt hatten – der Staat durch ein Sondergesetz und MOL selbst durch einen großangelegten verschleierten Rückkauf eigener Aktien. Anscheinend ist es den EU-Wettbewerbshütern lieber, daß die drei mitteleuropäischen Energiekonzerne OMV, MOL und die polnische PKN-Orlen letztlich westlichen Erdölmultis oder russischen Oligarchen in die Hände fallen. *RGK*

Bankenrettung, Teil II

Berlin diskutiert wieder »Bad Banks« – Ramsauer: Verschleierung

Nach wie vor ist das Vertrauen der Banken untereinander getrübt. Auch Anleger sind massiv verunsichert. Denn viele Banken ächzen unter der Last „toxischer" Wertpapiere, mit denen sie bis vor kurzem sorglos gehandelt haben. Diese gelegentlich als „leistungsgestört" bezeichneten Papiere belasten heute die Bilanzen der deutschen Banken im dreistelligen Milliardenbereich. Nach der Verabschiedung des 480 Milliarden Euro schweren Bankenrettungsfonds SoFFin im Oktober hat die Große Koalition bislang mit weiteren Bankenhilfen gezögert. Doch inzwischen bestätigt Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) die Bundesregierung plane, dem deutschen Bankensystem weitere Erleichterung zu verschaffen. Am 21. April will der Finanzminister seine Vorstellungen mit der Kanzlerin, der Bundesbank und der SoFFin-Spitze erörtern.

Im Vordergrund steht der Gedanke eines „Bad-Bank-Systems" unter Leitung des SoFFin. Demnach sollen sich die betroffenen Banken in einen guten und einen schlechten Teil aufgliedern können. Zu den sanierungsbedürftigen Banken zählen fast alle Landesbanken, aber auch große Geschäftsbanken. Die Aktien der teilweise staatlichen Commerzbank nahmen nach ersten Berichten über die Steinbrück-Pläne Fahrt auf.

Planspiele des Bundes schrekken auch nicht mehr davor zurück, die gesunden Teile der Landesbanken in einer einzigen „guten Bank" zu bündeln – was

Der 480-Milliarden-Fonds reicht nicht

bezeichend ist für deren Zustand. Womöglich stand dabei das irische Vorbild Pate. In Irland reifen nämlich die Pläne für eine Verwaltungsgesellschaft, die risikobehaftete Kredite abkaufen soll.

Für Deutschland scheint damit die lange diskutierte Idee vom Tisch zu sein, eine große branchenweite Abwicklungsbank zu gründen. „Ich lehne definitiv eine zentrale Bad Bank ab", gab sich Steinbrück prinzipienfest. Sein Konzept würde ermöglichen, daß die jeweils „gute Bank" ihre Bilanz bereinigt, indem lediglich momentan illiquide Papiere in die „schlechte Bank" unter SoFFin-Aufsicht ausgelagert werden. Für tatsächlich „toxische", also auch künftig nicht mehr handelbare Papiere lehnt der Finanzminister dem Vernehmen nach einen staatlichen Rettungsschirm jedoch strikt ab. Für diese Papiere verlange er den Banken und ihren Eigentümern „ein Höchstmaß an Verantwortung". Damit deutet Steinbrück an, keinesfalls den Weg der USA gehen zu wollen. Dort kauft die Notenbank sogenannte Schrottpapiere für mehr als eine Billion Dollar auf.

Regierungsnahe Kreise räumten ein, der beginnende Wahlkampf könne das Vorhaben verzögern. Doch Steinbrücks Pläne decken sich mit den Forderungen aus CDU/CSU und SPD, die Banken nicht aus der Verantwortung zu entlassen. Der finanzpolitische Experte der Unionsfraktion im Bundestag, Otto Bernhardt, geißelte den Finanzminister noch vor wenigen Wochen dafür, sich der Übertragung „toxischer" Wertpapiere in „Bad Banks" zu verschließen. Einspruch erhob aber CSU-Landesgruppenchef Peter Ramsauer. Eine „Bad Bank" verschleiere lediglich wirtschaftliche Fakten. *Jost Vielhaber*

Ein Einbruch um acht Prozent

Rußlands Finanzminister Alexej Kudrin ist pessimistisch

Wachstumsraten von bis zu acht Prozent gehören auch in Rußland der Vergangenheit an. Finanzminister Kudrin stellt neuerdings düstere Prognosen. Er glaubt, sein Land werde bis zu 50 Jahre brauchen, um sich von der Krise zu erholen. Die Nachfrage nach russischen Exportartikeln sinkt beständig. Kudrin hat darum seine anfängliche Prognose von 4,5 Prozent Rückgang des Bruttoinlandsprodukts auf acht Prozent minus korrigiert. In diesem Jahr stehen Ausgaben von 9,7 Billionen Rubel (219 Milliarden Euro) nur Einnahmen von 6,7 Billionen (151 Milliarden Euro) gegenüber. Die Inflationsrate soll auf über 13 Prozent ansteigen.

Die Krise zeigt Wirkung in der Bevölkerung. Die Arbeitslosenquote von derzeit erst 2,6 Prozent wird bis Jahresende voraussichtlich auf zwölf Prozent steigen. Drei Viertel der von der Flaute am stärksten betroffenen Betriebe haben bereits weitere Entlassungen angekündigt. Die Nachfrage nach Produkten der Metallbranche, des Maschinenbaus und der Holzindustrie ist allein im März um bis zu 50 Prozent zurückgegangen. Dies führt zur Unzufriedenheit der Menschen, vor allem in Städten, die von der Produktion eines einzigen Großbetriebes leben. Unter ihnen macht sich eine Art Endzeitstimmung breit. Im Januar gaben die Russen wegen des Rückgangs der Realeinkommen erstmals seit Jahren mehr aus, als sie einnahmen. Die Ersparnisse werden vor allem in langlebige Konsumgüter, Autos oder Zahnersatz gesteckt, um dem erwarteten Wertverfall des Rubels zu begeg-

Moskau befürchtet Unruhen im Land

nen. Ein Drittel der Bevölkerung befürchtet eine weitere Verschlechterung ihrer wirtschaflichen Lage. Nicht nur Industriebetriebe sind von der Krise betroffen, sondern auch Bildungseinrichtungen. Die berufliche Zukunft Tausender junger Russen ist ungewiß, wenn, wie angekündigt, 25 führende Technik-Institute und 30 Universitäten wegen finanzieller Schwierigkeiten geschlossen werden.

Die Regierung beeilt sich zu handeln. Minister Kudrin setzte für Staatsbetriebe Bonussysteme für die nächsten zwei Jahre aus und empfahl privaten Banken, ebenso zu verfahren. Premierminister Putin verschob eine geplante Erhöhung der Sozialbeiträge auf das Jahr 2011. Der Rückgang der Löhne läßt keine auch nur einigermaßen zutreffende Steuerschätzung zu. Der Kreml wird weiter auf Reserven zurückgreifen, um die Bevölkerung mit Subventionen bei Laune zu halten.

Wie sehr die Regierung Unruhen befürchtet, zeigt die Einführung eines Programms, das die Lage in den Regionen kontrollieren soll, in denen es bereits Protestdemonstrationen gab. Wöchentlich übermitteln die örtlichen Behörden Angaben über die Arbeitslosenquote, die Preisentwicklung, die Anzahl krisenbedingter Demonstrationen sowie die Popularität Putins und Medwedews an den Kreml.

Ende 2008 bereiteten zehn Regionen, darunter Moskau und das Umland, der Regierung besonderes Kopfzerbrechen. Wladimir Putin, dessen Popularität vor allem auf der Verbesserung der Lebensqualität während seiner Amtszeit als Präsident basiert, sagte zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit Klein- und Mittelbetrieben mehr Unterstützung zu. *MRK*

Einheitlich à la EU

Von Rebecca Bellano

Lange sind die Zeiten her, daß die Zahl der Asylbewerber in Deutschland ein Problem darstellte. Vergleichsweise wenige, nämlich nur 22085 Personen, stellten 2008 einen Antrag in Deutschland. 1998 waren es noch 100000. Doch sollte die EU-Asylpolitik wie geplant beschlossen werden – und das ist wegen der linken Mehrheit im EU-Parlament nicht unwahrscheinlich –, dann werden es sicher wieder mehr.

Zwar ist es solidarisch gegenüber den Mittelmeerländern, die mit einem Zustrom afrikanischer „Bootsflüchtlinge“ zu kämpfen haben, ihnen einen Teil dieser in die EU strebenden Menschen abzunehmen. Allerdings besteht die Gefahr, daß die vorgesehene „Festlegung auf Mindestnormen“ in Kombination mit unseren für afrikanische Verhältnisse traumhaften Hartz-IV-Leistungen Deutschland wieder zum Paradies für Asylbewerber aus aller Welt macht.

Eigentlich sollte man meinen, daß mit „Vereinheitlichung“ der Asylpolitik gemeint ist, daß alle EU-Länder den Asylbewerbern den gleichen Standard gewähren. Tatsächlich will Brüssel, daß Asylbewerber überall soviel bekommen wie die einheimische, Steuern zahlende Bevölkerung. Die geplante Neuregelung wird nur schlechte Stimmung gegenüber Asylbewerbern (und die EU!) schaffen, zumal die „Bootsflüchtlinge“ gar keine politisch Verfolgten sind.

Ahnungslos über Europa

Von Hinrich E. Bues

Die Tour Barack Obamas durch Europa glich einem Feuerwerk der Hoffnungen, Visionen und Emotionen. Wie ein Messias schwebte Obama mit seiner Frau Michelle durch Europa, bis er in der Türkei und im Irak unsanft in der Realität landete. In Ankara hielten ihm Demonstranten sogar „Yankee-go-home“-Schilder entgegen.

Dem alten Kontinent wollte Obama Führungsstärke und zugleich sein Entgegenkommen zeigen. Den Europäern wollte der Präsident „zuhören“. Wo umgekehrt Obama sprach, war das Erstaunen groß, etwa bei seiner Vision einer atomwaffenfreien Welt. Das hatten zuletzt Linke in den 80er Jahren propagiert, bis der Eiserne Vorhang – auch wegen der amerikanischen Hochrüstung – fiel.

Es offenbart schon ein gehöriges Maß an Unkenntnis der europäischen Geschichte, wenn man in naiver Weise die Hoffnung auf Frieden zwischen der islamischen und christlichen Welt verbreitet. Seit der arabischen Eroberung Spaniens im Jahre 711 befindet sich Europa in der Auseinandersetzung mit der islamisch-arabischen Welt. Der Fall Konstantinopels 1453 und die osmanische Expansion lösten über Jahrhunderte Kriege in Europa aus. Wer das weiß, kann die Forderung Obamas nach Aufnahme der Türkei in die EU nur als realitätsfern bezeichnen.

> Obama verlegt sogar die Erfindung des Autos nach Amerika

In Prag präsentierte sich Obama in seiner Freiluftrede wie im Wahlkampf. Seine messiasgleichen Ich-bin-Sätze mögen Jubel bei einer Nation auslösen, die bei ihrer EU-Ratspräsidentschaft vor enormen Problemen steht. Allerdings wußte keiner, an welche Dinge Obama gedacht hat, als er „die tschechische Nation“ so undifferenziert lobte. Waren es die zerstörerischen Hussitenkriege des 15. Jahrhunderts, der „Prager Fenstersturz“, der 1618 den Dreißigjährigen Krieg auslöste, oder die Vertreibung der deutschen Bevölkerung 1945/46 mitsamt den erst kürzlich bekräftigten Benesch-Dekreten?

Die visionäre Sicht amerikanischer Politik stößt in Europa nicht auf die gleiche positive Resonanz wie im Heimatland Obamas. Europa ist ein von Kriegen und politischen Heilsbringern gebeutelter Kontinent und steht daher einem naiven Fortschrittsoptimismus skeptisch gegenüber. Zu präsent sind die Kriege, die nationalistische und sozialistische Heilsbringer auslösten. Obama mag man es nachsehen, daß er die Erfindung des Automobils kurzerhand nach Amerika verlagerte, bei dem schwierigen Miteinander der europäischen Länder helfen allerdings keine geschichtsvergessenen Forderungen.

Amerikanischen Touristen mag es genügen „Europe in five days“ zu absolvieren. Ein US-Präsident, der wirklich Europa und die Konflikte dieses Kontinents verstehen will, muß sich dafür mehr Zeit nehmen, um wirklich zuzuhören, bevor er mit realitätsfernen Visionen daherkommt.



Verwundert stellte der US-Präsident Obama fest, daß seine visionären und pathetischen Reden bei den Europäern weniger Eindruck machen als in den USA: Selbst dort wunderten sich viele Kommentatoren über Obamas „Wahlkampf-Rhetorik“.

Bild: ddp

Wettergötter

Von Wolfgang Thüne

Beim EU-USA-Gipfel in Prag verkündete Barack Obama mit strahlendem Lächeln und bei schönstem Sonnenschein, daß die USA bereit seien, „beim Klimaschutz zu führen“. Der Präsident lobte artig die „außergewöhnlichen Bemühungen“ der Europäer beim Kampf gegen den Klimawandel. Die Botschaft saß und im Jubel bemerkte die emotional aufgeheizte Menge nicht die schallende Ohrfeige, die Obama damit der Heiligendammer „Klimagöttin“ Angela Merkel und dem EU-Kommissionspräsidenten José Barroso verpaßt hatte. „Bemühungen“ allein bewirken ja nichts.

Es ist richtig – wir haben nur die eine Erde und diese hat nur eine Atmosphäre mit unserer Luft zum Atmen. Die Atemluft sollte schon sauber sein! Aber wie sieht es aus mit dem Klima? Der Reichtum an unterschiedlichem Wetter macht die Erde abwechslungsreich und ist ein „Geschenk des Himmels“.

Ob sich USA und EU nicht doch beim Klimaschutz übernehmen? Denn auch Klimaschutz fängt immer ganz klein an, beim Wetter, denn von ihm ist das Klima abgeleitet. Und beim Wetter gilt der Spruch, daß der „Teufel im Detail“ steckt. Der „Ungehorsam“ des Wetters ist nicht nur sprichwörtlich, er ist tatsächlich vorhanden. Es gibt nicht nur keine Waffen, um sich zum Herrscher über das Wetter aufzuschwingen, auch alle Besänftigungsversuche sind bisher fehlgeschlagen. Das Darbringen von Opfergaben, das Verbrennen von Wetterhexen haben nichts gebracht. Und auch das Versenken von Kohlendioxid tief unter der Erde wird nichts bewirken.

Auf ein Wort



Die Soziale Marktwirtschaft als Retter aus der Krise

Von Jörg Schönbohm

Die Große Koalition kann auch anders. Einträchtig wie lange nicht mehr verabschiedeten die Bundestagsfraktionen von CDU/CSU und SPD Ende März das umstrittene Enteignungsgesetz. Damit steht der Regierung nun erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik die Möglichkeit offen, Aktionäre zu enteignen und Banken gegebenenfalls vollständig zu verstaatlichen. Die Befürworter des Gesetzes argumentieren, daß die Bankenholding „Hypo Real Estate“, auf die das zeitlich befristete Gesetz zugeschneidert ist, eine systemrelevante Bedeutung für unseren Finanzmarkt habe. Eine Insolvenz würde ungeahnte Konsequenzen nach sich ziehen. Doch egal wie nachvollziehbar diese Argumentation auch sein mag, bleibt es dabei, daß die Enteignung von Banken durch den Staat einen ordnungspolitischen Tabubruch darstellt. Enteignungen widersprechen der Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft. Wer Firmen erhalten und stärken will, darf keine Enteignungspolitik betreiben. Das Eigentum ist ein Grundprinzip unserer Gesellschaftsordnung und wird nicht ohne Grund durch unsere Verfassung besonders geschützt.

Natürlich ist es in der aktuellen Krise notwendig und auch gerechtfertigt, wichtige Banken und Unternehmen staatlicherseits zu unterstützen, wenn damit eine Verschlimmerung der Krise verhindert werden kann. Es muß jedoch auch eine klare Grenze gezogen werden. Der Staat kann nicht jedem kriselnden Unternehmen finanziell unter die Arme greifen, geschweige denn, jede in Not geratene Bank verstaatlichen.

> Enteignung von Banken ist ein Instrument der Planwirtschaft

Enteignung und Verstaatlichung sind Instrumente der sozialistischen Planwirtschaft und nicht der Sozialen Marktwirtschaft. Es kann nicht die Aufgabe des Staates sein, reihenweise Unternehmen vor der Insolvenz zu retten. Vielmehr muß der Staat die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Firmen aus eigener Kraft wieder auf die Beine kommen. Die Regierung darf nicht den Eindruck vermitteln, daß jedem Bittsteller mit Staatsgeld geholfen werden könne.

Die Liste der angeschlagenen Unternehmen und Banken ist lang und sie wird jeden Tag länger: Opel, Schaeffler, Hypo Real Estate, die IKB, die Landesbanken. Es wäre jedoch keinem geholfen, wenn sich der Staat aus falsch verstandener Solidarität auf finanzpolitische Vabanquespiele einlassen würde. Experten warnen davor, daß die Bundesrepublik nach der Rettung der angeschlagenen Firmen selber Konkurs anmelden müßte. Der Staat kann niemals die Heilungsprozesse in der Wirtschaft ersetzen, sondern höchstens die Selbstheilung durch sinnvolle strukturelle Reformen befördern.

Die Krise hat deutlich gemacht, daß der Markt bestimmte Regeln braucht. Hier ist der Staat gefragt. Es ist seine Aufgabe, entsprechende Regeln zu machen, über ihre Einhaltung zu wachen und wo nötig Fehlentwicklungen zu korrigieren und Exzesse in der Wirtschaft zu verhindern. Rettungsschirme, Staatsbürgschaften und Finanzspritzen können kein Ersatz sein.

Im Angesicht der globalen Wirtschaftskrise ist die Rückbesinnung auf die Stärken unserer Sozialen Marktwirtschaft wichtiger denn je. Nach dem Zweiten Weltkrieg führte uns das freiheitliche Wirtschaftssystem innerhalb kürzester Zeit von der Mangelwirtschaft zum Wirtschaftswunder. Nur wenige Jahre nach dem unfaßbaren Elend der Nachkriegszeit war Ludwig Erhards Vision vom „Wohlstand für alle“ Wirklichkeit geworden.

Die Soziale Marktwirtschaft sorgte nicht nur für eine Stabilisierung der Wirtschaft, sondern auch für die Stabilisierung unserer demokratischen Ordnung. Der Erfolg des Wirtschaftssystems und der Wohlstand der Bundesrepublik wurden für Generationen zu einer nationalen Identifikationsklammer. Ohne den wirtschaftlichen Erfolg des Westens wäre die Deutsche Einheit 1989/1990 nicht denkbar gewesen.

Eigeninitiative, Eigenverantwortung und die Freiheit des Individuums sind die Prinzipien, die nach 1945 zum Aufbau dieses Lands beitrugen. Erhard faßte die Essenz der Sozialen Marktwirtschaft in einer knappen Formel zusammen: „Ich will mich aus eigener Kraft bewähren, ich will das Risiko des Lebens selbst tragen, will für mein Schicksal selbst verantwortlich sein. Sorge du, Staat, dafür, daß ich dazu in der Lage bin.“ Nur jene, die durch Krankheit oder Alter nicht in der Lage sind, für sich selber zu sorgen, sollen solidarisch von den anderen gestützt werden.

Bereits vor über 50 Jahren warnte Erhard vor dem „übermächtigen Ruf“ nach kollektiver Sicherheit. Niemand solle sich der gefährlichen Illusion hingeben, der Staat könne eine Rundum-Versorgung aller Bürger gewährleisten: „Wo ... sollen wir hinkommen und wie wollen wir den Fortschritt aufrechterhalten, wenn wir uns immer mehr in eine Form des Zusammenlebens von Menschen begeben, in der niemand mehr die Verantwortung für sich selbst zu übernehmen bereit ist und jedermann Sicherheit im Kollektiv gewinnen möchte? Ich habe diese Flucht vor der Eigenverantwortung drastisch genug gekennzeichnet, wenn ich sagte, daß, falls diese Sucht weiter um sich greift, wir in eine gesellschaftliche Ordnung schlittern, in der jeder die Hand in der Tasche des anderen hat.“

> Die Flucht vor der Eigenverantwortung muß gestoppt werden

Ein solches Denken, so fuhr Erhard fort, führe letztendlich dazu, daß die echten menschlichen Tugenden, wie „Verantwortungsfreudigkeit, Nächsten- und Menschenliebe, das Verlangen nach Bewährung, die Bereitschaft zur Selbstvorsorge und noch vieles Gute mehr“ zunehmend absterben würden. Am Ende stünde dann nicht eine klassenlose, sondern eine „seelenlos mechanisierte Gesellschaft“. Erhards Warnung aus dem Jahr 1958 hat bis heute nichts an ihrer Aktualität eingebüßt.

Daß wir in der Vergangenheit die Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft zunehmend aus den Augen verloren haben, ist durchaus mit schuld an der gegenwärtigen Krise. Ehrlichkeit, Fairness, Gerechtigkeitssinn, aber auch Leistungsbereitschaft, Selbstdisziplin und Maßhalten müssen wieder zum Wertekanon unseres Wirtschaftssystems gehören. Gemeinsam mit kaufmännischen Tugenden wie Fleiß, Pflichtgefühl, Sparsamkeit und Tüchtigkeit sind diese Prinzipien unentbehrliche Stützen unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Wir brauchen wieder ein Bekenntnis zu mehr Eigenleistung und Selbstverantwortung. Unser auf den Staat konzentriertes Anspruchsdenken muß ein Ende haben. Unser Wirtschaftssystem bezieht seine Stärke daraus, daß es Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität miteinander versöhnt. Wie kein anderes Wirtschaftssystem verbindet es ökonomische Vernunft mit sozialer Gerechtigkeit und bringt die Bedürfnisse der Menschen mit den Erfordernissen der Wirtschaft in Einklang.

Die Wirtschaftskrise ist eine Bewährungsprobe für unser Land. Sie ist eine Bewährungsprobe für unsere Wirtschaftsordnung, sie ist aber auch eine Bewährungsprobe für unsere Demokratie. Auf die anstehenden Herausforderungen mit weiteren Enteignungen zu antworten, wäre auf jeden Fall der falsche Weg. Jede Form der Enteignung zerstört die Basis unserer freiheitlichen Ordnung. Verstaatlichungen und flächendeckende Staatsbürgschaften führen die Grundidee der Sozialen Marktwirtschaft ad absurdum und werden daher niemals ihrem Schutz dienen.

Statt in Krisenzeiten die Fundamente unserer Wirtschaftsordnung in Frage zu stellen, sollten wir uns daran erinnern, was wir der Sozialen Marktwirtschaft zu verdanken haben und was es auch in der Zukunft zu verteidigen gilt: Einheit, Frieden und Wohlstand für unser Vaterland.

Geistig Singen in Preußen

Vor 350 Jahren starb Simon Dach – Er schuf mehr als 1000 Gelegenheitsgedichte

„Ännchen von Tharau“, dieses unvergleichlich schöne Liebeslied, hat die Jahrhunderte überdauert und gehört noch heute zum Repertoire vieler Chöre. Nur wenige aber werden wissen, daß diese eingehenden Worte dem Dichter Simon Dach zugeschrieben werden.

Die moderne Forschung ist sich allerdings nicht einig, ob es tatsächlich Simon Dach war, der 1636 das Lied für die Pfarrerstochter Anna Neander schrieb. Es gibt auch Vermutungen, daß Heinrich Albert, der die Melodie ersann, ebenfalls die Worte (ursprünglich in samländischer Mundart) zu diesem Lied fand. 1778 wurde das Gedicht von Johann Gottfried Herder ins Hochdeutsche übertragen und 1827 von Friedrich Silcher mit einer neuen Melodie unterlegt. In dieser Vertonung ist das Lied heute allgemein bekannt.

Hamann, Herder und selbst der kritische Gottsched schätzten Simon Dach. So lobte der „Literaturpapst“ aus Juditten: „An Opitzen, Flemmingen und Dachen entschuldige ich viele Fehler wider die Reinigkeit, die ich einem heutigen Stümper hoch anrechne. Das macht, ihre Schriften sind so voller Geist und Feuer, als die heutigen voller Schnee und Wasser.“ Der Komponist Otto Nicolai schrieb 1847 einen Aufsatz über „Ännchen von Tharau“. Richard Strauss vertonte unter anderem Dachs „Lied der Freundschaft“, und Oskar Gottlieb Blarr, um auch einen zeitgenössischen Komponisten zu nennen, schrieb 1982 eine Serenade für Klarinette und Streichquartett mit dem Titel „Die Kürbishütte“.

Auch in der Bildenden Kunst sind Zeugnisse zu entdecken, die vom Ruhm des Dichters Simon Dach künden: Der Bildhauer Rudolf Siemering schuf ein Relief mit dem Porträt des Dichters für die Königsberger Universität; Ludwig Dettmann, Maler und Direktor der Königsberger Kunstakademie, hielt den Besuch von Martin Opitz bei dem Königsberger Dichterkreis, dem auch Dach angehörte, in Öl fest; Franz Andreas Threyne schuf ein Relief des Dichters mit seiner Familie, das an der Stele seines einstigen Wohnhauses in Königsberg zu sehen war. In Memel stand bis zur Vertreibung der Deutschen ein Brunnen mit dem Standbild des Ännchen von Tharau; den Sockel zierte eine Porträtplakette des Dichters. Privaten Initiativen ist es zu verdanken, daß dieser Brunnen im November 1989 wieder errichtet werden konnte.

Gelegenheitsgedichte wurden Kunstwerke

Auch Dichter des 20. Jahrhunderts beschäftigten sich mit dem Phänomen Simon Dach. Der Rastenburger Arno Holz schrieb an seinen Verleger Reinhard Piper: „Dann mache ich Reißner nach Weihnachten folgenden Vorschlag: zum 300jährigen Simon-Dach-Geburtstag, der auf den 29. Juli 1905 fällt, zum nächsten Weihnachten ... eine populäre Simon-Dach-Ausgabe zu veranstalten, die ich ihm zusammenstelle und mit einem betreffenden ‚Fürvermerk‘ versehen würde ... Mir selber würde ein solches Dach-Buch Freude machen, schon als ‚Landsmann‘ von ihm ... Simon Dach war wirklich einer und verdiente eine solche Propaganda reichlich!“ Johannes Bobrowski, der Dichter aus Tilsit, der in Königsberg dieselbe Schule besuchte, an der Dach einstmals lehrte, hat in seinem Werk immer wieder an den Memeler erinnert. Oskar Loerke, der Westpreuße, huldigte in zwei Gedichten dem Meister, und Agnes Miegel zog mit ihrer 1921 geschriebenen Erzählung „Nachtspaziergang“, eine Episode aus dem Leben Dachs und seiner Gefährten Heinrich Albert und Robert Roberthin schildernd, die Leser in ihren Bann.

Wer war dieser Mann, dessen 350. Todestages am 15. April gedacht wurde? Das Licht der Welt erblickte Simon Dach als Sohn eines Gerichtsdolmetschers für die litauische, polnische und kurische Sprache am 29. Juli 1605 in Memel (sein Urgroßvater mütterlicherseits war Bürgermeister der Stadt gewesen). Er besuchte zunächst die Schule in seiner Vaterstadt, dann ab 1619 die Domschule in Königsberg. Aus Angst vor der Pest zog es ihn 1620 nach Wittenberg, später nach Magdeburg. Über Lüneburg und Hamburg sowie per Schiff über die Ostsee gelangte er schließlich wieder nach Ostpreußen, das er nun nicht mehr verlassen sollte.

1626 wurde Dach an der Albertina immatrikuliert und nahm zunächst ein Theologiestudium auf. Alte Sprachen, rhetorische und poetische Studien interessierten den jungen Mann, der sich schon als Kind mit dem Dichten versuchte, jedoch weitaus mehr. Seine frühesten erhaltenen Verse in deutscher und lateinischer Sprache stammen aus dem Jahr 1630. 1633 erhielt Dach eine Anstellung als vierter Lehrer an der Kathedralschule; drei Jahre später wurde er dort Konrektor. Der Schuldienst jedoch nahm den kränklichen Mann mit: „So hat der Schulen Staub mir meiner Jugend Blüte nicht wenig auffgezehrt“, dichtete er. Es mag somit als glückliche Fügung gelten, daß ihm 1639 eine Professur an der Albertina angeboten wurde – obwohl er noch keinen akademischen Grad besaß. Erst im April 1640 wurde er zum Magister promoviert.



Memel heute: Der Brunnen mit der Figur des Ännchen von Tharau erinnert wieder an Simon Dach. Bild: Archiv

Nahezu zwei Jahrzehnte unterrichtete Simon Dach an der Königsberger Universität als Professor für Poesie. Fünfmal war er Dekan, 1656 wurde er sogar zum Rektor ernannt. Als Poesieprofessor oblag es ihm, zu großen Festen Gedichte zu verfassen. So zählte zu den besonderen Glanzpunkten ein von Freund Heinrich Albert komponiertes Festspiel zum 100jährigen Bestehen der Universität. Gemeinsam mit Albert, Robert Roberthin und anderen gehörte Simon Dach dem Königsberger Dichterkreis an, dessen Mitglieder sich in Alberts Garten am Pregel trafen. Dort stand auch die „Kürbislaube“, die Albert zu seiner Kantate „Musicalische Kürbs-Hütte“ inspirierte und die zum Symbol des Dichterkreises wurde.

Simon Dach, der mit Regina Pohl verheiratet war, wurde Vater von fünf Söhnen (zwei starben früh) und zwei Töchtern. Er führte ein bescheidenes Leben und verbesserte seinen Unterhalt durch Gelegenheitsgedichte, die damals sehr beliebt waren und die uns Heutigen ein lebendiges Bild dieser Zeit zeichnen. Etwa 1250 Gedichte sind heute noch bekannt – Hochzeits- und Begräbnislieder, Gedichte auf verschiedene Jahreszeiten, Tänze und Gratulationen, Episteln sowie eine Unzahl lateinischer Gedichte, die etwa ein Fünftel des Gesamtwerkes umfassen. Auch verfaßte Simon Dach zwei dramatische Arbeiten – „Cleomedes“ und „Sorbuisa“. Walther Ziesemer, Germanist an der Königsberger Albertina und „Vater des Preußischen Wörterbuchs“, ist es zu verdanken, daß wir heute noch so viel über Simon Dach und sein Werk wissen. Von 1936 bis 1938 hat er die deutschen Gedichte des Memelers in vier Bänden herausgegeben und sie so vor der Vernichtung im Krieg bewahrt.

Einen „unermüdlichen Kleinmeister“, nannte Alfred Kelletat einmal den Dichter Simon Dach, „ehrlich die Gelegenheit nutzend und sagend, mit gelehrtem Bildungsgut zierlich befrachtet und geschmückt“, während Helmut Motekat hervorhob, daß aus „seinen Gelegenheitsgedichten lyrische Kunstwerke wurden“. Vielleicht sprechen die Gedichte des Mannes aus Memel, ganz abseits jeglicher literaturhistorischer Deutung, auch den heutigen Leser einfach nur deshalb noch an, weil sie aus einem inneren Erlebnis heraus gewachsen sind, das man, der barocken Sprache zum Trotz, nachempfinden kann. Vielleicht auch wird derjenige, der sich wieder einmal mit diesen Versen befaßt, in den Ausruf Simon Dachs einstimmen, der dichtete: „... Und jedermann gesteh, daß in dem kalten Preußen, mehr geistig Singen sei, denn sonst überall.“ *Silke Osman*

Für Sie gelesen

Agnes Miegel schreibt an ihre Freundin Lulu

Zwei starke poetische Begabungen trafen aufeinander, als die beiden Frauen sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts begegneten: die



Königsbergerin Agnes Miegel und die aus Bückeburg stammende Lulu von Strauß und Torney. Einen hinreißenden Einblick in diese unverbrüchliche Freundschaft gibt Marianne Kopp, Vorsitzende der Agnes-Miegel-Gesellschaft, gemeinsam mit Ulf Diederichs, Patensohn und in dritter Generation Verleger der Miegel, in einer Edition der Briefe von Agnes Miegel an die Freundin. Der Leser und Freund ihrer Dichtungen begegnet einer ganz anderen Agnes Miegel, einer jungen Frau voller Hoffnungen und Sehnsüchte, einer Frau mit tiefem Humor und nüchterner Selbsteinschätzung. Zu lesen ist eine lebendige Prosa, die unverfälscht daherkommt und die keine Ambitionen hatte, jemals Literatur sein zu wollen. Köstlich sind auch die kleinen humorvollen Zeichnungen am Rande (hier das Bild eines stattlichen Bräutigams, den Agnes ihrer Lulu wünscht). Das Buch ist ein wundervolles Geschenk an alle Miegel-Freunde. *os*



***Marianne Kopp und Ulf Diederichs (Hrsg.): „Als wir uns fanden, Schwester, wie waren wir jung – Agnes Miegel an Lulu von Strauß und Torney – Briefe 1901 bis 1922“**, Maro Verlag, Augsburg 2009, 336 Seiten, 20 Abb., gebunden, 22 Euro.*

Künstler sehen Künstler

Eine Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum zeigt Porträts und Selbstbildnisse aus zwei Jahrhunderten

Unter dem Titel „Ostpreußische Künstler sehen Künstler“ zeigt das Ostpreußische Landesmuseum noch bis zum 17. Mai eine Ausstellung mit Selbstbildnissen und Porträts. Der Betrachter blickt in junge und alte Gesichter und begegnet dabei Personen der vergangenen 100 Jahre. Die älteste Arbeit ist eine Selbstbildnis-Radierung von Käthe Kollwitz aus dem Jahr 1893, die jüngsten Blätter stammen von dem in Mohrungen geborenen Maler und Grafiker Gerhard Bondzin, der sie 1998 schuf und der heute in Dresden lebt.

Über Jahrhunderte dienten Porträts in erster Linie zum Broterwerb der Maler, bis die Fotografie ihnen im Laufe des 19. Jahrhunderts immer stärker Konkurrenz machte. Dennoch blieb auch nach 1900 ein Künstlerporträt immer noch gefragt, das eine Persönlichkeit von Stand zum Selbstverständnis wie zum Ausweis der gesellschaftlichen Stellung gern anfertigen ließ.

Das Selbstporträt gehört ebenso lange zu den persönlichsten Kunstäußerungen von Menschen. Viele Künstler legten sich selbst gegenüber in regelmäßigen Abständen Zeugnis über ihr Leben ab. In diesem Zusammenhang sind Lovis Corinth und Käthe Kollwitz zu nennen. Kollwitz begegnet der Besucher in ihren Selbstporträts, während Corinth aus der Sicht von Kollegen zu sehen ist. Der berühmte Pressezeichner der Weimarer Zeit, der vor allem in Königsberg wirkende und dort ansässige Emil Stumpp, hat sowohl Corinth als auch Käthe Kollwitz 1924 in Lithographien festgehalten.

Ganz anders stellte Eduard Bischoff seinen Landsmann Corinth anläßlich seines Todes im Jahr 1925 dar. In einer kleinen Radierung, die in dieser Ausstellung zum ersten Mal der Öffentlichkeit präsentiert wird, sieht man den alten Meister in einem riesigen Atelier vor einer Staffelei. Neben ihm führt der „Knochenmann“ ihm schon die Hand.



Ernst Bischoff-Culm: Der Dichter Walter Heymann 1908 in den Dünen der Kurischen Nehrung. Das Bild ist ein Schlüsselwerk für die Geschichte der Künstlerkolonie Nidden und als Leihgabe der Landsmannschaft Ostpreußen in der Ausstellung zu sehen. Bild: OL

Königsberg und Porträt, das heißt im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts vor allem auch Heinrich Wolff. Der Graphiklehrer an der Kunstakademie war einer der gesuchtesten Bildniskünstler Ostpreußens. Auf diesem Gebiet leistete er Herausragendes. Die Auswahl der Arbeiten zeigt diesmal in erster Linie Kollegen von der Kunstakademie.

Zu den auch wegen der Größe augenfälligsten Stücken in der Ausstellung gehört ein Gemälde von Ernst Bischoff-Culm. Diese Leihgabe der Landsmannschaft Ostpreußen zeigt den Königsberger Dichter Walther Heymann etwa 1908 in den Dünen der Kurischen Nehrung spazierend. Dieses erst im vergangenen Jahr wieder aus Privatbesitz aufgetauchte Bild ist ein programmatisches Schlüsselwerk für die Geschichte der Künstlerkolonie Nidden. Porträtist wie Porträtierter gehören zum Kern der Künstler in Nidden, die sich bis 1914 regelmäßig – meist im Gasthof von Hermann Blode – trafen und den künstlerischen und geistigen Austausch pflegten.

Noch bekannte Namen stehen neben beinahe vergessenen, so der von Franz Papke, dem langjährigen Drucker in der graphischen Werkstatt der Königsberger Kunstakademie. 1942 hielt Eduard Bischoff diesen Charakterkopf in einem eindrucksvollen Gemälde fest.

Und so begegnet der Besucher dieser Ausstellung nicht nur markanten Gesichtern, er wird auch mit einzelnen Schicksalen konfrontiert, die nicht zuletzt auch ein Stück deutscher Kunstgeschichte spiegeln. *Jörn Barfod / PAZ*

Meister der Bühne

Durch seinen möglichst realistischen Darstellungsstil wollte der Schauspieler August Wilhelm Iffland die ungeschminkte Wahrheit auf die Bühne bringen. Ganz im Gegensatz zu dem deklamatorischen Stil, den man in der Klassikerstadt Weimar bevorzugte. Seinen größten Erfolg feierte der am 19. April 1759 in Hannover Geborene als Franz Moor in Schillers „Die Räuber“. Schiller selbst war begeistert von der Darstellung: „Iffland hat sich in den letzten Szenen als Meister gezeigt“, lobte er, monierte allerdings: „Wenn Herr Iffland seine Worte nicht so verschlänge, und sich nicht im declamiren so überstürzte! Teutschland wird in diesem jungen Mann noch seinen Meister finden.“

Ursprünglich sollte Iffland auf Wunsch der Eltern Theologie studieren.



August W. Iffland Bild: Internet

Er entschied sich jedoch für das Theater und ging 1777 nach Gotha. Über Mannheim und Weimar gelangte Iffland nach Berlin, wo er Direktor des Nationaltheaters am Gendarmenmarkt wurde. Die Verdienste, welche er sich um die Verbesserung der Berliner Bühne erwarb, verschafften ihm 1811 den Rang eines Direktors der königlichen Schauspiele. Unter seiner Leitung entwickelte sich Berlin zu einer der führenden Theaterstädte Deutschlands. Iffland, der auch selbst Theaterstücke schrieb, starb am 22. September 1814 in Berlin. Er erhielt ein Ehrengrab auf dem Jerusalems- und Neue-Kirche-Friedhof II in Kreuzberg. Der Iffland-Ring, der testamentarisch von dem Träger an den bedeutendsten deutschsprachigen Schauspieler weitergegeben wird, erinnert noch heute an ihn. *os*

Als der Staat den Luxus reglementierte

Nicht zu allen Zeiten durfte man protzen, wenn es der Geldbeutel ermöglichte

Ein Unterschied mußte sein zwischen den Ständen. Unvorstellbar, wenn Magd oder Knecht sich wie die Herrschaft kleiden würden. Solchen Anwandlungen mußte ein Riegel vorgeschoben werden. In Deutschland bediente man sich dazu sogenannter Verordnungen gegen Luxus und Kleiderpracht. Zwischen dem 14. und dem 17. Jahrhundert wurden sie allenthalben erlassen.

Preußen verbot 1387 generell das Tragen von Stoffen, in denen Seide verwebt war. Ebenfalls Preußen untersagte 1521 Handwerksgesellen, eine Kappe aus Marderfell zu tragen, da dieser Pelz höheren Ständen vorbehalten sei. In Thorn verbot der hohe Rat der Stadt 1464 spitze Schuhe, die er als ein Zeichen von übertriebenem Luxus ausmachte. Danzig erließ eine Hochzeit- und Kleiderordnung, um der allgemeinen „Putzsucht“ Einhalt zu gebieten.

Gegenwärtig, da allenthalben und überall Gerechtigkeitslücken beklagt werden, erstaunen die Begründungen, mit denen Bescheidenheit bei den Bürgern angemahnt wurde. Die Luxusverordnung der Hansestadt Lübeck von 1619 begründet die Notwendigkeit einer solchen Bestimmung so: „Nachdem in allen Landen und Städten Gott der Allmächtige es also verordnet, daß ein unterscheidt der Stände und Personen seyn muß, ohne welchen kein wohlbestalltes Regiment erhalten werden kann, also hat diese gute Stadt ihre unterschiedene Stende und seyn unter der Bürgerschaft mancherley Companeyen, Zünffte, Bürgerschaffte, grosse und kleine Empter, auch geringere Gesellschaft und Collegia, so alle nach dieser Stadt wohlhergebrachten, löblichen Gebrauch und vorigen Ordinantzien unterschiedlich abgetheilet worden, nach welchem Unterscheid auch diese Ordnung ist gerichtet.“

Es sollte also nicht auf den kleinen Unterschied ankommen, sondern auf einen deutlich sichtbaren. Die vornehmsten Familien in den Hansestädten Lübeck und Bremen konnten sich schließlich auf ein kaiserliches Privileg aus dem 14. Jahrhundert berufen, das ihnen ausdrücklich erlaubte „gold und bunt“ zu tragen. Und was in der führenden Stadt des Hansebundes galt, nahm man in den Hansestädten entlang der Ostseeküste selbstverständlich ebenfalls in Anspruch: Die vornehmsten Familien waren gewissermaßen von Adel, auch wenn es den mit Rang und Titel in den Bürgerstädten nicht gab.

Zur absoluten Spitze der städtischen Gesellschaft gehörten die Mitglieder der Junkerkompagnie oder Zirkelgesellschaft. Deren Mitgliedschaft war nicht zu erwerben, sondern nur zu ererben. Nur wessen Vorfahren bereits diesem erlauchten Kreis angehörten, konnte Aufnahme erwarten. Die meisten von ihnen waren nicht mehr darauf angewiesen, ihr Geld durch Handel zu verdienen. Sie hatten sich auf ihre Güter rund um die Stadt zurückgezogen. So kam die städtische Oberschicht (ohne Adelstitel) verstärkt in Kontakt mit dem ländlichen Adel (mit Titel). Dabei wetteiferten die Reichen aus Danzig und Lübeck mit dem Landadel, wer besser gekleidet ging. Meist konnten die Städter das für sich in Anspruch nehmen, sie waren einfach wohlhabender. Allerdings war es nicht in jedem Fall möglich, das Vermögen dermaßen zu zeigen. Von den 100 Paar Stiefeln, die der Danziger Ratsherr Otto Angermünde 1483 in seinem Testament vermachte, hatte auch er immer nur ein Paar zur gleichen Zeit tragen können.



Michael Conrad Hill porträtierte 1642 mit Margarete Brömsen eine Angehörige des städtischen Adels: Niederen Ständen verbot die Verordnung gegen Luxus- und Kleiderpracht eine derartige Pracht. Bild: Archiv

Besonders prächtig wirkten glänzende Stoffe, weshalb Brokat, Damast und Atlas zwar sehr begehrt, aber kaum erschwinglich waren. Tuche aus Flandern waren nicht ganz so teuer, standen aber ebenfalls hoch im Kurs. So machte der Rat der Stadt Elbing 1423 eine weiße Hose aus Flandrischem Tuch zum herzoglichen Gastgeschenk. Als 1478 Herzog Albrecht von Sachsen Lübeck besuchte, da putzte man die Damen der Gesellschaft besonders fein heraus. Am ersten Tag des Besuchs trugen alle ein rotes Kleid, am zweiten Tag alle ein weißes Kleid (rot-weiß sind die Farben der Stadt). Der Herzog zeigte sich davon dermaßen beeindruckt, daß dieser Tatbestand ausdrücklich im städtischen Eidebuch vermerkt wurde.

So lange sich nur die Herrschaften von Stand so prächtig kleideten, war die Welt in Ordnung, da bedurfte es keiner Verordnung gegen Luxus und Kleiderpracht. Als aber das Volk entdeckte, daß man sich auch mit einfachen Mitteln herausputzen kann, wurde die Sache kritisch. Es genügte schließlich, in die Säume der Kleider Verzierungen zu schneiden. Die Mode der „gezaddelten Leibchen“ griff dermaßen um sich, daß auch sie Anlaß zu Kleiderverordnungen gaben.

> Hielt man sich an die Reglementierungen?

Die Stadtväter sorgten sich, die allgemeine Putz- und Vergnügungssucht könne zur Verarmung führen, weil die Bürger sich mehr leisteten, als sie bezahlen könnten (was dem Menschen der Gegenwart einigermaßen bekannt vorkommen dürfte). Darum begründeten die Ratsherren in Lübeck die Verordnung von 1619 auch so: Es seien „Mißbreuche und Unordnung eingerissen, wodurch nicht allein die gemeine Bürgerschaft in mannigfaltige unnötige Unkost geführet, der Jungen Eheleute vermügen sehr geschwechet, auch allerhand ungelegenheit und beschwerungen in der Haußhaltung und Handlung, insonderheit bey diesen gantz teuren und nahrlosen Jahren entstanden, sondern auch Gott der Herr zu Zorn und Straffe verursachet wird.“

Seitdem der Rat durch den Erlaß von Luxus- und Kleiderverordnungen versuchte, die anwachsende Verschwendungssucht einzudämmen, waren die sogenannten Spielgreven gehalten, auf die Einhaltung der entsprechenden Vorschriften zu achten. So sollten diese Obmänner der Spielleute insbesondere bei Verlobungen, Hochzeiten, Kindstaufen oder Beisetzungen darauf achten, daß nicht zuviel Aufwand betrieben wurde. Sie prüften, ob nicht zu üppig aufgetischt wurde, ob die Zahl der Gäste nicht zu groß war. Und schließlich hatten sie eine vollständige Liste mit den Namen der Gäste beim zuständigen Senator abzuliefern.

Ob es wirklich etwas genutzt hat, darf bezweifelt werden. Der schlesische Geistliche Adam Samuel Hartmann bescheinigte 1657 zwar den Lübekkern „Das mansvolck ist bescheiden, das frauvolk träget sich erbahr in den werktagen“, aber was er bei Hochzeiten beobachtete, das empörte den Gottesmann doch sehr: „Auch ist eine unsägliche pracht an Kleidern zu sehen, wann sie auff die Hochzeit gehen, da sich manche mit großen, dicken güldenen ketten also behangen, daß man kein wambschen oder kragen sehen kann. Daß haupt mut mitt perlen und ungewöhnlich schönen suptilen grossen spitzen geputzt sein. Schnüren sich mit silbernen kettlein, sehr breit.“

Da hat der vom Rat bestellte Aufpasser wohl nicht richtig aufgepaßt. Verstöße gegen die Verordnung gegen Luxus-Kleiderpracht wurden geahndet. Und da hat die Statistik dann noch eine Überraschung parat: Bußgelder wurden überwiegend gegen Angehörige der wohlhabenden Stände verhängt, nicht gegen die kleinen Leute. Unterschiede gab es ohne amtliche Kleiderordnung. *Klaus J. Groth*

Die Geheimnisse der »Lusitania«

Wer wollte 1915 den Kriegseintritt der USA? – Weit mehr Munition an Bord – Das Rätsel der zweiten Explosion

Im Dezember 2008 wurde bei Tauchgängen am Wrack der „Lusitania“ eine erhebliche Menge an Kriegsmunition gefunden, durch die nun ein neues Licht auf die Geschichte des Ersten Weltkriegs fällt.

Der britische Passagierdampfer „Lusitania“ wurde am 7. Mai 1915 von einem deutschen U-Boot versenkt. Dabei kamen 128 US-amerikanische Passagiere um, was zu einer gigantischen Propagandakampagne führte und damit wesentlich zum (offiziellen) Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika auf britisch-französischer Seite beitrug. Durch dieses Eingreifen der USA wurde der Sieg der Westmächte gegen Deutschland überhaupt erst möglich.

Wie andere britische Schiffe auch transportierte die insgeheim militärisch ausgerüstete und verwendete „Lusitania“ seit längerem illegal Rüstungsgüter aus den USA nach Großbritannien. Sie stellte daher ein kriegsrechtlich legitimes Angriffsziel für die deutsche Marine dar. Der deutsche Angriff geschah, nachdem Berichte über die militärische Ladung durchgesickert waren. Er wurde vom deutschen Konsulat in New York landesweit in den USA annonciert, ja sogar allen Passagieren des Schiffs persönlich vor dem Auslaufen mitgeteilt und war daher allgemein bekannt. Dennoch nahmen über 1000 Passagiere das Wagnis auf sich – vor allem ärmere Amerikaner, die speziell vor dieser Fahrt und auf Anregung des damaligen britischen Marineministers Winston Churchill mit ermäßigten Preisen gelockt worden waren. Den angelsächsischen Politikern ging es bei dieser Fahrt bald weniger um die Verschiffung von dringend benötigtem Kriegsgut als um einen Vorwand für einen US-amerikanischen Kriegseintritt.

> Systematisch wurde die Erforschung des Schiffswracks zu verhindern gesucht

Churchill hatte in Absprache mit der US-amerikanischen Kriegspartei den Geleitschutz für die „Lusitania“ abgezogen und das Schiff gezielt weg von einer sicheren Route und in den Aktionsraum des deutschen U-Bootes U 20 gelenkt, um so seine gewünschte Versenkung herbeizuführen. Nach dem Untergang des Schiffs wurde dann sogar das britische Rettungsschiff, das sich bereits in Sichtweite der Schiffbrüchigen befand, von der Marine zurückbeordert, ohne einen einzigen Menschen zu retten. Insgesamt kamen so 1198 Menschen ums Leben, darunter Dutzende Prominente, was man nun der deutschen Kriegsführung anlastete. Die britischen und amerikanischen Kriegstreiber behaupteten nämlich trotz einschlägiger Ladungslisten, die „Lusitania“ habe überhaupt keine Kriegsgüter geladen, so daß ihre Versenkung ein Kriegsverbrechen sei. Dieser Argumentation folgte bald auch der US-Präsident, wodurch der Erste Weltkrieg seinen für Deutschland tragischen Verlauf nahm.

Nach einer langen Vorlaufzeit ist es mittlerweile gelungen, die offiziell weiterhin umstrittene Natur der Ladung ein Stück weit aufzuklären. Der US-amerikanische Unterwasser-Archäologe und frühere Marinetaucher F. Gregg Bernis jr. hatte das Wrack zwischen 1968 und 1982 von einer britischen Kriegsrisiko-Versicherung erworben und sich seine Rechte in den folgenden 15 Jahren in umfangreichen Verfahren in den USA, Großbritannien und Irland juristisch bestätigen lassen. Versuche der irischen Regierung, das in ihren Hoheitsgewässern liegende Wrack kurz vor einer geplanten Tauchaktion Bernis' als vermeintliches „Nationalerbe“ zu deklarieren und damit jede Betauchung zu verbieten, konnte Bernis 2007 nach langem gerichtlichen Tauziehen vereiteln.

> Bereits beim ersten Tauchgang wurden ungeahnte Mengen Kriegsmaterials entdeckt

Im Dezember 2008 konnte der mittlerweile über 80jährige Bernis erstmals durch die Behörden streng reglementierte Tauchgänge durchführen. Diese Rechte umfassen ausschließlich die Anfertigung von Bildern, wobei Bernis der einzige ist, der das Schiff mit seinen Händen berühren darf – und dabei immer zusammen mit ihm amtlich zugewiesenen irischen Archäologen vorgehen muß.

Bereits bei den ersten Tauchgängen wurden über 400 Millionen Patronen für britische Kriegswaffen allein in den Bereichen des Schiffes gefunden, die laut allen bisherigen Angaben völlig ladungsfrei waren. Im Gegensatz zu anderen Arealen, in denen laut Ladungspapieren – ungekühlt – Milchprodukte und sogar Austern für die britische Armee transportiert worden sein sollen, standen diese Teile des Schiffes bisher noch nicht einmal im Verdacht, Rüstungsgüter zu haben.

Die irischerseits festgestellten Versuche der britischen Marine in den 50er Jahren, das Schiff in illegalen Kommandoaktionen zu sprengen, haben also offenkundig nicht zum gewünschten Ziel geführt. Allerdings hätten sie den Schiffskörper, so irische Quellen, „zerlöchert wie einen Schweizer Käse“. Zudem wurden das gesamte Wrack und seine Umgebung von der Royal Navy vermint, um eventuelle Tauchaktionen zu behindern.

Hauptziel von Bernis' Bemühungen bleibt allerdings die Klärung der Frage, was die von den Überlebenden beschriebene zweite Explosion des Schiffes nach seinem Beschuß verursacht hat. Die Antwort ließe wohl weitere Rückschlüsse über den militärischen Wert der Ladung der „Lusitania“ zu. Aller Wahrscheinlichkeit nach befanden sich nämlich neben der nun sozusagen zufällig gefundenen Munition auch erhebliche Mengen an für militärische Zwecke gedachten Sprengstoffen an Bord. Nach den Tauchgängen ist es offensichtlich, daß die „Lusitania“ weit mehr Kriegsmaterial transportiert hat, als bislang gedacht wurde.

Die von der Reichsregierung vertretene Ansicht zur Art der Schiffsladung und damit zur Völkerrechtsmäßigkeit des Beschusses hat sich damit bereits jetzt als zutreffend erwiesen. Nach Bernis' Funden erscheinen in der US-amerikanischen und selbst in der britischen Presse vermehrt objektive Berichte zu den Vorgängen zu Beginn des Ersten Weltkriegs, die in der deutschen Zeitungslandschaft bisher freilich ohne Widerhall geblieben sind.

Wolfgang Heinrich

Zögernder Aufstieg zur Kolonialmacht

Vor 125 Jahren stellte die Reichsregierung westafrikanische Erwerbungen deutscher Kaufleute unter den Schutz des Reiches

„Die Flagge folgt dem Handel.“ Entsprechend dieser Maxime wurden vor 125 Jahren erst die südwestafrikanischen Besitzungen des Bremers Adolf Lüderitz und wenige Monate darauf die des Hamburgers Adolph Woermann in Kamerun und Togo zu den ersten Kolonien des Deutschen Reiches.

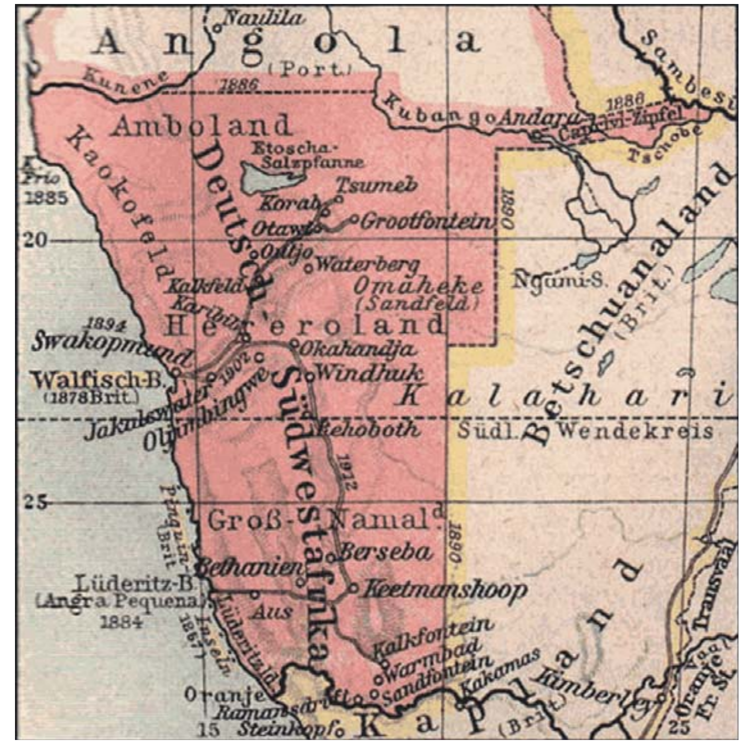
„... nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – das ist der große Fehler von 1848 und 1849 gewesen – sondern durch Eisen und Blut.“ Nur zu gerne werden diese Worte dem preußischen Ministerpräsidenten und späteren ersten deutschen Reichskanzler Otto von Bismarck angekreidet, als ob jemand einen traurigen Zustand dadurch guthieße, daß er ihn beschreibt. Statt von Chauvinismus zeugen diese Worte eher von der Nüchternheit und dem Pragmatismus, welche die Politik des Reichsgründers auszeichneten.

Nüchtern und pragmatisch war auch seine Haltung in der Kolonialfrage. Prestigedenken und Eitelkeit waren seiner Kolonialpolitik ebenso fremd wie illusionäre Erwartungen hinsichtlich des volkswirtschaftlichen Nutzens deutscher Kolonien. Anders als für die wilhelminische war für die Bismarcksche Politik das, was wir heute die „Dritte Welt“ nennen, unwichtig. Gegenüber dem Afrikaforscher Eugen Wolf formulierte er es wie folgt: „Ihre Karte von Afrika ist ja sehr schön, aber meine Karte von Afrika liegt in Europa. Hier liegt Rußland. Und hier liegt Frankreich, und wir sind in der Mitte, das ist meine Karte von Afrika.“ Bismarck war nicht willens, die aus seiner geographischen Lage resultierende ohnehin schon schwierige Situation Deutschlands durch eine offensive oder gar aggressive Kolonialpolitik zusätzlich zu gefährden. Folglich lehnte er es erklärtermaßen ab, daß das Reich auf fremden Kontinenten Gebiete eroberte und seiner Herrschaft unterwarf. Er war nur bereit, Gebiete, in denen deutsche Kaufleute auf friedlichem Wege Rechte erworben hatten, unter den Schutz des Reiches zu stellen. Auf den Punkt gebracht wurde diese Vorgehensweise mit der Metapher „Die Flagge folgt dem Handel.“ Bei dieser Form von Kolonialpolitik kam den Großkaufleuten die Rolle des Initiators zu. Im Falle der ersten Kolonie des Deutschen Reiches war dieses Franz Adolf Lüderitz.

> Prestigedenken hatte in Bismarcks Afrika-Politik keinen Raum

Der 1834 geborene Bremer war der Sohn eines Tabakhändlers. Der Beruf seines Vaters und Abenteuerlust zogen ihn ins Ausland, zunächst in die USA und nach Mexiko. 1859 kehrte er zu seinem Vater zurück und trat in dessen Tabakgeschäft ein. 1866 heiratete er die vermögende Bremerin Emmy von Lingen. Diese Ehe machte ihn finanziell unabhängig.

Im Jahre 1878 übernahm er nach dem Tode seines Vaters dessen Tabakgeschäft, doch erfüllte ihn diese Tätigkeit nicht. Er erwarb ein Landgut, das er bewirtschaftete, und versuchte wieder, im fernen Ausland Fuß zu fassen. Sein Auge fiel dabei auf Südwestafrika, das noch keine der Kolonialmächte für sich reklamiert hatte. 1882 entsandte er seinen Mitarbeiter Heinrich Vogelsang nach Kapstadt, um von dort aus ein geeignetes Gebiet für die Gründung einer deutschen Siedlungskolonie ausfindig zu machen. Vor Ort machte der Sohn eines dort wirkenden Missionars Vogelsang auf die Bucht von Angra Pequena, die spätere Lüderitzbucht, als günstigen Landeplatz aufmerksam.



Deutsch-Südwestafrika: Den Nukleus stellte Angra Pequena, das spätere Lüderitz, dar. Bild: Internet

Am 1. Mai 1883 kaufte Vogelsang in Bethanien für seinen Arbeitgeber vom Nama-Häuptling Josef Frederiks die Bucht von Angra Pequena einschließlich des Landes im Umkreis von fünf Meilen für 100 Pfund und 200 Gewehre. Ein Vierteljahr später erwarb er in einem weiteren Vertrag für 500 Pfund und 60 Gewehre einen 20 Meilen breiten Küstenstreifen der vom 26. südlichen Breitengrad im Norden bis zur Mündung des Flusses Oranje, der späteren Südgrenze von Deutsch-Südwestafrika, im Süden. Ob es sich bei den Meilen um englische mit einer Länge von 1,6 Kilometern oder preußische mit einer Länge von 7,5 Kilometern handelte, blieb offen und gab später Grund zum Streit zwischen den Vertragsparteien, wobei sich die deutsche Seite durchsetzte.

Angesichts des sogenannten Meilenschwindels ist es um so verständlicher, daß Lüderitz seine Erwerbung unter den Schutz des Reiches gestellt wissen wollte. Aufgrund Bismarcks Desinteresse an Afrika erhielt Lüderitz vom Auswärtigen Amt jedoch nur den üblichen Schutz für Deutsche im Ausland zugesagt.

Lüderitz hatte jedoch das Glück, daß sich der einflußreiche Großkaufmann Adolph Woermann in einer ähnlichen Situation mit vergleichbaren Interessen befand. Dem Hamburger gelang es, daß sich die Handelskammer seiner Stadt eine Denkschrift von ihm zu eigen machte und an die Reichsregierung weiterleitete. In dieser Schrift vom Juni 1883 wurde von Berlin eine neue, aktive Afrikapolitik gefordert. Zu den konkreten Forderungen gehörte die „Erwerbung eines Küstenstriches in West-Afrika zur Gründung einer Handelskolonie Biafra Bai“. So wie Lüderitz für Südwestafrika war Woermann für Kamerun und Togo am Schutz des Reiches interessiert. Nach einem Gespräch mit Woermann und Lüderitz glaubte Bismarck die momentane weltpolitische Lage für das Reich gut genug, es verantworten zu können, dem Wunsche der beiden hansestädtischen Großkaufleute entsprechen zu können. Das Deutsche Reich begann mit der Gründung von Kolonien, wurde nun auch Kolonialmacht. Der Startschuß fiel vor 125 Jahren. Am 24. April 1884 wurden Adolf Lüderitz' Erwerbungen als Deutsch-Südwestafrika unter den Schutz des Deutschen Reiches gestellt. *Manuel Ruoff*

Vielseitiger Artillerist

Generalmajor Karl von Decker war ein umtriebiger Publizist

Generalmajor Karl von Dekker war alles andere als ein Kommißkopp. Er war geistig rege, vielseitig interessiert, eloquent, humorvoll, entscheidungsfreudig, unternehmenslustig und selbständig, und er hat sich um das wissenschaftliche Interesse sowie die Verbreitung nützlicher Fachkenntnisse in der Armee verdient gemacht.

Vor 225 Jahren, am 21. April 1784, erblickte der Sohn eines preußischen Artillerieoffiziers bei Berlin das Licht der Welt. Bereits 1797 wurde er Angehöriger der damals in Warschau stehenden Batterie seines Vaters. 1800 wurde er zum Offizier befördert. Am Vierten Koalitionskrieg gegen Frankreich nahm er als Leutnant bei der reitenden Artillerie teil. In der Schlacht von Preußisch Eylau zeichnete er sich dabei so sehr aus, daß ihm der Orden „Pour le Mérite“ verliehen wurde. Nachdem Preußen 1807 in Tilsit mit Napoleon Frieden geschlossen hatte, nutzte der temperamentvolle Artillerist die erstbeste Gelegenheit, um den Kampf gegen den Usurpator fortzusetzen. Er trat dem 1809 gebildeten antinapoleonischen Herzoglich Braunschweigischen Korps bei. Mit dieser Schwarzen Schar nahm er an deren Zug durch Norddeutschland teil und wich schließlich mit ihr vor den napoleonischen Truppen nach England aus, wo er als Rittmeister angestellt wurde.

Nach dem Ausbruch der Freiheitskriege 1813, als Preußen wieder auf der Seite der Gegner des Korsen stand, kehrte Decker in seine Heimat zurück und trug im Range eines Stabskapitäns in den Stäben diverser Brigaden das Seinige zum Sieg der Alliierten über das napoleonische Frankreich bei. An den Schlachten von Kulm und Dresden nahm er dabei ebenso teil wie an der Völkerschlacht von Leipzig. Als Napoleon 1815 von der Insel Elba zurückkehrte, kämpfte er auf Seiten der Alliierten in den Schlachten von Ligny und Belle Alliance. Seine dortigen Leistungen wurden mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse ausgezeichnet.



Karl von Decker Bild: Internet

Nach den napoleonischen Kriegen leistete Decker weiterhin Stabsarbeit. 1817 wurde er zum Major befördert und geadelt. Im darauffolgenden Jahr wurde Dekker mit einer Aufgabe betraut, in der die aus seinem Temperament und seiner Eloquenz resultierende Fähigkeit zu lebendigem Vortrag gut zum Tragen kam. Er wurde Artillerielehrer an der Kriegsschule sowie an der Artillerie- und Ingenieurschule.

Neben der Stabs- und Unterrichtsarbeit verfaßte Decker zahlreiche Lehr- und militärgeschichtliche Bücher wie „Die Artillerie für alle Waffen“, „Der kleine Krieg“ oder „Bonapartes Feldzug in Italien 1796 und 1797“. Seinen ersten, nach den napoleonischen Kriegen in Berlin erschienenen Werk „Das militärische Aufnehmen“ folgte die Betrauung mit der Leitung der Abteilung des topographischen Bureaus. Des weiteren beteiligte Decker sich an der Gründung und Herausgabe diverser militärischer Periodika. So begründete er 1816 mit Otto August Rühle von Lilienstern das „Militär-Wochenblatt“ und gab von 1824 bis 1844 mit Johann Ludwig Urbain Blesson die „Militär-Litteratur-Zeitung“ heraus. Daneben verfaßte Decker unter dem Pseudonym „Adalbert von Thale“ auch leichte Unterhaltungsliteratur für den zivilen Leser. So entflossen Lustspiele wie „Das Vorlegeschloß“ und „Guten Morgen Vielliebchen“ ebenso seiner Feder wie kleine Erzählungen.

Auf Veranlassung des damaligen Chefs der Artillerie, des Prinzen August von Preußen, wurde Decker 1829 in den praktischen Dienst zurückversetzt. Erst nur interimistischer Brigadier der 8., wurde er 1831 wirklicher Brigadier der 1. Artilleriebrigade. 1841 nahm er seinen Abschied. 1842 wurde er noch zum Generalmajor befördert. Am 29. Juni 1844 starb Karl von Decker. *Manuel Ruoff*

81 Jahre lang Soldat

Der gebürtige Stettiner »Papa Wrangel« war ein Original

Im Gegensatz etwa zu seinem Landsmann und Zeitgenossen Helmuth von Moltke war Friedrich von Wrangel weniger ein intellektueller Stratege als ein schneidiger Frontoffizier mit kernigem Berliner Humor. In seinen späten Jahren wurde er sogar als „Papa Wrangel“ zum Original. Man sollte ihn jedoch nicht unterschätzen. So werden ihm Schlauheit, Verschlagenheit und schauspielerisches Talent nachgesagt. Der Verdacht liegt nahe, daß er durchaus bewußt an seinem Image des „Papa Wrangel“ gearbeitet hat, um die Akzeptanz seines militärischen Eingreifens in die 48er Revolution zu erhöhen. Andererseits setzte er sich mit seiner Volkstümlichkeit, zu der auch ein grammatikalisch schiefes Deutsch gehörte, dem Vorwurf aus, sich nicht immer standesgemäß verhalten zu haben. Schließlich war der Generalfeldmarschall zeitweise der ranghöchste Angehörige des preußischen Heeres nach dem König.

Vor 225 Jahren, am 13. April 1784, kam der Sohn eines Regimentskommandeurs in Stettin zur Welt. Bereits als Zwölfjähriger ging er als Junker zu den Dragonern. Als Offizier nahm er am Vierten Koalitionskrieg von 1806/07 teil. Für seine Kühnheit und Entschlossenheit wurde er mit dem „Pour le Mérite“ ausgezeichnet.

Nach dem Friedensschluß kam er zu den Kürassieren nach Ostpreußen. Am Rußlandfeldzug brauchte er nicht teilzunehmen. Vielmehr wurde er mit seiner Escadron beim Kriegsausbruch nach Schlesien verlegt, von wo er erst in das Feld einrückte, als Preußen bereits Rußlands Verbündeter geworden war. In den Befreiungskriegen diente er unter „Marschall Vorwärts“ Gebhard Leberecht von Blücher.

Ausgezeichnet mit dem Eisernen Kreuz I. Klasse, machte er nach dem Friedensschluß einen Abstecher nach London, wo er während einer Parlamentssitzung zu der Überzeugung gelangte, daß der Konstitutionalismus für Preußen nichts sei. Als Regimentskommandeur wurde er nach Westpreußen versetzt. 1821 wurde ihm eine Kavalleriebrigade in Posen unterstellt. 1834 ging er als Divisionskommandeur nach Münster, wo er 1837 Unruhen niederschlug. 1841 wurde er kommandierender General des I. Armeekorps in Königsberg. 1842 wechselte er auf den gleichen Posten beim II. Armeekorps in Stettin.



Friedrich Graf von Wrangel Bild: Internet

Nach dem Ausbruch des Schleswig-Holsteinischen Krieges 1848 erhielt Wrangel den Oberbefehl über das Kontingent des Deutschen Bundes. Nach der vorläufigen Beendigung der Feindseligkeiten durch den noch im selben Jahr geschlossenen Waffenstillstand von Malmö erhielt er den Oberbefehl über die preußischen Truppen in den Marken. Mit letzteren marschierte er im November 1848 in die Hauptstadt und schlug dort die Revolution unblutig nieder. Er entmachtete die Bürgerwehr, löste die Versammlung der Volksvertreter im Schauspielhaus auf und verhängte über Berlin das Kriegsrecht.

Anschließend wurde Wrangel vom König vielfältig geehrt. Er wurde Träger des Hohen Ordens vom Schwarzen Adler sowie des Reichspaniers, Ehrenbürger Berlins und Generalfeldmarschall. 1859 bat der 75jährige um seinen Abschied. Dieser wurde ihm aber nicht gewährt. Vielmehr wurde er 1864, als es im Ersten Einigungskrieg erneut gegen Dänemark ging, zum Oberbefehlshaber des preußisch-österreichischen Kontingentes berufen. Der 80jährige war aber durch die komplexen Planungen des genialen Generalstabschefs Moltke überfordert, so daß ihm noch während des Krieges der Oberbefehl taktvoll entzogen wurde, doch bis zu seinem Tode blieb er Oberkommandeur von Berlin-Brandenburg. Daß Wrangel keineswegs in Ungnade gefallen war, beweist neben seiner Erhebung in den Grafenstand die Tatsache, daß sein König es sich nicht nehmen ließ, ihm nach seinem Tod am 1. November 1877 die letzte Ehre zu erweisen. *Manuel Ruoff*

Nur ein Glied in einer Kette von Entwicklungen

Zu: Leserbrief „Polen war im Zweiten Weltkrieg nicht nur Opfer, sondern durchaus auch Täter" (Nr. 12)

Ich habe selten eine solch prägnante und klare Geschichtsdarstellung zum deutsch-polnischen Verhältnis für die erste Hälfte des letzten Jahrhunderts gelesen. Sie ist wert, ungekürzt in ein europäisches Geschichtsbuch übernommen zu werden. Damit wäre endlich mal die Behauptung widerlegt, daß Geschichte nur von Siegern geschrieben wird. Im übrigen bleiben im Vergleich mit der Dauer des Zweiten Weltkrieges (mit all seiner ganzen Barbarei) die deutschen Ostgebiete auf immer für Deutschland verloren. Polen fällt somit im Sinne des europäischen Geistes eine besondere Verantwortung für diese Gegebenheiten zu.

Der Schuß auf die Westerplatte ist ein Faktum, aber Glied in einer Kette von Entwicklungen. Nationalismus, Geschichtsklitterung und Vorteilsgeschacher haben in der heutigen europäischen Völkergemeinschaft keinen Platz.

Alle Mitglieder sind freiwillig in der EU und hierzu liegen die Spielregeln fest. Das wissen alle. Das ist eine historische Chance vor dem Hintergrund von bald 70 Jahren Frieden hier bei uns.

Wolfgang Saurenbach, Wuppertal

Helmut Schmidt – ahnungslos oder unehrlich?

Betr.: Geschichtsklitterungen

Kürzlich habe ich das Buch „Auf eine Zigarette mit Helmut Schmidt" zufällig gesehen. Da mir unbekannt ist, ob Sie dieses Buch (bestehend aus mehreren Interviews von „Zeit"-Chefredakteur Giovanni di Lorenzo mit seinem Herausgeber, dem Ex-Kanzler Schmidt) schon einmal zu Gesicht bekommen haben, teile ich Ihnen ein Zitat daraus mit, das nicht übergangen werden darf.

„Giovanni di Lorenzo: Was würden Sie einem Deutschen empfehlen, der Polen kennenlernen und verstehen möchte?

Helmut Schmidt: Wenn es sich um erwachsene Menschen handelt, würde ich ihm raten, als Tourist Danzig zu besuchen, oder Krakau oder die Marienburg, um zu sehen, mit welcher Liebe die Polen ihre jahrhundertealten Gebäude wiederhergestellt haben ..."

Da fehlen einem die Worte, und es fällt mir nur der düstere Ausspruch Theodor Storms aus dem Jahre 1859 ein: Ein Wehe nur und eine Schande / Wird bleiben, wenn die Nacht verschwand, / daß in dem eigenen Heimatland / der Feind den Helfershelfer fand.

Wann aber wird endlich die Nacht verschwinden?

Jürgen M. Streich, Alveslohe

Erbärmlich

Zu: „Ein netter Besuch" (Nr. 13)

Immerhin ein Besuch und das Bemühen, Sympathie zu zeigen. Aber was hat die SPD zu bieten? Da fragt man sich doch, ob diese Partei noch das D in ihrem Namen führen sollte.

Woher kommt die Ablehnung der Vertriebenen und ihrer Belange durch die SPD? Wurden die Angehörigen der Sozis nicht vertrieben? Hat die SPD verinnerlicht, daß wer einen Krieg beginnt, angeblich für alle seine Folgen verantwortlich ist, für Mord, Vergewaltigung, jedes Verbrechen. Können sich Sozialdemokraten vorstellen, daß sie aus welchen Gründen auch immer kleine Mädchen vergewaltigen, Greisinnen erschlagen oder gefangene Soldaten bis zum Kopf in der Erde eingraben und dann mit einer Egge über ihre Köpfe fahren (Die „Welt" berichtete)? Das alles dekken sie doch mit ihrer Haltung ab. Was ist dieser Struck nur für ein erbärmlicher Wicht?

Wolfgang Winckler, Bielefeld



Frostige Stimmung: Im Wahlkampf für seine SPD greift Franz Müntefering Bundeskanzlerin Merkel massiv an. Bild: ddp

Gemeinsam dienen

Zu: „Der Ton wird ätzend" (Nr. 13)

Es ist schon erstaunlich, wie Koalitionäre miteinander umgehen. Man verbündet sich doch nur, wenn man Sympathie zum Partner hegt, mit dem man gemeinsam dem Lande dienen will. Aber wollen das diese Koalitionäre überhaupt? Wollen sie nicht nur Macht ausüben, sie genießen und sich auch ein bisserl ihre Taschen füllen? Und wenn man in den Spiegel schaut, ist man doch wer. Sicher sieht es nicht immer so böse aus, aber wenn es darauf ankommt, regiert doch immer die Partei, geht es um ihre Vorteile und den Erhalt von Macht. Wie wir unlängst lasen, umarmen die Genossen die lieben Türken. Ob sie damit Deutschland dienen? **Anton Schäde, Leipzig**

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muß. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.

Gab es eine Zusage Merkels an »Freund« Tusk?

Zu: „Ein netter Besuch" (Nr. 13)

Die Überschrift enthält einen unpassenden Schönheitsfehler. Konrad Badenheuer bezeichnet die Teilnahme der Bundeskanzlerin beim Bund der Vertriebenen als „netten" Besuch. Dieses Attribut trifft meines Erachtens nicht zu. Hierzu seien einige Anmerkungen erlaubt.

Der aufmerksame Zeitgenosse muß feststellen, daß Frau Merkel zu den Vertriebenen ein zumindest distanziertes Verhältnis entwickelt hat. Sie akzeptiert zwar das von Frau Steinbach in vielen Jahren mit den Vertriebenenverbänden entwickelte Gedenkzentrum „Flucht, Vertreibung, Versöhnung", tut aber alles, die Realisierung dieses Zentrums zu verzögern. Sie hat sich hierbei offenbar von den ständigen polemischen Angriffen ihrer politischen Gegner aller Couleur beeinflussen lassen. Sie hat deshalb Frau Steinbach, auf deren Initiative das Zentrum entwickelt wurde, gebeten, sich nicht für den Verwaltungsrat der Stiftung zur Verfügung zu stellen. Ebenso ist ihr Verhältnis zu den polnischen Politikern recht undurchsichtig. Wenn ich mich nicht irre, hat sie den polnischen Ministerpräsidenten Tusk während eines Besuchs in Hamburg als „Freund" bezeichnet.

Man darf getrost unterstellen, daß sie diesem Politiker zugesagt hat, Frau Steinbach zu bitten, sich nicht für den Stiftungsrat zur Verfügung zu stellen.

Diese unterschiedlichen Verhaltensweisen der Bundeskanzlerin haben dazu geführt, daß viele Vertriebene, die bislang größtenteils die CDU gewählt haben, sich von dieser Partei verraten fühlen und sie ihre Gefolgschaft aufkündigen.

Diese fehlenden Stimmen können sich bei der anstehenden Bundestagswahl nachteilig auswirken und einen Wahlerfolg infrage stellen. Diese Gefahr hat Frau Merkel inzwischen erkannt und bemüht sich deshalb, ihr Verhältnis zu den Vertriebenen zu bessern. Dazu gehört auch der „nette" Besuch bei den Vertriebenenverbänden. Konrad Badenheuer hat hierauf am Anfang seines Beitrages hingewiesen. **Walter Grubert, Hannover**

Lasten der HRE-Rettung sind unbezahlbar

Zu: „Stunde der Wahrheit" (Nr. 12)

Wer erinnert sich noch, wie der ganze Spuk der Globalisierung der deutschen Industrie begann: Ron Sommer, ehemaliger Chef der Telekom, kaufte für 106 Milliarden Mark das marode US-Unternehmen Voice-Stream. Mannesmann wurde per Aktientausch verhökert, das war so der Anfang, mit dem unsere Volkswirtschaft den Globalisten in die Hände gespielt wurde.

Jetzt wirft unsere „tolle" Regierung der Hypo Real Estate (HRE) über 87 Milliarden Euro in den Rachen. Für den, der etwas nachdenklich ist, hier mal die Anteilseigner-Aufstellung: Größter Einzelaktionär ist mit 24,9 Prozent der US-Amerikaner Christoph Flowers, dann folgt mit sieben Prozent die „Grove International Partners", New York, mit 5,33 Prozent folgt die „IRE Investment Holdings II", mit 5,14 Prozent ist die „Orbis Global Equity Fund Ltd.", Bermuda, dabei, und 4,99 Prozent gehören der „Capital Research and Management Company", Los Angeles, mit 1,2 Prozent ist die „Capital Group International Inc." mit im Boot. Der Rest befindet sich im Streubesitz.

Zusammenfassend stellen wir Bürger nun fest, von dem von unserer Regierung der HRE bisher nachgeschmissenen Milliarden profitieren fast zur Hälfte Dritte, und dies unter dem „Merkel-Motto", daß „systemrelevante Banken gestützt werden müssen".

Aber eins ist gewiß: Die Schulden abzuzahlen, die allein für die HRE-Rettung neu aufgehäuft wurden, wird Generationen belasten. Bei richtigem Nachdenken ist klar: Insgesamt sind diese Lasten unbezahlbar. Wie war das denn nach dem Ersten Weltkrieg? Waren da die auferlegten Lasten nicht auch unbezahlbar? Was wurde später daraus?

Unser "Dank" gebührt also auch unseren „Krisenverstärkern", sie werden es schon schaffen, uns vollkommen zu enteignen. Viel „Freude" bei den demnächst anstehenden Wahlen ...

Horst Schmidt, Höhbeck/Pevestorf

Die reinste Freude

Zu: *PAZ*

Hiermit möchte ich Ihnen allen noch einmal ein herzliches Dankeschön sagen. Es heißt, einer bleibt übrig, und der muß berichten. So habe ich mich immer gesehen, als eine, die berichtet, weil sie übrigblieb. So entstanden aus meinen Erinnerungen, und den Erinnerungen anderer, Geschichten. Es war für mich im wahrsten Sinne des Wortes die reinste Freude, wenn eine davon in Ihrer Zeitung zu lesen war. Erst dann wurde der Text lebendig für mich. Das war immer, als ob ich im Lotto spielte: Wird am Freitag wieder ein Treffer sein?

Wenn jetzt über Flucht und Vergewaltigung Filme entstehen, geht es anscheinend nicht ohne Liebesgeschichte ab. Haben die eine Ahnung! Ich weiß von Betroffenen, daß sie zusammenbrechen würden, müßten sie darüber sprechen. „Ich bräche zusammen", sagte mir ein nahestehender Mensch. Damals entstand ein Betonkorsett, das einen eingemauert hat und vielleicht sogar half, am Leben zu bleiben, mit seinen Zwängen und Manien. Traumata ohne Ende.

Christel Bethke, Oldenburg

Das Zentrum ist Erika Steinbachs »Kind«

Zu: „Ein netter Besuch" (Nr. 13)

Die Kanzlerin Angela Merkel war kürzlich bestrebt, die Vertriebenen mit ihren nachfolgenden Generationen anläßlich eines Besuches bei einer Tagung erneut zu umschmeicheln. Denn viele Wahlen stehen vor der Tür. Kurz zuvor noch hatte die CDU-Vorsitzende die Vertriebenenchefin Erika Steinbach mit ihren Mitgliedern einmal mehr im Regen stehen lassen.

Engagiert hatte sich Erika Steinbach über viele Jahre für „ihr Kind", eine zentrale Erinnerungsstätte in Berlin für die Millionen Opfer der Vertreibungen, eingesetzt. Das sollte respektiert werden. Ausgesetzt war und ist sie dabei diversen diskriminierenden Angriffen der polnischen Regierung und auch vieler Politiker unserer Republik. Auch CDU-Repräsentanten versuchen verdeckt, die BdV-Chefin aus dem Stiftungsrat der geplanten Berliner Gedenkstätte auszugrenzen.

Hier war auch die CDU-Kanzlerin einmal mehr mit Stillschweigen bemüht, die davon Betroffenen zu demütigen. Sowohl konservativen Wählern als auch Vertriebenen und ihnen nachfolgende Generationen dürften dieses peinliche wahl-taktische Verhalten der CDU-Chef-etage sehr zu denken geben.

Frank von Hoyningen-Huene, Dresden

Nur auf gleicher Ebene werden wir Freunde

Zu: „Die ‚Stiftung ZgV' bleibt" (Nr. 14)

Hätte es nicht die völkerrechtswidrigen Vertreibungen gegeben, bräuchten wir kein Zentrum, das diese Verbrechen dokumentiert. Daß die Initiatorin des Mahnmals an die erste Stelle bei allen Vorbereitungen gehört, ist selbstverständlich. Da müßte man schon ein sehr verwirrtes Gehirn aufweisen, um das anders zu sehen.

Gäbe es in Deutschland nationale Parteien, die in angemessener Weise für die Interessen ihres Volkes stehen, hätte es nie den Streit um Frau Steinbach gegeben und Deutschland hätte sich die polnischen Frechheiten verbeten und die Gedenkstätte ohne polnische Beteiligung errichtet. Besonders beschämend ist das Verhalten der deutschen Sozialdemokraten, aber auch die Union mit Frau Merkel hat sich eher schäbig verhalten.

Polen wäre über seine Politik gegenüber seinen deutschen Bürgern von 1919 bis 1936 zu befragen, auch über seine Politik gegenüber Deutschland vor 1939. Auch die letzten Monate vor Kriegsbeginn wären zu untersuchen, um aufzuzeigen, wie das angeblich überfallene Polen fleißig mitgezündelt hat. Auch wäre zu prüfen, ob schon vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges in Polen die Forderung nach der Oder-Neiße-Grenze aufgetaucht ist. Wenn endlich einmal die polnische Geschichte objektiv dargestellt würde, könnten Deutschland und Polen auf gleicher Ebene zu Freunden werden und es gäbe keinen Streit über das Zentrum, das bei polnischer Beteiligung nie seinen Zweck erfüllen dürfte.

Otto Eberhardt, Heilbronn

Nicht auf Köhler gehört

Zu: „Der Präsident rüttelt auf" (Nr. 13)

Horst Köhler hielt eine gute und inhaltsreiche. Rede. Das ganz ohne jeden Zweifel. Aber wen hat er wohl aufgerüttelt? Gibt es da Personen, die sich aufrütteln lassen? Ich denke nicht. Schon am folgenden Tag haben die werten Politiker, die ihm so andachtsvoll zugehört haben und ihm viel Beifall spendeten, ihre Streitigkeiten in alter Frische fortgesetzt.

Peter Warzenwsky, Leipzig

Brücke zur Gemeinsamkeit

Zu: „Migranten contra Dealer" (Nr. 13)

Migranten wollen ihre Familien vor Drogendealern schützen. Das ist eine positive Meldung, die auch eine Brücke zur Gemeinsamkeit mit den deutschen Nachbarn bildet. Da die deutsche Polizei die Dealer nicht ausreichend zu bekämpfen vermag, müssen sich die Bürger selber helfen. Wenn dabei Deutsche und Migranten zusammen tätig werden, ist das auch ein großer Schritt zur Integration. **Bodo Holm, Berlin**

Vom BVG-Vorstand bestohlen

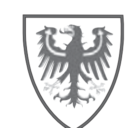
Zu: „BVG hat sich verzockt" (Nr. 13)

Für mich wäre die Entlassung und Haftbarmachung des verantwortlichen Vorstands die Konsequenz. Eine solche Schweinerei muß doch Konsequenzen zeitigen, wenn wir Nutzer der Berliner Verkehrsbetriebe (BVG) nicht als dumme Schafe in der Gegend herumstehen wollen. Da wir alle auch die BVG mitfinanzieren, sind wir von ihrem Vorstand bestohlen worden. Und das verlangt Sühne.

Martha Wallenfels, Berlin

Das Ostpreußenblatt

Nr. 16 – 18. April 2009



MELDUNGEN

Neuer Kommandant

Braunsberg – Tomasz Chwietkiewicz ist neuer Kommandant der Grenzpolizei-Dienststelle in Braunsberg. Er folgt in dieser Funktion Oberst Dariusz Galka, der Kommandant der Dienststelle in Goldap wurde. Major Chwietkiewicz ist gebürtiger Braunsberger. 1992 wurde er bei der Grenzpolizei als Anwärter angenommen, ein Jahr später wurde er Beamter. Den Dienst in der Grenzpolizei kennt er von der Pike auf, vom Grenzkontrolleur bis zum Chef. Berufserfahrungen sammelte er vor allem bei der Seegrenzpolizei in Elbing. Auch in der Bundesrepublik tat er bereits Dienst. Hier bewachte er diplomatische und konsularische Vertretungen seines Heimatlandes. Der Träger des Grenzpolizei-Verdienstabzeichens hat eine Ausbildung an der Höheren Polizeischule in Ortelsburg sowie ein Studium der Rechts- und Verwaltungswissenschaften an der Universität Lodz absolviert. Der Hobbyhistoriker ist verheiratet und Vater zweier Kinder. *PAZ*

Acht Jahre Haft gefordert

Königsberg – Im Strafprozeß gegen den ehemaligen Direktor der Jantar-Werft, Nikolaj Volov, hat die Staatsanwaltschaft acht Jahre Freiheitsstrafe gefordert. Dem Angeklagten werden „unrechtmäßige Aneignung und Veruntreuung" vorgeworfen. Dem Staat soll ein Schaden von umgerechnet einer Dreiviertelmillion Euro zugefügt worden sein. *PAZ*





Neukuhren einst und jetzt: Wo früher Fischer und Touristen die Schönheiten des Samlands genossen (r.), wird nun eine standesgemäße Residenz für die „Herrscher aller Reußen" geschaffen (l.).

Fotos: Tschernyschew (links), Archiv (rechts)

Streit um die »Ostsee-Festung«

Die geplante Regierungsresidenz in Neukuhren sorgt für böses Blut – 80 Wohnungen abgerissen

Rußlands Präsidenten haben die Schönheiten Ostpreußens entdeckt. Seit Herbst 2008 wird in Neukuhren eine luxuriöse „Regierungsresidenz" gebaut. Unter den Anwohnern gibt es Ärger.

Die Bauarbeiten sind in vollem Gange. Wo noch vor wenigen Monaten eine Siedlung für ehemalige Militärangehörige stand, ist heute alles planiert. Schon vor Beginn der Arbeiten bahnten sich Schwierigkeiten mit den Bewohnern der rund 80 abgerissenen Wohnungen an. Die meisten wollten das Militärstädtchen nicht verlassen. Besonders betroffen waren die Bewohner von drei Häusern auf dem Areal der geplanten Präsidentenresidenz, „nur 20 Schritte vom Meer entfernt", wie es in einem Zeitungsbericht heißt. Der Bauplatz befindet sich in bevorzugter Lage mitten im Kiefernwald.

Der repräsentative, um nicht zu sagen protzige Regierungsbau, der noch unter der Ägide Wladimir Putins als „Residenz des Präsidenten" konzipiert wurde, taucht in den Bebauungsplänen nur noch unter der Bezeichnung „Regierungsresidenz" auf. Bis Ende 2010 soll auf 24 Hektar ein Komplex mit mehreren Gebäuden entstehen, unter anderem mit einem Schloß als Hauptgebäude, einer Residenz für das russische Außenministerium und einem Yacht-Hafen mit Anlegestelle für Boote der Küstenwache. Die Neukuhrener sprechen wegen der Dimension und der Sicherheitsvorkehrungen der Anlage bereits von einer „Ostsee-Festung".

Hintergrund für die Errichtung einer Präsidentenresidenz war die Entdeckung des nördlichen Ostpreußens als Treffpunkt für Gipfelgespräche. 2005 fand in Rauschen ein vorbereitendes Dreiertreffen zwischen Putin, Schröder und Chirac zum G8-Gipfeltreffen statt. Das Ostseebad Rauschen war neben Neukuhren in der näheren Auswahl als Standort des Regierungsbaus. Schon Anfang der 90er Jahre war Moskau auf Neukuhren aufmerksam geworden. Die Jelzin-Regierung verfolgte vorhandene Pläne zur Nutzung Neukuhrens jedoch nicht weiter. Erst Ende 2006 beschloß Putin, auf der Kurischen Nehrung eine Repräsentanz einzurichten. Damals waren die Anwohner noch begeistert, weil sie damit rechneten, neben einer verbesserten Infrastruktur einen wirtschaftlichen Aufschwung in ihrer Region zu bekommen.

Ein Schloß als Hauptgebäude, dazu ein Yachthafen

Auf die Proteste der Anwohner nahmen die Verantwortlichen nun keine Rücksicht. Wer mit der angebotenen Ersatzwohnung unzufrieden war, wurde laut „Nesawissimaja gazeta" massiv unter Druck gesetzt. Die Verwaltung von Neukuhren habe ihnen Dokumente vorgelegt, in denen sie mit ihrer Unterschrift bestätigen sollten, „freiwillig" umzuziehen.

Einige der Zwangsumgesiedelten zogen vor Gericht, weil sie sich in ihren Rechten beschnitten fühlten. Wie der Fischereiarbeiter Wladimir Lawnik, der vor zehn Jahren eine Wohnung am Meer gekauft hatte. Ihm hatte man eine renovierungsbedürftige und untapezierte Ein-Zimmer-Mansardenwohnung angeboten. Der alleinerziehenden Mutter Aida Romanowa hatte die Behörde auch nur eine Ein-Zimmer-Wohnung zugeteilt, obwohl ihr laut Gesetz eine Zwei-Zimmer-Wohnung zugestanden hätte. Im Fall der Familie Radewitsch lag offenbar ein Behördenirrtum vor: Weil der Ehemann bei einer Einwohnerzählung des Militärstädtchens auf Dienstreise war, sollte die Familie in eine 40-Quadratmeter-Wohnung umziehen. Doch anstatt der Familie unbürokratisch zu ihrem Recht zu verhelfen, schoben die Behörden den Fall hin und her. Viktor Radewitsch, der in der Russischen Armee dient, wandte sich schließlich an Präsident Medwedew mit der Ankündigung, falls seine Familie obdachlos werde, werde er sie so verteidigen, wie seit 27 Jahren die Grenze Rußlands.

Den Bau der Residenz werden diese Proteste allerdings nicht aufhalten können: Seit Herbst vergangenen Jahres wird in Neukuhren gebaggert und planiert.

Manuela Rosenthal-Kappi

Begeistert für die Königsberger Straßenbahnen

Ein Rechtsanwalt aus Kopenhagen hat ein Buch über die Geschichte der öffentlichen Verkehrsmittel in der Pregelmetropole vorgelegt







Dreimal Steindamm: Die einst belebte Straße (l.) war nach dem Zweiten Weltkrieg nur noch eine Trümmerlandschaft, schließlich 2006 als typisch sozialistischer Boulevard.

Bilder: Archiv (2), H.K.Nielsen

Es war Mitte der 70er Jahre, als der Däne Henrik Karl Nielsen als Grundschüler über eine Merkwürdigkeit in seinem Schulatlas stolperte. „Kaliningrad (Königsberg Pr.)" stand dort geschrieben. Warum die russische Stadt allerdings zwei Namen hatte, wurde im Unterricht nicht näher erläutert. Erst in der Oberschule erfuhr der 1969 Geborene dann, daß Deutschland keineswegs immer an der Oder geendet hatte. Dank der Sprachbegeisterung seiner Eltern – die Mutter ist Deutschlehrerin – reiste Nielsen auch ins geteilte Berlin. Als das dänische Fernsehen 1987 „Jokehnen oder wie lange fährt man von Ostpreußen nach Deutschland" zeigte und er auch noch das Buch „Straßenbahnen in West- und Ostpreußen" geschenkt bekam, schlug sein passives Interesse in Tatendrang um: 1989 reiste er erstmals ins südliche Ostpreußen. 1995, 1999 und 2003 ging es dann in den Norden, in die ostpreußische Hauptstadt. Der in Kopenhagen tätige Rechtsanwalt entflammte vollends für die Geschichte des Stadtverkehrs, des Stadtbildes und der Straßenbahn der Pregelmetropole, las sich in das Thema ein, recherchierte vor Ort in Archiven und fotografierte. Herausgekommen ist das Buch „Kaliningrad (Königsberg Pr.) – Stadtverkehr, Stadtbild und Straßenbahn", das vor allem Fotos aus dem Jahr 2006 beinhaltet, die der Autor auf seiner letzten Reise in die Stadt gemacht hat.

Auch wenn dem Autor einige Ungenauigkeiten vor allem sprachlicher Art unterlaufen sind, so ist das Buch doch eine erstaunliche Fleißarbeit, die mit sehr viel Begeisterung zum Thema verfaßt ist. Es ist erstaunlich, wie viele Details der Däne über die Geschichte von Pferdebahn, Straßenbahn und Obussen zu nennen weiß. Auch über die Entwicklung der öffentlichen Verkehrsmittel nach dem Zweiten Weltkrieg kann er viel berichten, obwohl sich selbst die Russen des Themas noch nicht umfassend angenommen haben. Allerdings stieß Nielsen immer wieder auf Ungereimtheiten. Große Zahlen, die im Internet genannt werden, entsprechen nicht der tatsächlichen, geringeren Größe des Fuhrparkes der Stadt.

Der Autor hat nicht nur die einzelnen Endhaltestellen besucht und fotografiert, er geht auch auf die Entwicklung der verschiedenen Linien, ob Straßenbahn oder Bus, ein. Auch daß die Straßenbahn voraussichtlich in Kaliningrad keine Zukunft hat, erwähnt der Autor voller Bedauern, hat er doch vorher aufgezeigt, welch große Tradition dieses Fortbewegungsmittel zu deutscher wie zu russischer Zeit aufweist. Auch auf die Hersteller der verschiedenen Waggons geht er ein. Sogar die noch vorhandenen Anlagen der ehemaligen Waggonfabrik L. Steinfurt AG hat er besucht. *Bel*

***Henrik Karl Nielsen: „Kaliningrad (Königsberg Pr.) – Stadtverkehr, Stadtbild und Straßenbahn"**, Europublishers, Kopenhagen 2008, geb., zahlreiche Abbildungen, 120 Seiten, 39,80 Euro*

21 Tote bei Brand in Cammin

Eine der schlimmsten Brandkatastrophen in Europa seit Jahren – Noch viele Fragen offen

Die Brandkatastrophe in einem Obdachlosenheim in Cammin (Kamien Pomorskie) ist eine der schlimmsten seit Jahren in Europa: 21 Tote wurden bis Dienstag gezählt, doch die Feuerwehr vermutete zu diesem Zeitpunkt noch mehr Opfer unter den Trümmern. Polen reagierte auf die Katastrophe, keine 70 Kilometer von Stettin entfernt, mit einer dreitägigen Staatstrauer.

In dem in den 70er Jahren erbauten Haus waren 77 Personen gemeldet, 41 wurden gerettet, wie viele sich in der Nacht auf Ostermontag in dem Haus befanden, ist allerdings vorerst unklar. Zwar hat die Feuerwehr zunächst keine Angaben zur Brandursache gemacht, doch in dem heruntergekommenen Haus seien schon öfter Feuer ausgebrochen. Auch seien beim Bau des dreistöckigen Hauses für die Isolierung leicht brennbare Materialien verwendet worden. Zudem sei das Stromnetz stets überlastet gewesen, so daß es immer wieder zu Kurzschlüssen gekommen sei.

Als zehn Minuten nach Eingang der Brandmeldung der erste Löschzug eintraf, habe das Gebäude bereits „wie eine Fackel“ gebrannt. Verriegelte Notausgänge machten eine Flucht unmöglich. Selbst das Entkommen aus den Fenstern war den wenigsten möglich, da die Feuerwehr zu kurze Leitern und zu wenig Sprungtücher gehabt habe. Ein aus dem Fenster geworfenes Baby sei nicht aufgefangen worden.



Bild: pa

Rauchende Ruine: Donald Tusk besichtigt den Unglücksort.

Die knapp über 9000 Einwohner zählende Kleinstadt, Geburtstort des 2007 verstorbenen, deutschen Schauspielers Klausjürgen Wussow, kann auf eine fast 2000jährige Geschichte zurückblicken. So wurde an ihrer Stelle auf einer Seefahrerkarte von Claudius Ptolemäus aus den Jahren 142 bis 147 bereits eine Siedlung verzeichnet. Die ab dem 5./6. Jahrhundert von Slawen und ab dem 12. Jahrhundert von Deutschen geprägte Stadt ist bei Touristen wegen ihrer Sehenswürdigkeiten bekannt. Die deutsche Bevölkerung flüchtete entweder Anfang 1945 vor der Roten Armee oder wurde später von Polen vertrieben. Danach wurde Cammin zum einen Teil von umgesiedelten Ost-Polen zum anderen Teil von Menschen aus Zentralpolen neu besiedelt. *Bel*

Prominente Gäste

60. Sudetendeutscher Tag in Augsburg

Jahr für Jahr an Pfingsten treffen sich die Sudetendeutschen, um friedlich für die Wiedergutmachung der Vertreibung zu demonstrieren. Das Treffen am 30. und 31. Mai in Augsburg ist denn auch bereits der 60. Sudetendeutsche Tag, und noch selten gaben sich so viele Prominente die Ehre.

Seehofer, Beckstein und Schäuble kommen

Bei der festlichen Eröffnung sprechen Franz Pany, der Bundesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), und Bernd Posselt, der Sprecher der Volksgruppe. Posselt hält die Laudatio auf Ministerpräsident a. D. Günther Beckstein, der mit dem Europäischen Karls-Preis der SL ausgezeichnet wird.

Bereits am Freitagabend wird Bayerns Sozialministerin Christine Haderthauer anläßlich der Verleihung der Sudetendeutschen Kulturpreise sprechen, am Sonnabend hält sie außerdem ein Grußwort. Auch die Bundesregierung ist mit Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble hochrangig vertreten.

Ein vielseitiges Veranstaltungsprogramm mit Vorträgen, Diskussionen, Lesungen, Musik und Tanz prägt das Volksgruppentreffen am Sonnabendnachmittag und am Abend. Die Diskussion „Vom Grauhemd zum Tattoo! – Fünf Generationen Sudetendeutsche Jugend (SdJ) im Gespräch“ verspricht ungewohnte Perspektiven. Auf der Hauptkundgebung am Pfingstsonntag sprechen Ministerpräsident Horst Seehofer und wiederum Bernd Posselt. Den großen Pfingstgottesdienst zelebrieren die Bischöfe Walter Mixa und Gerhard Pieschl sowie Pater Norbert Schlegel, ein gebürtiger Ostpreuße. *K.B.*

Die ostpreußische Familie

Lewe Landslied,
liebe Familienfreunde,

heute ein bißchen Oster-Nachlese, quer durch unsern Familiengarten. Da ist ein Foto, das viele Leserinnen und Leser an ihre Kindheit erinnern wird. Vor allem, wenn man als Stadtkind zu den auf dem Lande lebenden Verwandten kam – und welche ostpreußische Familie hatte die nicht bei dem Kinderreichtum unserer Vorfahren! Was gab es da alles zu bestaunen, denn jeder Hof bot ja damals noch einen reichen Tierbestand. Vor allem das Kroppzeug hatte es dem Stadtkind angetan: die flaumigen Gisselchen (Gänseküken), die Truschchen (Kaninchen), die Hietscherchen (Fohlen) und die Keichel (Hühnerküken). Des lieben Gottes Tierreich hatte eben in Ostpreußen sein eigenes Vokabular. Herr **Klaus-Jürgen Frank** war auch ein Stadtkind, er kam mit seinen Eltern aus Berlin zu Besuch bei seinen ostpreußischen Verwandten in Jurgaitschen, dem Geburtsort seines Großvaters **August** Frank. Dieser war Schmied gewesen, ging aber schon früh „ins Reich“ und wurde Lokomotivführer. Es muß im Jahre 1934 gewesen sein, als diese Aufnahme entstand, die Klaus-Jürgen Frank jetzt im Nachlaß seiner Mutter entdeckte. Es zeigt den kleinen Klaus-Jürgen, besuchsfein gemacht im weißen Anzug inmitten anderer Kinder beim Füttern der Hühner. Das liebten alle Kinder, und sie bezogen ihre „Hinkel“ in ihre Kinderspiele und Lieder mit ein. Wer erinnert sich noch an das plattdeutsche Liedchen: „Puttheneke, Puttheneke, wat deist op onserm Hoff? Du plöckst ons alle Blomkes af, du moakst et veel to groff“? Oder an das Spiel „Tuck, tuck, tuck, ihr Hühnerchen, was habt Ihr denn getan?“ mit dem verschwundenen Hahn, der dann auf einmal wieder auftaucht – ach ja, wie reich war doch unser ostpreußischer Spielschatz. Das sind nun einmal meine Erinnerungen, Herr Frank hat andere und verbindet sie mit einer Frage: „Wer sind die fünf Kinder, die mit mir gemeinsam fotografiert wurden?“ Sie gehören wohl zur Verwandtschaft, könnten aber auch Nachbarskinder sein. Herr Frank wüßte gerne, wer von ihnen den Krieg überlebt hat. Vielleicht meldet sich ja auch jemand der Abgebildeten bei ihm, das wäre natürlich eine große Überraschung. Den Ortsnamen Jurgaitschen gab es mehrfach im nordöstlichen Ostpreußen, es handelt sich hier um das im Kreis Tilsit-Ragnit südlich der Memel gelegene Kirchdorf, das 1938 in Königskirch umbenannt wurde. Herr Frank würde sich sehr freuen, wenn er Zuschriften bekäme und seine Erinnerungen an den Besuch in der Väterheimat auffrischen könnte. (Klaus-Jürgen Frank, Alpenstraße 50 in 82194 Gröbenzell, Telefon 08142/540340, Fax 08142/51186, E-Mail: cjfrank@t-online.de)



Foto: privat

Klaus-Jürgen Frank im weißen Anzug mit anderen Kindern in Jurgaitschen: Wer etwas über das weitere Schicksal der anderen Kinder weiß, wende sich an Klaus-Jürgen Frank, Alpenstraße 50 in 82194 Gröbenzell, Telefon (08142) 540340, Fax (08142) 51186, E-Mail: cjfrank@ t-online.de

Es ist mir immer eine Freude, wenn ich über Frauen berichten kann, die so unendlich viel für unsere Heimat tun. Deshalb habe ich auch gerne die mir übermittelten, ehrenden Worte für die Leiterin der Ostpreußischen Frauengruppe Göttingen, Frau **Ingeborg Heckendorf**, übernommen, die Frau **Astrid von Günther** mir übermittelte. Anlaß war das 40jährige Bestehen dieser Frauengruppe der LO, das am 10. März mit einem Festakt im Göttinger Ratskeller begangen wurde, bei dem die große Bandbreite der von Frau Heckendorf initiierten humanitären Hilfe für die Bevölkerung im südlichen Ostpreußen aufgefächert wurde. Daß sie die verdiente Anerkennung fand, bezeugen die Grußworte des Sprechers der LO, Herrn Wilhelm v. Gottberg, der Bundesministerin Frau Dr. Ursula von der Leyen und Herrn Thomas Oppermann, MdB, die des Lobes voll für die von Frau Heckendorf geleitete und geleistete Arbeit sind. Letzterer wies auf die von ihr organisierten über 40 Transporte mit Hilfsgütern hin und bestätigte ihr, daß sie mehr als Not gelindert und der dortigen Bevölkerung geholfen habe, sich den besseren Lebensbedingungen unseres geeinten Europas anzunähern. Damit habe Frau Heckendorf einen unschätzbaren Beitrag zum gegenseitigen Verständnis der Menschen geleistet. Die Bundesvorsitzende der ostpreußischen Frauenkreise, Frau Uta Lüttich, würdigte mit warmen Worten die unermüdliche Tätigkeit von Frau Heckendorf und listete die Ehrungen auf, die diese für ihren Einsatz erhielt: das Goldene Ehrenzeichen der LO, die Verdienstmedaille des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland, Ehrung in Allenstein vom Vorsitzenden der Deutschen Minderheit, Empfang und Überreichung einer Ehrentafel durch den Bürgermeister in Treuburg. Frau Lüttich wünschte der auf dem Festakt Geehrten, daß sie noch viele Jahre die Kraft haben möge, die vielfältigen Aufgaben für die Landsleute in der Heimat zu erfüllen und die ihr seit 40 Jahren am Herzen liegende Frauengruppe zu leiten.



Ruth Geede

Foto: Pawlik

Und das wird Frau Heckendorf auch tun, denn sie gibt – wie sie selber bestätigte – weder die Leitung der Frauengruppe noch ihre Fahrten mit Hilfsgütern auf. Seit 1991 führen sie nach Ostpreußen, das Stammland ihres Mannes – sie selber wurde in Wilhelmshaven geboren –, allerdings nicht in dessen engere Heimat in der südlichen Teil. Am 12. Mai wird sie zu der 42. Fahrt, die von Göttingen über Posen, Thorn, Osterode und Allenstein bis nach Treuburg führt, aufbrechen. Von Treuburg geht es für einen Tag nach Suwalki, wo Frau Heckendorf zwei Familien betreut. Wie immer wird sie Genußmittel wie Kaffee mitnehmen sowie Kleider, Wäsche, Schuhe und andere Hilfsgüter. Diese verteilt sie persönlich auf ihrer Fahrt über die Dörfer, denn so bekommt sie Einblick, wo die Not am größten ist. Die Menschen sind sehr dankbar für die Hilfe, denn der Verdienst ist oft sehr gering, die Arbeitslosigkeit groß. Viele ältere Frauen müssen von einer Rente von zirka 500 bis 600 Zloty (115 bis 140 Euro) leben. Leider kann Frau Heckendorf nur noch einmal im Jahr diese Hilfsreise durchführen, da sie fast alle Unkosten alleine trägt. Unterstützung bekommt sie vor allem durch Sachspenden. Ihr auf der Jubiläumsfeier vorgetragener Tätigkeitsbericht dürfte auch in dieser Hinsicht ein positives Echo finden, es wäre der Unermüdlichen zu wünschen, die über die Beschwerden, die das Älterwerden nun einmal mit sich bringt, hinwegsieht. Sie gebraucht zwar nach Hüft- und Knieoperationen Gehhilfen, aber die Augen sind gut! Das bestätigt sie uns selber, denn es hatten sich in dem Vorbericht über die Jubiläumsfeier einige Unstimmigkeiten eingeschlichen. Da diese Anfang März erfolgte Veröffentlichung ein Vorabgruß an die Göttinger Gruppe und ihre Leiterin sein sollte, konnte man die Betreffende auch nicht direkt befragen. Liebe Frau Heckendorf, ich möchte diese, nun im Rahmen unserer Ostpreußischen Familie geschriebenen Zeilen mit dem von Ihnen gewählten Leitspruch für ihre Hilfsfahrten beenden, weil er auch für unsere Familienarbeit maßgeschneidert ist:

Gemeinschaft zu praktizieren ist nicht leicht, aber erfreulich ist jede Unternehmung mit Menschen, die bereit sind, sich einzufügen zum Gelingen der gemeinsamen Sache.

Man könnte auch sagen „sich einzubringen“, und das gilt besonders für diejenigen, die aus zeitlichen oder anderen Gründen sich nur sporadisch an einer guten Sache beteiligen können. Und zu dieser gehören auch die Heimatstuben, von denen wir in letzter Zeit öfters berichtet haben, so in Folge 9 in Bezug auf das von Herrn **Werner Schlenter** aus Essen bei der Auflösung eines Haushaltes entdeckte Ölbild, das wohl ohne unseren Landsmann auf dem Sperrmüll gelandet wäre. Leider hat er und haben auch wir bisher nicht herausfinden können, wo der Maler des Bildes, das mit „Frd. Glas“ gezeichnet ist, gelebt hat, das Motiv weist auf Masuren hin. Herr Schlenter will es jedenfalls einer Heimatstube übergeben, und in diesem Zusammenhang meinte er, daß es sinnvoll wäre, einmal eine Liste aller Heimatstuben anzufertigen. Denn gerade bei der Auflösung von Vertriebenenhaushalten landen viele Erinnerungsstücke durch Unwissenheit der damit Beauftragten auf dem Müll – für manche Heimatstube wären sie eine Bereicherung. Herr Schlenter bekam auf diese Anregung hin Zuschriften darunter von einer Leserin, die beim Aufräumen des Haushalts ihrer Mutter, einer Königsbergerin, viele Gebrauchsgegenstände fand, die zweifellos noch von dort stammen. Vermutlich waren schon einige andere Erinnerungsstücke weggeworfen worden, die Tochter rettete noch, was zu retten war, und wollte die Sachen nun einer Heimatstube übergeben. Sie wandte sich deshalb an Herrn Schlenter, der ihr gute Ratschläge geben konnte. Er meinte nun, dieser Anlaß sei ein Grund mehr, noch einmal auf das Thema einzugehen. Es sind nicht nur die Nachlaßnehmer, die oft aus Unkenntnis des ideellen Wertes mancher Dinge nicht den richtigen Weg finden, sondern auch die Besitzer der durch Krieg und Flucht geretteten Stücke, die aus Alters- oder Krankheitsgründen ihren Haushalt auflösen müssen und nicht wissen, wem sie die von ihnen geliebten Dinge anvertrauen sollen. Oft wird nach einer Heimatstube in der Nähe gefragt, um einen langen Transportweg zu vermeiden, andere wünschen, daß ihr Nachlaß dem Heimatkreis, dem die Erinnerungsstücke zuzuordnen sind, übergeben wird. Es wäre schon sinnvoll, daß – wie Herr Schlenter angeregt hat – wir eine Liste der Heimatstuben anfertigen, die weitere Relikte aus der Heimat aufnehmen wollen und können. Ich schlage vor, daß sich diese Heimatstuben bei uns melden mit der Angabe, an welchen Sachen sie besonders interessiert sind – wie Bücher, Bilder, Briefe, Textilien, Keramiken, Gebrauchsgegenstände – und was für sie nicht in Frage käme, weil ähnliche Dinge bereits vorhanden sind oder die nötige Lager- und Ausstellungfläche fehlt. Eine genaue Ortsbeschreibung sowie Anschrift und Telefonnummer der Betreuer der Heimatstube müssen angegeben werden. Falls Prospekte, Flyer oder Kurz-Infos vorhanden sind, bitte diese beilegen. Wenn sich dann Abgabewillige bei mir melden, kann ich sie auf die Heimatstube hinweisen, die für ihren Nachlaß die geeignete wäre. Wollen mal sehen, ob das klappt. Wie bei Herrn Schlenter, der für eigene Gegenstände, die noch bei ihm zu Hause schmoren, Adressen in Bochum (Kreis Neidenburg) und Gelsenkirchen (Kreis Allenstein) ausfindig machen konnte.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

„**Unsere Familie**“ auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



ZUM 100. GEBURTSTAG

Wengoborski, Marta, geb. **Keller**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, jetzt Düsseldorfer Straße 28, DRK-Alten- und Seniorenheim, 51379 Leverkusen, am 24. April

ZUM 99. GEBURTSTAG

Osessek, Otto, aus Grünwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Schlettstadter Straße 14, 65203 Wiesbaden, am 21. April

Rohde, Auguste, geb. **Vogel**, verw. **Rogowski**, aus Lindenfließ, Kreis Lyck, jetzt Magdeburger Straße 31, 39340 Haldensleben, am 26. April

ZUM 98. GEBURTSTAG

Kröske, Frieda, geb. **Golimbus**, aus Auersberg, Kreis Lyck, jetzt Altenzentrum St. Franziskus, Annenstraße 16, 49624 Löningen, am 21. April

ZUM 97. GEBURTSTAG

Brzoska, Marie, geb. **Downar**, aus Rostken, Kreis Lyck, jetzt Zillertalstraße 125, 44807 Bochum, am 24. April

Wiemer, Charlotte, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Ottostraße 44, App. 8, 85521 Ottobrunn, am 23. April

ZUM 96. GEBURTSTAG

Borrek, Frida, geb. **Dubnitzki**, aus Soffen, Kreis Lyck, jetzt Pariser Gasse 3, 35578 Wetzlar, am 26. April

Gerwin, Frieda, geb. **Dombrowski**, aus Lyck, Morgenstraße 29, jetzt Doormannsweg 21, 20259 Hamburg, am 23. April

Kretschmann, Ella, geb. **Flenske**, aus Theerwischwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Einumerstraße 17, 31136 Hildesheim, am 22. April

Lemke, Marianne, aus Lyck, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 137-159, 41236 Mönchengladbach, am 22. April

Waschk, Käthe, geb. **Fildmann**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Ziethenstraße 8, 47445 Moers, am 22. April

ZUM 95. GEBURTSTAG

Fricke, Herta, geb. **Naujok**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Heisterkamp 8, 38518 Gifhorn, am 26. April

Nobars, Gertrud, geb. **Pubkulies**, aus Tilsit, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Lipperstraße 5, 49078 Osnabrück, am 23. April

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fietkau, Hellmuth, aus Alt-Ukta, Kreis Sensburg, jetzt Königsbergerstraße 5, 53721 Siegburg, am 20. April

Kerschgens, Else, aus Heldenfelde, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 13, 52222 Stolberg, am 23. April

Klinger, Elsbeth, geb. **Hoffmann**, aus Wirtberg, Kreis Insterburg, jetzt Unterer Anger 12, 09394 Hohndorf/Erzgebirge, am 8. April

Reimer, Hans, aus Paterswalde, Kreis Wehlau, jetzt Oberdorfstraße 56, 45143 Essen, am 24. April

ZUM 93. GEBURTSTAG

Gayk, Martha, geb. **Papajewski**, aus Fröhlichsdorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Witten-Land 13, 24229 Strande-Kiel, am 29. April

John, Charlotte, aus Lyck, jetzt Louis-Pasteur-Straße 1, 25524 Itzehoe, am 21. April

Menzel, Elfriede, geb. **Sadek**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt Schöne Aussicht 12, 29549 Bad Bevensen, am 21. April

Mohr, Edith, geb. **Dobrinski**, aus Klein Rauschken, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzienstraße 13, 24794 Borgstedt, am 26. April

Smolich, Frieda, geb. **Oprotkowitz**, aus Petersgrund, Kreis Lyck, jetzt Am Schütthook 169, 48167 Münster, am 21. April

Sczech, Martha, geb. **Jacobus**, aus Bartkengut, Kreis Neidenburg, jetzt Lütgertweg 3, 30419 Hannover, am 26. April

Streit, Kurt, aus Fichtenfließ, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Hofackerstraße 2, 5073 Oberfrick, Schweiz, am 23. April

ZUM 92. GEBURTSTAG

Graumann, Anna, geb. **Steinat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Zum Herrengarten 36, 50321 Brühl, am 21. April

Jüttke, Alfred, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt von Bodelschwingh-Straße 29, 26125 Oldenburg, am 26. April

Piotrowski, Ella, geb. **Mundt**, aus Waltershöhe, Kreis Lyck, jetzt Goethestraße 46, 25813 Husum, am 22. April

ZUM 91. GEBURTSTAG

Peter, Lydia, geb. **Hiltern**, aus Gumbinnen, jetzt Suhrnkrug 14, 23701 Eutin, am 25. April

Prostka, Werner, aus Langenhöh, Kreis Lyck, jetzt Eichenstraße 6, 25462 Rellingen, am 21. April

Riske, Charlotte, geb. **Buttkus**, aus Rauterskirch, Kreis Elchniederung, jetzt Niddastraße 19, 38120 Braunschweig, am 25. April

Skopnik, Dr. Klaus-Dietrich, aus Lyck, Memeler Weg 11, jetzt Schillerstraße 3, 53340 Meckenheim, am 26. April

Thamm, Erna, geb. **Karbautzki**, aus Karkeln, Kreis Elchniederung, jetzt Im Dom 67, 55743 Idar-Oberstein, am 26. April

ZUM 90. GEBURTSTAG

Dzieran, Katharina, geb. **Gezeck**, aus Ortelsburg, jetzt Ernst-Moritz-Arndt-Straße 56, 24223 Raisdorf, am 25. April

Faltin, Dr. Günter, aus Königsberg, jetzt Lotter Straße 124, 49078 Osnabrück, am 24. April

Geschwandtner, Helene, geb. **Kattenmeyer**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Lindleinstraße 36, 97078 Würzburg, am 22. April

Ragoszat, Walter, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Schmalenbachstraße 12, 33611 Bielefeld, am 26. April

Reck, Paul, aus Kalthagen, Kreis Lyck, jetzt Hebbelstraße 78, 50968 Köln, am 20. April

ZUM 85. GEBURTSTAG

Armstrong, Gerda, geb. **Mahrenholz**, aus Selsen, Kreis Elchniederung, jetzt Flat 50 Lebanon Court, Richmond Road, TW1 3DA Twickenham, England, am 21. April

Babst, Erna, geb. **Pentzek**, aus Plöwken, Kreis Treuburg, jetzt Hermann-Lönsstraße 21, 33330 Gütersloh, am 22. April

Bald, Irmgard, geb. **Bartzik**, aus Kielen, Kreis Lyck, jetzt Wacholderkamp 52, 58093 Hagen, am 25. April

Beckmann, Gertrud, geb. **Gunia**, aus Gardienen, Kreis Neidenburg, jetzt Buchenweg 26, 18190 Sanitz, am 23. April

Broßeit, Elisabeth, aus Gelitten, Kreis Treuburg, jetzt August-Bebel-Straße 53, 59077 Hamm, am 26. April

Busch, Emmy, geb. **Rogalski**, aus Wilkassen, Kreis Treuburg, jetzt Am Mühlenteich 15, 46499 Hamminkeln, am 26. April

Geisler, Hildegard, geb. **Galla**, aus Groß Schiemanen, Kreis Ortelsburg, jetzt Tulpenstraße 25, 31848 Bad Münder, am 25. April

Hanke, Elfriede, geb. **Januta**, aus Grünheide, Kreis Treuburg, jetzt Am Aschenkrug 63, 41168 Mönchengladbach, am 26. April

Heise, Gertrud, geb. **Kerstan**, aus Konraden, Kreis Ortelsburg, jetzt Hohe Warte 36, 38855 Wernigerode, am 21. April

Herbst, Klaus, aus Lyck, jetzt Hans-Reumann-Straße 27, 25462 Rellingen, am 24. April

Kasimir, Ursula, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Von-der-Tann-Straße 9, 82319 Starnberg, am 24. April

König, Waltraut, geb. **Grube**, aus Richau, Kreis Wehlau, jetzt Im Heeresacker 14, 31275 Lehrte, am 25. April

Kohlrausch, Elisabeth, aus Halldorf, Kreis Treuburg, jetzt Bargheide 28, 58452 Witten, am 24. April

Kroll, Bernhard, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt 53 404-13 45 Racine, WI, 34 17 Three Mile Rd., USA, am 16. April

Musche, Hedwig, geb. **Hoffmann**, aus Labiau, jetzt Pragerstraße 60, 39218 Schönebeck, am 19. April

Neufeld, Emmy, geb. **Malessa**, aus Samplatten, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Neggenborn 87, 44892 Bochum, am 24. April

Nicklaus, Ursula, geb. **Smolinski**, aus Ebenrode, jetzt Junkerstraße 3 a, 48153 Münster, am 25. April

Peter, Anneliese, aus Dankfelde, Kreis Lötzen, jetzt Allensteiner Weg 11, 25524 Itzehoe, am 22. April

Pick, Ludwig, aus Pettkuhnen, und Jodeiken, Kreis Wehlau, jetzt Gemeinde Maßweiler, 66506 Hitscherhof, am 24. April

Pütz, Liesbeth, geb. **Bader**, aus Groß Schöndamerau, Kreis Ortelsburg, jetzt Kastanienweg 20, 40723 Hilden, am 26. April

Rohmann, Lisbeth, geb. **Boguth**, aus Milucken, Kreis Lyck, jetzt Froschlake 13, 44379 Dortmund, am 26. April

Sadowski, Ulrich, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Baustraße 14, 16775 Gransee, am 24. April

Schäfer, Else, geb. **Franke**, aus Legenquell, Kreis Treuburg, jetzt Herrenbach 10, 37603 Holzminden, am 21. April

Scharinghausen, Brigitte, geb. **Adam**, aus Sanditten, Kreis Wehlau, jetzt Seilerstraße 14, 28203 Bremen, am 21. April

Schenitzky, Herbert, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Wingertsheide 37, 51427 Bergisch Gladbach, am 23. April

Seeck, Christel, geb. **Wohlgemuth**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Jungfernstieg 4, 27432 Bremervörde, am 8. April

Sokolski, Hilde, geb. **Skonetzki**, aus Kandien, Kreis Neidenburg, jetzt Auf dem Acker 21 A, 53859 Niederkassel, am 23. April

Weber, Hildegard, aus Talken, Kreis Lyck, jetzt Jakobusstraße 6, 63457 Hanau, am 24. April

ZUM 80. GEBURTSTAG

Berger, Klaus, aus Allenburg, Friedländer Straße, Kreis Wehlau, jetzt Herderstraße 98, 40721 Hilden, am 21. April

Boe, Edith, geb. **Hoch**, aus Lyck, Yorkstraße 8, jetzt Am Dornbusch 7, 25866 Mildstedt, am 25. April

Böhnke, Kurt, aus Lindenthal, Kreis Elchniederung, jetzt Münsterstraße 8 A, 33104 Paderborn, am 26. April

Fandrey, Christel, geb. **Höpfner**, aus Balga, Kreis Heiligenbeil, jetzt Ebertallee 112, 22607 Hamburg, am 26. April

Franke, Edith, geb. **Leichert**, aus Lyck, Falkenstraße 21, O.D.F.-Straße 60, 39638 Gardelegen, am 24. April

Franzke, Elfriede, geb. **Plogsties**, aus Aschplaten, Kreis Elchniederung, jetzt Holtenauer Straße 254, 24106 Kiel, am 20. April

Gers, Friedrich, aus Krummfuß, Kreis Ortelsburg, jetzt Hükenbusch 17, 42929 Wermelskirchen, am 22. April

Gienke, Irmgard, geb. **Oppermann**, aus Bolzhagen, Kreis Elchniederung, jetzt Nöltingstraße 43, 22765 Hamburg, am 21. April

Gruppengießer, Christel, geb. **Seeger**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 14, jetzt Uasterstigh 41, 25946 Nebel/Amrum, am 24. April

Heise, Waltraud, geb. **Packheiser**, aus Schirten, Kreis Heiligenbeil, und Heiligenbeil, Reichenberger Weg 3, jetzt Am Roten Tor 12, 55232 Alzey, am 22. April

Hemmen, Hilde, geb. **Prange**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Görtestraße 17, 49832 Freren, am 24. April

Hübner, Helmut, aus Tiefen, Kreis Lötzen, jetzt Bendenweg 4, 53359 Rheinbach, am 26. April

Jakobs, Karl-Heinz, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Looker Straße 42, 42555 Velbert-Langenberg, am 20. April

Kolpak, Kurt, aus Lötzen, jetzt Fallerslebenstraße 21, 60320 Frankfurt/Main, am 23. April

Krüger, Gerda, geb. **Kollodzeyski**, aus Kaltenborn, Kreis Neidenburg, jetzt Notweg 16, 28832 Achim, am 23. April

Langanke, Hannelore, aus Wehlau, Nadolnystraße, jetzt Dorfstraße 19 G, 16761 Hennigsdorf, am 23. April

Lompat, Helmut, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Rudi-Breitscheid-Straße 5, 22880 Wedel, am 23. April

Lüns, Charlotte, geb. **Feddermann**, aus Aßlacken, Kreis Wehlau, jetzt Holsteiner Weg 36, 33102 Paderborn, am 23. April

Luxa, Hans, aus Rogonnen, Kreis Treuburg, jetzt Ostpreußenring 7, 38536 Meinersen, am 21. April

Meyer, Dora, geb. **Lekat**, aus Birkenheim, Kreis Elchniederung, jetzt Oderstraße 29, 45739 Oer-Erkenschwick, am 20. April

Müller, Gerda, geb. **Preuhs**, aus Pronitten, und Kampken, Kreis Labiau, jetzt Konsul-Lorentzen-Straße 14, 24376 Kappeln, am 24. März

Pofalla, Ewald, aus Jakunen, Kreis Angerburg, jetzt Paßweg 70, 46509 Xanten, am 21. April

Pudel, Artur, aus Tapiau, Lindemannstraße, Kreis Wehlau, jetzt Sonnenblick 15, 37620 Halle, am 23. April

Roth, Lilli, geb. **Grundmann**, aus Groß Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Tannenstraße 1, 67067 Ludwigshafen, am 24. April

Scherwenings, Franz, aus Girschunen, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Rudolf-Schwander-Straße 21, 34117 Kassel, am 17. April

Schmidt, Gerhard, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Am Posthof 8 a, 37154 Northeim, am 21. April

Schminke, Irmtraut, geb. **Milewski**, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Ovelackerstraße 10 a, 44892 Bochum, am 25. April

Schwabe, Franz, aus Kögsten, Kreis Ebenrode, jetzt Landrat-von-Ostman-Straße 13, 49076 Osnabrück, am 24. April

Schwagrzinna, Werner, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Hauptstraße 39, 18279 Lalendorf, am 24. April

Sahm, Erna, geb. **Gnipp**, aus Steintal, Kreis Lötzen, jetzt Erlenstraße 12, 41470 Neuss, am 20. April

Seidel, Angelika, jetzt Prof. Willkommstraße 7 b, 09212 Limbach-Oberfrohna, am 24. März

Stephanski, Walter aus Wetzhausen, Kreis Neidenburg, jetzt Wilhelmstraße 11, 42781 Haan, am 21. April

Völler, Erika, geb. **Wolff**, aus Tutschen, Kreis Ebenrode, jetzt Schimmelreiterweg 2 b, 44339 Dortmund, am 23. April

Waschnewski, Eduard, aus Neidenburg, jetzt Pollerbecks Brink 29, 45359 Essen, am 20. April



Bruweleit, Heinz, aus Neuwiese, Kreis Labiau, und Frau Rotraud, geb. **Steinke**, aus Memelwalde, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Prof. Schirmeyer-Straße 58, 49084 Osnabrück, am 24. April

Greibaum, Hermann, und Frau Erika, geb. **Hoffmann**, aus Heiligenbeil, Rosenberger Landstraße 26, jetzt Bramwinkel 14, 29633 Munster, am 24. April

Podlich, Martin, aus Döbern, Kreis Pr. Holland, und Frau Edith, geb. **Schulz**, aus Hermannswalde, Kreis Pr. Holland, jetzt Straße der Jugend, 23999 Kirchdorf/Insel Poel, am 24. April

Sander, Kurt Friedrich, aus Gurnen, Kreis Goldap, und Frau Dora, geb. **Stobbe**, aus Norwischeiten, Kreis Elchniederung, jetzt 4756 Elm Street, Vancouver BC, Kanada, am 18. April

Wenzlawski, Herbert, aus Akkerau, Kreis Pr. Eylau, und Frau Roswitha, geb. **Kielhorn**, aus Labiau, Kreuzweg, jetzt Dorfstraße 8, 25928 Ellhöft, am 24. April



Mattke, Helmut, aus Forsthaus Plauen, Kreis Wehlau, und Frau Ilse, geb. **Schwenzfeier**, aus Johannisburg, jetzt Gartenstraße 9 a, 18209 Heiligendamm, am 16. April

»Wir gratulieren«
auch im Internet-Archiv unter
www.preussische-allgemeine.de

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2009

24. bis 26. April: Kulturreferentenseminar in Bad Pyrmont

4. bis 6. Mai: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16. / 17. Mai: Arbeitstagung Deutsche Vereine südliches Ostpreußen und Memelland

17. bis 23. Mai: 10. Werkwoche in Ostpreußen (Allenstein)

25. Juli: Sommerfest der Deutschen Vereine in Hohenstein

25. bis 27. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

25. bis 27. September: 7. Kommunalpolitischer Kongreß

12. bis 18. Oktober: 55. Werkwoche in Bad Pyrmont

2. bis 6. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

7. / 8. November: Ostpreußische Landesvertretung in Bad Pyrmont

Jahr 2010

6. / 7. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter Bad Pyrmont

Auskünfte erteilt die Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg (Adressänderung ab dem 18. März beachten!), Telefon (040) 414008-0. Auf einzelne Veranstaltungen wird im Ostpreußenblatt gesondert hingewiesen. Änderungen vorbehalten.

Heimatliteratur

Hamburg – „Mein Lied – Mein Land. Lieder der Ost- und Westpreußen". Das ost- und westpreußische Liederheft „Mein Lied – Mein Land" (Zusammenstellung und Sätze: Herbert Wilhelmi) ist ab sofort wieder lieferbar. Das Büchlein umfaßt ca. 150 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 5 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Nachdruck der Broschüre „Die Prußen" – Auf vielfachen Wunsch hat die Landsmannschaft Ostpreußen die Broschüre „Die Prußen" von Walter Görlitz nachdrucken lassen. Das Heft umfaßt 40 Seiten und wird gegen eine Schutzgebühr von 2 Euro / Stück zuzüglich Verpackungs- und Versandkosten abgegeben. Bei Abnahme von mindestens 10 Heften werden Verpackung und Versand nicht in Rechnung gestellt. Bestellungen nimmt die Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Dieter Schultz, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 41400820, Fax (040) 41400819, E-Mail: schultz@ostpreussen.de, gerne entgegen.

LANDSMANNSCHAFTLICHE ARBEIT LANDESGRUPPEN



BUND JUNGES OSTPREUSSEN

Vorsitzender: Stefan Hein, Geschäftsstelle:Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 414008-0, E-Mail: schmelter@ostpreussen-info.de, Internet: www.ost-preussen-info.de.

BJO-West – Freitag, 24. bis Sonntag, 26. April veranstaltet der BJO-Regionalverband West einen Stammtisch vor dem Bochumer Maiumzug, an dem der BJO traditionell gemeinsam mit den Gruppen des BdV teilnehmen. Auskünfte zu Ablauf und Organisation erteilt Michael Kobus, E-Mail: m.kobus@web.de. – Donnerstag, 30. April, bis 4. Mai, Freizeit der Mittleren Generation des BJO bei Cuxhaven. Neben ein paar schönen Strandwanderungen soll auch das dortige Moor-Informationszentrum besucht werden – hier dürfte es nicht nur für die Jüngeren viele interessante Neuigkeiten geben. Die Veranstaltung wird zum Selbstkostenpreis durchgeführt. Dabei bestehen die Kosten für jeden Teilnehmer aus der Anreise, der Vollpension von etwa 24,40 Euro/Tag beziehungsweise ÜF 17,20 EUR sowie noch eventuelle Eintrittspreise. Anmeldungen unter E-Mail: Ruediger.Stolle@gmx.net oder E-Mail: Schattauer-Wanna@t-online.de, Telefon (09545) 359718 oder (04757) 463.



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Landesgruppe – Sonnabend, 25. April, 9.45 Uhr, Landesfrauentagung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49, Stuttgart. Ende ist gegen 18 Uhr. Der Vormittag der diesjährigen Frauentagung ist zum großen Teil der eigenen Arbeit gewidmet. Nach dem Bericht von Uta Lüttich über die kulturelle Frauenarbeit werden Berichte über die Arbeit der Landesverbände der Westpreußen und der Ostpreußen vorgetragen. Um 14 Uhr beginnt nach der Mittagspause der kulturelle Teil der Frauentagung mit einer Autorenlesung von Hannelore Klar: „Du mußt weit gehen, liebes Kind“, es folgt ein Vortrag der Zweiten Landesvorsitzenden Rosemarie S. Winkler: „“Olga zu Schaumburg-Lippe, die letzte königliche Hoheit im Schloß Ludwigsburg“. Den Abschluß der Tagung bildet der Videofilm: „Unvergeßliches Ostpreußen.“ Gäste, die an der kulturellen Nachmittagsveranstaltung teilnehmen möchten, sind herzlich eingeladen, gegen 12.30 Uhr am gemeinsamen Mittagessen teilzunehmen. Anmeldung bitte an Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon (0711) 854093, E-Mail: uta.luettich@web.de

Buchen – Dienstag, 28. April, Erlebnisfahrt der Gruppe zur „Apfelblüte und zur Fränkischen Apfelkönigin“ im Obsthof Wolf in Meinfranken mit Kaffee und Kuchen. Die Abfahrtszeiten des Busses sind zu erfragen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137. – Vom 31. Juli bis 10. August führt die Gruppe eine Ostpreußenbusfahrt nach Königsberg, Memelland, Masuren, Westpreußen und an die Küste Pommerns durch. Nähere Informationen bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Ludwigsburg – Montag, 27. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im „Krauthof“, Beihinger Straße 27.

Pforzheim – Sonntag, 19. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im evangelischen Gemeindehaus Eutingen, Fritz-Neuert-Straße 32. Nach dem Kaffeetrinken spricht Margarethe Sorg über den ersten Atlantikflug von Ost nach West im Jahre 1928 durch den Königsberger Ehrenfried Günther Freiherr von Hünefeld. Weiterhin gibt es Gedichte und Geschichten aus der Heimat, dazu werden heimatliche Lieder gesungen. Heinz Weißflog wird mit seinen Instrumenten die Anwesenden musikalisch erfreuen. Obwohl nach Ostern, gibt es eine reichhaltige „Oster-Tombola“. Gäste sind herzlich willkommen.

Reutlingen – Mittwoch, 22. April, 12.40 Uhr, Abfahrt der Frauengruppe nach Glems zum Stausee. Abfahrt erfolgt am alten Busbahnhof. Es ist eine kleine Wanderung am See vorgesehen. – Sonnabend, 2. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Treffpunkt für Ältere“, Gustav-Werner-Straße 6A, Reutlingen. Die Kulturreferentin Ursula Gehm wird einen interessanten Vortrag halten.

Stuttgart – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Hotel Wartburg, Lange Straße 49. Es stehen Rechenschaftsberichte und Neuwahlen an.

Ulm / Neu-Ulm – Sonnabend, 18. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einem Schabbernachmittag in den „Ulmer Stuben“.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Ansbach – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der „Orangerie“.

Erlangen – Donnerstag, 23. April, 17 Uhr, Treffen der Gruppe im Freizeitzentrum Frankenhof. Heide Bauer hält einen Vortrag über die Wanderung zur Ostpreußenhütte im Salzburger Land, außerdem gibt es einen Kurzfilm über das Deutschlandtreffen in Berlin 2008.

Hof – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zur Feierstunde: „60 Jahre Landsmannschaft Ost- und Westpreußen – Kreisgruppe Hof“ im Sitzungssaal des Landratsamtes Hof, Schaumbergstraße 14, 95032 Hof. In einer Feierstunde soll der Heimatgebiete gedacht werden und die Dankbarkeit ausgesprochen werden, daß damals diese Region – trotz aller Anfangsschwierigkeiten – die Vertriebenen aufgenommen hat.

Ingolstadt – Sonntag, 19. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

Kitzingen – Freitag, 17. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im „Deutscher Kaiser“.

Landshut – Dienstag, 21. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der „Insel“. Auf dem Programm stehen die Neuwahl des Ersten Vorsitzenden sowie des Ersten und Zweiten Kulturwarts.

München Nord / Süd – Sonnabend, 18. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Frühlingsfest mit gemeinsamem Gesang und kleinen Vorträgen, musikalische Begleitung durch das Ehepaar Bethke. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel. – Freitag, 24. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Freitag, 8. Mai, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München.

Nürnberg – Vom 28. Mai bis 1. Juni findet in Masuren ein Pfingstlager statt. Anfragen bitte an den Vorstand.

Weiden – Freitag, 1. Mai, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Maibaumaufbau des Heimatrings am Alten Eichamt eingeladen wurde. – Sonntag, 3. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Heimgarten“. – Die Gruppe traf sich in der Gaststätte Heimgarten zu einer vorösterlichen Feier. Der Erste Vorsitzende Hans Poweleit begrüßte eine große Schar von Mitgliedern und Gästen. Nachdem die Kassiererin Ingrid Uschald den Geburtstagskindern des Monats April gratulierte, berichtete der Zweite Vorsitzende Norbert Uschald über Brauchtum und Tradition zum Palmsonntag. Anita Bauer las Gedanken zur Heimat aus dem Heimatbrief Mohrungen und Ingrid Uschald brachte einen Wortbeitrag zum Thema Ostern zu Gehör. Danach begeisterten Andreas, Katharina und Barbara Uschald, unterstützt von ihren Eltern Anita und Norbert, mit dem Lied „Stups der kleine Osterhase“ die Anwesenden. Anschließend wurden die Landsleute mit Ostereiern und Schokolade auch „lukullisch“ auf das bevorstehende Fest eingestimmt.

Weißenburg-Gunzenhausen – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung mit Neuwahlen im Gasthaus Engel-Stuben, Bahnhofstraße, Gunzenhausen. Anschließend „Käsespezialitäten aus Ostpreußen und Franken“, gereicht von Mariechen Thiede.



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Stresemannstraße 90, 10963 Berlin, Zimmer 440, Telefon (030) 2547343 Geschäftszeit: Donnerstag von 13 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Johannisburg – Sonnabend, 18. April, 14.30 Uhr, „Enzianstuben“, Enzianstraße 5, 12203 Berlin. Anfragen: Christel Koslowski, Telefon (030) 861887.



Stallupönen – Dienstag, 21. April, 13.30 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42. Anfragen: Günter Kropp, Telefon (030) 3312590.



Pillkallen – Dienstag, 21. April, 13.30 Uhr, „Haus des Älteren Bürgers“, Werbellinstraße 42. Anfragen: Helga Rieck, Telefon (030) 6596822.



Bartenstein – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, „Café & Bistro Tableau“, Teltower Damm 26, Zehlendorf. Anfragen: Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Bernhard Heitger, Telefon (0421) 510603, Heilbronner Straße 19, 28816 Stuhr.

Bremen – Montag, 20. April, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel zur Post zu einem Literaturnachmittag mit Klaus Nägelen. – Die Geschäftsstelle befindet sich in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 17. April, 14.45 Uhr, Ausflug der Gruppe nach Debstedt zum Besuch des Heimatmuseums. Treffen um 14.45 Uhr vor dem Museum (Buslinie 505: 14.30 Uhr am Debstedt-Markt). Anmeldungen bis zum 8. April unter Telefon 86176. – Freitag, 24. April, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur Jahreshauptversammlung im „Barlachhaus“. Nach dem Kaffeetrinken werden Neuwahlen des Vorstandes stattfinden. Anschließend gemütliches Beisammensein bei einer kleinen Erfrischung. Anmeldungen bis zum 17. April unter Telefon 86176. – **Nachtrag zur Jahreshauptversammlung**: Für den Festausschuß wurden Ella Till und Gretl Lingk gewählt. Zu Vertretern Bremerhavens auf dem Landesdelegiertentag in Bremen wurden neben Marita Jachens-Paul als stellvertretende Landesvorsitzende des weiteren Wolfgang Paul sowie Barbara und Jürgen Sandmann gewählt. Aus den Berichten der Vorsitzenden, des Kassenwarts Wolfgang Paul und der Frauengruppe (vorgetragen von Alice Schwiedop) konnte auf ein aktives Vereinsleben geschlossen werden. Die Gruppe hat 81 Mitglieder, die Frauengruppe 36. Die Höhe des Beitrags bleibt auf Empfehlung des Kassenwarts unverändert. Vor dem Schlußwort wurden die Veranstaltungen 2009 bekanntgegeben. Höhepunkt wird die 50-Jahr-Feier der Frauengruppe am 27. November sein. Dazu kommt das 83. Stiftungsfest der Gruppe am 23. Oktober, ein zweiteiliger Film über „Ostpreußen 1937“ auf den Kulturnachmittagen sowie ein Ausflug zum Heimatmuseum Debstedt. Nach dem offiziellen Teil gab es zur Stärkung ein Würstchen-Essen.

Frühlingskonzert

Hamburg – Ein Frühlingskonzert gibt der Ostpreußenchor Hamburg, Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, in der St. Gabriel Kirche, Hartzloh Platz 17. Der Eintritt ist frei. Die Kirche kann mit dem HVV von Barmbek mit der Buslinie 172 oder 7 bis zur Haltestelle Hartzloh erreicht werden. Von dort aus sind es rund sieben Minuten Fußweg. Weitere Informationen erhalten Sie bei Ilse Schmidt, Telefon (040) 2543935.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HAMBURG

Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstraße 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. Stellvertreter: Hans Günter Schattling, Helgolandstraße 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Sonnabend, 22. August, 8 Uhr, Busfahrt mit dem Landesverband der vertriebenen Deutschen (LvD) nach Berlin zur zentralen Auftaktveranstaltung zum „Tag der Heimat“ im ICC Berlin. Diesjähriges Leitwort: „Wahrheit und Gerechtigkeit – ein starkes Europa“. Gesamtpreis inklusive Fahrt und Teilnahme am Programm 30 Euro, bei Anmeldung bis zum 1. Mai; danach 35 Euro. Weitere Informationen beim LvD. Haus der Heimat, Teilfeld, Telefon und Fax (040) 346359, oder bei Willibald Piesch, Telefon (040) 6552304.

HEIMATKREISGRUPPEN



Gumbinnen – Sonnabend, 9. Mai, 14 Uhr (Ende 17 Uhr), Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, Teilfeld 8 (wenn der Umzug dorthin schon stattgefunden hat, ansonsten Teilfeld 1), Hamburg. Zu erreichen mit der S-Bahn bis Stadthausbrücke oder U-Bahn bis Rödingsmarkt. Man geht in Blickrichtung Michaeliskirche noch rund sechs Minuten. Landsleute und Gäste sind herzlich eingeladen. Es erwarten Sie eine Kaffeetafel und ein interessanter Vortrag über Katharina von Bora, der Ehefrau Martin Luthers.



Heiligenbeil – Freitag, 22. Mai, 8.30 Uhr, Tagesausfahrt der Gruppe nach Hitzacker, und weiter durch die Nemitzer Heide ins Wendland nach Gorleben. Abfahrt: 8.30 Uhr, Bahnhof-Harburg, 9 Uhr, Hamburg ZOB. Fahrpreis inklusive Mittagessen, Kaffee und Kuchen, Reiseleitung und Museumsbesuch 39 Euro. Anmeldungen bis zum 20. Mai bei Lm. Konrad Wien, Telefon (040) 30067092.



Insterburg – Mittwoch, 6. Mai, 13 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Zum Zeppelin, Frohmestraße 123–125. Es ist ein Vortrag oder eine Dichterlesung vorgesehen. Nähere Informationen sind bei Manfred Samel, Telefon und Fax (040) 587585, zu bekommen.



Osterode – Sonnabend, 2. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562, Hamburg-Ohlsdorf. Mit Gedichten und Liedern soll der Frühling und der Wonnemonat Mai begrüßt werden. Auf ein Wiedersehen freuen sich Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt.



Sensburg – Sonntag, 19. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg. Es gibt Osterüberraschungen. Gäste sind herzlich willkommen.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 5. Mai, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Restaurant im Ärztehaus Billstedt, Möllner Landstraße 27, 22111 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Nähere Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg-Wilhelmsburg – Montag, 27. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Unter dem Motto: „Jetzt fängt das schöne Frühjahr an.“

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



HESSEN

Vorsitzende: Margot Noll, geb. Schimanski, Am Storksberg 2, 63589 Linsengericht, Telefon (06051) 73669.

Darmstadt – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Luise-Büchner-Haus / Bürgerhaus Am See, Grundstraße 10 (EKZ), Darmstadt-Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel Lesung von Lou Heinrich: rund um Wilhelm Busch“.

Hanau – Sonntag, 19. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Sandelmühle, Philipp Schleißner Weg 2a, Hanau. Gemeinsam sollen Frühlingslieder gesungen werden mit Musikbegleitung von Gerhard Holz. Bringen Sie Freunde und Bekannte mit.

Wiesbaden – Sonnabend, 18. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Heimat, großer Saal, Friedrichstraße 35, Wiesbaden. Thema: „Unsere Heimat im Osten“. Die Teilnehmer erfahren etwas über das derzeitige Geschehen in der Heimat und hören Nachdenkliches und Lustiges von früher und heute. Außerdem werden historische Filmaufnahmen gezeigt. Wer zu diesen Nachmittag etwas beitragen möchte, melde sich bei Dieter Schetat, Telefon (06122) 15358. Zuvor gibt es Kaffee und Kuchen.



MECKLENBURG-VORPOMMERN

Vorsitzender: Manfred F. Schukat, Hirtenstraße 7 a, 17389 Anklam, Telefon (03971) 245688.

Landesgruppe – Alle sind wieder herzlich eingeladen, am Ostpreußischen Sommerfest der deutschen Vereine in Ermland und Masuren teilzunehmen, welches am 25. Juli 2009 im Freilichtmuseum Hohenstein stattfindet. Wie seit 17 Jahren wird dazu von Mecklenburg-Vorpommern eigens eine Busreise nach Osterode vom 20. bis 26. Juli 2009 organisiert. Besichtigungen sind in Elbing, Allenstein, Ortelsburg, Mohrungen, Neidenburg, Osterode und Danzig vorgesehen. In Frauenburg erleben wir ein Orgelkonzert im Dom und besuchen den Gedenkstein für die Opfer der Flucht über das Eis. Mit dem Schiff geht es über das Frische Haff nach Kahlberg und zurück sowie über die fünf Rollberge des Oberländer Kanals. – Außerdem sind für folgende Busreisen 2009 noch Plätze frei: Lötzen-Danzig 24. April bis 1. Mai; Königsberg 20. bis 26. Mai; Riesengebirge 14. bis 21. Juni; Thorn-Posen 29. Juni bis 3. Juli; Krakau-Lemberg-Breslau 8. bis 17. Juli; Königsberg 6. bis 12. August sowie Lötzen-Vilnius-Memel-Osterode 21. August bis 1. September. Auskünfte siehe o.g. Anschrift/Telefon.

Neubrandenburg – Das 14. Landestreffen der Ostpreußen in Mecklenburg-Vorpommern findet am Sonnabend, 3. Oktober 2009, 10 bis 17 Uhr, im Jahn-Sport-Forum, Neubrandenburg statt. Alle Landsleute und Heimatgruppen von nah und fern werden um entsprechende Terminplanung gebeten sowie um zahlreiche Teilnahme und tüchtige Werbung für dieses große Wiedersehen. Wie immer ist für das leibliche Wohl gesorgt und ein schönes Tagesprogramm in Vorbereitung.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Braunschweig – Mittwoch, 22. April, 16 Uhr, Treffen der Gruppe im Stadtparkrestaurant. Fritz Pauluhn hält einen Vortrag: „Ostpreußisches Platt in Mundart und Platt“, mit dem er die Anwesenden in die Heimat zurückführen und Erinnerungen wachrufen sowie wie Unbekanntes zu Gehör bringen wird. – Bei der letzten Veranstaltung hatte die Vorstandswahl folgendes Ergebnis: Vorsitzender Fritz Folger, Vertreter Günter Serafin, Kasse Horst Neumann, Vertreter Werner Stein, Kultur Christel Jaeger, Vertreterin Gudrun Stein, Schriftführerin Monika Bötticher, Vertreterin Gisela v. Negenborn, Beisitzer: Hagen Möring und Frau Schlegel, Kassenprüfer Frau Lerch und Herr Maslo.

Buxtehude – Donnerstag, 23. April, 20 Uhr, Treffen der Gruppe in der Stadtbibliothek, Fischerstraße 2. Ulla Lachauer liest aus ihren Büchern, unter anderem aus „Die Brücke von Tilsit“ und „Als die Deutschen weg waren“. Eintritt 8 Euro, Jugendliche 5 Euro. Kartenvorverkauf: Stadtbibliothek, Telefon (04161) 999060, und im „Allerleibuch“, Torfweg 6, Telefon (04161) 84466.

Göttingen – Die Gruppe fährt am 3. Mai zum Ermländertreffen nach Werl. Die Abfahrt der Gruppe ist für 7 Uhr geplant. Die Rückkehr nach Göttingen soll gegen 18 Uhr erfolgen. Anmeldungen bis zum 19. April, an Werner Erdmann, Telefon (0551) 63675. – Ebenfalls wird wieder eine siebentägige Fahrt vom 23. bis 29. Juli nach Masuren angeboten. Der Preis beträgt 385 Euro (70 Euro EZ-Zuschlag) und umfaßt sechs Übernachtungen mit HP in Hotels der Mittelklasse, eine Fahrt ins Freilichtmuseum Hohenstein zum Treffen des dortigen Deutschen Vereins, eine Rundfahrt in Masuren sowie eine weitere Rundfahrt im Ermland. In den sechs Übernachtungen sind jeweils eine Zwischenübernachtung auf der Hin- und Rückreise enthalten. Schriftliche Anmeldungen bis zum 20. Mai 2009 an Werner Erdmann, Holtenser Landstraße 75, 37079 Göttingen. – Die Gruppe Göttingen kündigt zudem bereits für den 5. September 2009 an, daß der alljährliche Ökumenische Gottesdienst in Friedland wieder stattfinden wird.

Hannover – Sonnabend, 25. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Ihme-Blick“. Horst Potz hält einen Vortrag: „Das deutsch–litauische Verhältnis – Aus der Sicht eines Reisenden“. – Sonnabend, 23. Mai, gemeinsame Fahrt mit den Westpreußen zur Preußenausstellung nach Nienburg und zum Spargelessen. Anschließend ist ein Besuch in Steinhude vorgesehen. Um Anmeldung wird gebeten. Die geplante Fahrt zum Ostpreußenmuseum in Lüneburg wurde verlegt.

Oldenburg – Die neue Dia-Reportage „Westpreußen-Land am Unterlauf der Weichsel“ von der Kulturreferentin für Westpreußen, Magdalena Oxford, und Roland Marske von 2008 stand im Mittelpunkt des Treffens im April. Aufgrund der Ankündigung in der Presse kamen auch viele Interessierte, die nicht regelmäßig teilnehmen, so daß rund 60 Personen den bunten und abwechslungsreichen Diabogen von Thorn entlang der Weichsel über Marienburg und Danzig bis zur Halbinsel Hela genießen konnten. Geschichte und Landschaft, Ereignisse und

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Mit der Heimat und allen ihren familiären Wurzeln im Herzen verstarb



Hedwig Sczesny
geb. Marczinski
∗ 30. März 1916 † 3. April 2009

Es trauern
Erhard und Dagmar, geb. Quas
Ernst-Udo
Enkel und Urenkel

Basaltstraße 7, 26725 Emden

Königsberg/Pr., Piassutten (Ortelsburg), Rundfließ (Lyck), Erztal (Johannisburg), Victorburer Marrsch (Aurich), Oldenburg (Oldbg.)

Paul Grün
∗ 3. 8. 1915 in kl. Baitschen Krs. Gumbinnen
† 8. 4. 2009 in Seelze-Kirchwehren

ist nach einem erfüllten Leben sanft eingeschlafen.

Wir nehmen Abschied
Christa Grün
Hans Joachim und Ursula Grün
Annemarie und Bob Cernicky
Giesela Grün
Christiane und Gerhard Grabowski
Carsten Grün
Enkel, Urenkel und alle Angehörigen

30926 Seelze-Kirchwehren
Lentherstraße 1

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 16. April 2009, um 14 Uhr in der Friedhofskapelle Kirchwehren statt. Anschließend erfolgte die Überführung zur Einäscherung.

Bestattungsinstitut Ahlswe, 30926 Seelze, Telefon (0 51 37) 39 93.

In stiller Trauer nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann, Vater, Schwiegervater und unserem Opa



Dieter Gustmann
∗ 8. Mai 1931 † 4. April 2009

In Liebe und Dankbarkeit
Gisela Gustmann
Karsten und Andrea Gustmann mit Kindern
Tim und Nicole Reymann mit Kindern

Die Beisetzung fand am 9. 4. 2009 auf dem Friedhof Garstedt statt.

Traueranschrift:
Gisela Gustmann, Langer Kamp 110, 22850 Norderstedt



So nimm denn meine Hände
und führe mich.

Meine innigst geliebte Hille, unsere fürsorgliche und liebe Mutti, unsere geliebte Omi und Uromi.
Du bist völlig überraschend und viel zu früh von uns gegangen.

Hildegard Rosin
geb. Lange
∗ 9. August 1920 Trakehnen/Ostpreußen
† 27. März 2009 Duisburg

In Deinem Leben war die Familie immer das Wichtigste.
Wir vermissen Dich sehr und sind unendlich traurig.
Du bist geborgen in unseren Herzen.

Dr. Martin Rosin
Dr. Dietrich und Veronika Rosin
Philip und Bernadette
Almut Greve, geb. Rosin
Dr. Matthias und Inken Creydt mit Finnja und Svea
Dr. Hendrik und Carola Greve
Heike Heier, geb. Rosin mit Max und Jan
Rüdiger und Annette Rosin mit Sophia und Leandro
Dr. Inga Rosin mit Falk und Indra

47051 Duisburg, Claubergstraße 30
Die Beisetzung hat in Duisburg stattgefunden.

Es gibt nichts Tröstlicheres auf Erden,
als einmal wieder zu Erde zu werden.
Susanne Dreß-Bonhoeffer

Unsere geliebte Mutter, Schwiegermutter, Großmutter und Urgroßmutter ist sanft entschlafen

Marie-Elisabeth von Redecker
geb. von Seelhorst
∗ 19. Februar 1912 in Marienburg
† 3. April 2009 in Ascheberg/Holstein

In tiefer Trauer und Dankbarkeit nehmen wir Abschied
Augusta Thürwächter, geb. von Redecker und Anselm Thürwächter
Irene Kirchner, geb. von Redecker
Marlies von Redecker
Friedrich von Redecker
Christian von Redecker und Angela von Redecker, geb. Funke
Susanne von Redecker, geb. Steffen
13 Enkel, 10 Urenkel
und alle Angehörigen

Traueranschrift:
Christian von Redecker, Geesthachter Straße 42, 21483 Neu Gülzow

Die Trauerfeier fand am Donnerstag, dem 9. April 2009, um 12.00 Uhr in der St.-Martins-Kirche zu Raisdorf statt.

Die Beisetzung der Urne in ihrer geliebten Heimat erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt im engsten Familienkreis.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 17

Impressionen mischten sich zu einem bunten Reigen der Heimat, in dem auch viele Ostpreußen Landstriche entdeckten, die sie auf ihren Heimatreisen durchfahren haben. Man gedachte der Osterfeiertage mit einer Osterbastelei zum Naschen und Mitnehmen und begrüßte den Frühling mit bekannten Melodien.

Osnabrück – Freitag, 24. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr, Treffen des Literaturkreises in der Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Landesgruppe – Sonnabend, 25. April, 11 Uhr, Gedenkveranstaltung „65 Jahre Flucht und Vertreibung – 60 Jahre Landsmannschaft Ostpreußen, Landesgruppe NRW“, im GHH, Bismarckstraße 90, Düsseldorf. Der Vorstand der Landesgruppe freut sich, Prof. Dr. W. Stribrny als Festredner gewonnen zu haben. Grußworte sprechen der der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm v. Gottberg, Hans-Günther Parplies und Horst Westkämper (MdL). Klassische Musik des Ensembles La Primavera umrahmt die festliche Veranstaltung.

Aachen – Sonnabend, 18. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im Haus des Deutschen Ostens-Aachen, Saal des Restaurant Franz, Franzstraße 74, gleich am Hauptbahnhof neben dem Marschiertor. Mit viel Spaß und Liedern aus Ostpreußen – gesungen aus vollem Herzen und von dem Chor AixVocalis – werden Sie lachen und schmunzeln können. Natürlich freut man sich über Ihren Besuch und den Ihrer Freunde und Nachbarn. Der Eintritt ist frei.

Bonn – Zehntägige Ostpreußenreise vom 18. bis 27. Juni. Busreise ab Bonn – Köln – Dortmund entlang der B 2. Fahrtkosten: DZ/HP, Versicherung 845 Euro. Eine Reise für ostpreußeninteressierte Menschen mit vielen Höhepunkten. Programm bitte bei Manfred Ruhnau anfordern, Telefon (02241) 311395.

Dortmund – Montag, 20. April, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in den Ostdeutschen Heimatstuben, Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße.

Düren – Freitag, 17. April, 18 Uhr, Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Freitag, 17. April, 18 Uhr, Stammtisch im Restaurant Laurens, Bismarckstraße 62. Neuer Treffpunkt! – Dienstag, 21. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe mit Agnes Neumann und Ursula Schubert, Ostpreußenzimmer 412, GHH. – Mittwoch, 22. April, 19 Uhr, Botschaftsgespräch mit S. E. Dr. Marek Prawda, Botschafter der Republik Polen: „Polen und Deutschland – Partner mit spannungsreicher Vergangenheit“, Konferenzraum (parterre), GHH.

Ennepetal – Donnerstag, 16. April, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube. Es gibt einen Imbiß.

Essen – Freitag, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Stammlokal Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45128 Essen, in der Nähe des RWE-Turmes. Bernhard Kehren referiert über: „Gastarbeiter in der Bundesrepublik – wurden sie angeworben oder hatten die Politik dabei mitgemischt?“. Verwandte, Freunde und Gäste sind herzlich eingeladen. Informationen unter Telefon (0201) 626271.

Gevelsberg – Freitag, 17. April, 16.15 Uhr, Treffen der Gruppe im Vereinslokal Keglerheim, Hagenerstraße 78, Gevelsberg.

Gladbeck – Sonnabend, 18. April, 17 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Gaststätte Reuer, Hegestraße 89. Die Tagesordnung umfaßt: Tätigkeitsbericht, Kassenbericht und Kassenprüfungsbericht. Nach den Regularien wird ein gemeinsames Essen bei geringer Eigenbeteiligung serviert. Hierzu ist eine Anmeldung erforderlich.

Gütersloh – Montag, 20. April, 15 Uhr, Ostpreußischer Singkreis in der Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13. Informationen und Kontakt bei Ursula Witt, Telefon 37343. – Treffen der Mundharmonikagruppe finden nur noch in unregelmäßigen Abständen statt. Informationen und Kontakt bei Bruno Wendig, Telefon 56933. – Donnerstag, 30. April, 21 Uhr, traditioneller „Tanz in den Mai“, es spielt das „Feeling-Trio“. Mitglieder und Gäste sind herzlich willkommen. Karten gibt es nur an der Abendkasse. Nähere Informationen beim Vorsitzenden Eckard Jagalla, Telefon 403872. – Sonntag, 3. Mai, 7.30 Uhr, Fahrt zum Ermländertreffen in Werl. Der Gottesdienst in der Basilika beginnt um 10.15 Uhr. Die Gruppe organisiert eine Busfahrt mit mehreren Zusteigmöglichkeiten. Die Rückfahrt erfolgt gegen 16 Uhr nach der Vesper. Die genauen Abfahrtzeiten sowie Haltestellen erfahren sie bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. Der Fahrpreis beträgt 12 Euro pro Person.

Hagen – Nach dem Motto, wenn man Traditionen nicht pflegt, verblassen die Erinnerungen! Dieses Motto ist oberstes Gebot der Gruppe. Darum seien nur einige der Regionalen Veranstaltungen aufgeführt, die hier durchgeführt wurden. Das waren zum Ende des Jahres das Erntedankfest mit Tombola und Vorträgen „Typisch Ostpreußen“, dann das Wurstessen mit Grützwurst, Sauerkraut und Bauchfleisch, weiterhin der Vorweihnachtsfeier mit dem Weihnachtsmann und kleinen Überraschungen. Dann war auch für alle der Jahresabschluß da. Dabei muß noch erwähnt werden, daß bei jeder monatlichen Versammlung eine Gemütliche Plachanderstunde vorweg ging mit Kaffee und Kuchen. Auch für andere Getränke war natürlich gesorgt. Und zum Abschluß gab es jeweils immer noch die obligatorische Bockwurst. Bei fast allen Versammlungen waren auch Vertreter der Kirchen dabei, zu denen die Gruppe einen guten Draht hat, denn es ist ja immer gut, wenn alles „von oben“ abgesegnet wird. Das neue Jahr begann mit dem üblichen „Winterspaziergang“, so weit es der persönliche Gesundheitszustand zuließ. Ja, und schließlich befindet sich die Gruppe ja in NRW und das heißt Karneval. Für Essen, Trinken und Musik war gesorgt. Leider hat vielfach die Grippe den Mitgliedern die Suppe versalzen. Das machte sich an der Besucherzahl bemerkbar. Aber trotzdem – Spaß hat es doch gemacht. Ein großes Glück für die Gruppe ist es, daß sie eine schöne Heimatstube zur Verfügung hat. Und des Weiteren darf nicht unerwähnt bleiben, daß der Vorsitzende Herbert Gell sich trotz seines fortgeschrittenen Alters mit jugendlichem Elan für die Belange der Landsmannschaft einsetzt. Der Vorstand tut das übrige. Wir hoffen auf ein gutes Jahr 2009.

Köln – Freitag, 24. April, 18.30 Uhr, VIII. Preußische Tafelrunde im Kolpinghotel International, St. Apern- / Helenenstraße 32, Köln. Prof. Dr. Wladimir Gilmanow aus Königsberg hält den Vortrag „Preußen – Vom Ordensstaat zum Königreich“. Musikalisch umrahmt von Peter Riemer (Querflöte) und Frau Brunner (Piano). Essen zur Wahl auf eigene Kosten bitte mit anmelden: Tagessuppe: Kraftbrühe mit Gemüsestreifen, 1. Gemüselasagne mit Tomatensuppe (12,50 Euro), 2. Rinderbraten mit Gemüse und Salzkartoffeln (14,50 Euro), 3. Schweinesteak mit Spargel und Salzkartoffeln (16,50 Euro). Anmeldung bei Taruttis, Telefon (0221) 791616, Fax (0221) 9385576, Montag und Donnerstag (0221) 22126645, Mobil (0177) 5649427.

Neuss – Sonntag, 26. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest mit Tanz, Vorträgen und einer Tombola im Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. – Donnerstag, 30. April, 15 Uhr (Ende gegen 18 Uhr), „Tag der offenen Tür“ mit Kaffee und Kuchen in der Ostdeutschen Heimatstube, Oberstraße 17. – Eine Reise nach Ostpreußen. Die Gruppe Neuss unternimmt dieses Jahr vom 28. Juli bis 6. August eine Busreise nach Ostpreußen mit vielen interessanten Führungen und Besichtigungen. Von Neuss über Stettin, Köslin, Stolp, Danzig, Marienburg, Frische Nehrung, Frauenburg, Allenstein, Lötzen, Thorn. Im Programm bietet man eine Fahrt auf dem Oberland-Kanal, den Rollbergen, dort werden die Schiffe mit Wasserkraft über verschiedene Ebenen gezogen. Auch wird eine Schiffsfahrt auf den masurischen Seen gemacht. Sie erleben die Johannisburger-Heide, in der Sie Natur pur haben. Besichtigen Sie die Marienburg, der größte Backsteinbau Europas, die nach großer Zerstörung originalgetreu wieder aufgebaut wurde. Die Übernachtungen sind in guten polnischen Mitteklassehotels mit Halbpension. Erleben Sie Ostpreußen in seiner ganzen Schönheit. Sicherlich haben Sie schon viele Filme in den Medien über Ostpreußen gesehen, es ist aber kein Vergleich diese Schönheit in natura zu erleben. Auf der gesamten Reise wird großer Wert darauf gelegt, daß es keine Hektik gibt und Sie das reichhaltige Programm in Ruhe erleben und genießen können. Natürlich ist man mit einer deutschsprachigen Reiseleitung unterwegs. Anmeldung: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400, Fax (02131) 7429078.

Wesel – Sonnabend, 18. April, 17 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube Wesel, Kaiserring 4, Wesel. Die Gruppe feiert ihr traditionelles Frühlingsfest mit dem Grützwurstessen. Dazu sind alle Landsleute, Bekannte und Heimatfreunde herzlich eingeladen. Es gibt ein buntes Frühlingsprogramm mit verschiedenen Darbietungen. Informationen bei Kurt Koslowski, Telefon (0281) 64227.

Witten – Donnerstag, 23. April, 15.30 Uhr, Treffen der Gruppe. Es gibt Osterbräuche aus Ost- und Westpreußen sowie Lieder und Gedichte.



RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 2. Mai, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Kaiserslautern.

Mainz – Freitag, 17. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz. – Dienstag, 21. April, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe zur heimatlichen Kaffeestunde im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Donnerstag, 23. April, 12.30 Uhr, Treffen der Gruppe zu einer „Busfahrt ins Blaue“ mit Einkehr. Abfahrt ab Hauptbahnhof Mainz, 12.30 Uhr. Der Fahrpreis beträgt für Mitglieder 10 Euro, Nichtmitglieder 13 Euro. Anmeldung bei Herrn Zachau, Telefon (06146) 5727, oder bei Fam. Freitag, Telefon (06131) 331347. – Freitag, 24. April, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen im Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 25. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26, unter dem Motto: ostpreußischer Humor. Mit kleinen Geschichten und Erlebnissen soll gezeigt werden, daß trotz des nicht leichten Lebensweges den Ostpreußen der Humor erhalten geblieben ist. Eigene Beiträge können mitgebracht und vorgetragen werden. – Die Gruppe dankt den bisherigen Vorstandsmitgliedern Herbert Olschewski und Karl-Heinz Beyer für die engagierte Mitarbeit. Es ist den Mitgliedern der Jahreshauptversammlung gelungen, die freien Plätze im Vorstand neu zu besetzen, dem für die nächsten zwei Jahre angehören: Erster Vorsitzender Manfred Schusziara, Zweiter Vorsitzender Werner Amling, Dritter Vorsitzender Horst Labrenz, Schriftführer Erika Melzer, Kassenwart Otto Waschkowski, Beisitzer: Brigitte Buttgereit, Britta Hiller, Elfriede Schaedler, Dieter Melzer. Kassenprüfer: Karl-Heinz Beyer und Paul Schulzki.



SACHSEN

Vorsitzender: Erwin Kühnappel, Gahlenzer Straße 19, 09569 Oederan, Telefon (037292) 22035, Fax (037292) 21826. (Geschäftsstelle: Telefon und Fax (0371) 5212483, Trützschlerstraße 8, 09117 Chemnitz. Sprechstunden Diens-tag, 9 bis 15 Uhr.

Dresden – Dienstag, 21. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der BdV-Begegnungsstätte, Borsbergstraße 3. Herr Bürgel hält einen Vortrag: „Tiefflieger – Dresden 1945. Augenzeugenberichte – Analyse – Ergebnisse“.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Aschersleben – Mittwoch, 29. April, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im „Bestehornhaus“, Hekknerstraße 6, Aschersleben.

Dessau – Montag, 20. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im „Krötenhof“. Auf dem Programm stehen Osterbräuche. – Montag, 27. April, 14.30 Uhr, Treffen der Singgruppe im Waldweg 14.

Magdeburg – Sonntag, 19. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte SV Post. – Dienstag, 21. April, 15 Uhr, Bowling im

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 19

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ANGERBURG

Kreisvertreter: Kurt-Werner Sadowski. Geschäftsstelle und Archiv: Am Schloßberg 6, 27356 Rotenburg (Wümme), Telefon (04261) 8014.

Kreistagsmitglied Dieter Gustmann verstorben – Völlig unerwartet ist am 4. April 2009 das Mitglied unseres Kreistages Dieter Gustmann im Alter von 77 Jahren verstorben. Er wurde in Hochsee im Kreis Angerburg geboren und gehörte seit dem Jahr 2001 dem Kreistag unserer Kreisgemeinschaft an. Auch für die im Herbst 2009 beginnende neue Amtszeit hatte er sich erneut zur Verfügung gestellt. Mit seiner Dorfgemeinschaft fühlte er sich besonders verbunden. So hat er sich für den Erhalt des Friedhofes in Hochsee eingesetzt sowie viele Dorftreffen im Rahmen der Angerburger Tage in Rotenburg (Wümme) organisiert und gestaltet. Mit viel Fleiß und getragen von der Liebe zu seinem Heimatdorf Hochsee hat Dieter Gustmann Dokumente, Berichte und Erlebnisse sowie Fotografien in einer Chronik „Hochsee ein Dorf in Masuren“ 1997 zusammengetragen. Die Geschichte Ostpreußens und das Schulwesen in Hochsee, einem Dorf mit 193 Einwohnern im Jahr 1939, wurden in die Dorfchronik eingearbeitet. Außerdem verdanken wir Dieter Gustmann umfangreiches Filmmaterial von seinen vielen Reisen in die Heimat. Immer stellte er sich zur Verfügung, wenn jemand gebraucht wurde. Dieser vorbildliche Einsatz für Angerburg und Ostpreußen wurde mit der Verleihung des „Silbernen Ehrenzeichens der Landsmannschaft Ostpreußen“ am 10. September 2005 in der Sitzung des Kreistages unserer Kreisgemeinschaft in Rotenburg (Wümme) gewürdigt. Dieter Gustmann hinterläßt in unserer Kreisgemeinschaft eine große Lücke, die nur schwer zu schließen sein wird. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie. Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.



FISCHHAUSEN

Kreisvertreter: Wolfgang Sopha, Geschäftsstelle: Fahltskamp 30, 25421 Pinneberg, Telefon (04101) 22037 (Di. und Mi., 9 bis 12 Uhr, Do. 14 bis 17 Uhr), Postfach 17 32, 25407 Pinneberg, E-Mail: Geschaeftsstelle@kreis-fischhausen.de

Seestadt Pillau – Im Rahmen der von der Heimatgemeinschaft Seestadt Pillau jährlich angebotenen Hans-Parlow-Vorträge spricht Dr. Eckard Schlemminger am 18. April, 17 Uhr, im Eckernförder Stadthallenrestaurant zum Thema: „Salzburger Emigration 1731/1732 und die Ansiedlung der Salzburger in Ostpreußen“. Der Eintritt ist frei.



INSTERBURG

Kreisvertreter Stadt: Reiner Buslaps, Weingartenstr. 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Tel.: (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de. Land: Siegfried Beckerat, Schulstr. 4 b, 21465 Reinbeck, Tel.: (040) 7278228, Fax: (040) 71001752, E-Mail: rus.beckerat@t-online.de. Kreisgemeinschaften Insterburg Stadt & Land e.V., Am Marktplatz 10, 47829 Krefeld, Postfach 111 208, 47813 Krefeld, Tel.: (02151) 48991, Fax (02151) 491141, E-Mail: info@insterburger.de, Internet: www.insterburger.de, Bürozeiten: Montag – Freitag von 8 bis 12 Uhr.

Busreise nach Insterburg 2009 / Reise der Heimatgruppe Darmstadt nach Insterburg 2009 – Für unsere Busreise 2009 wollen wir Ihnen unser neu gestaltetes Programm vorstellen. Fahren Sie mit uns vom 1. bis 12. September 2009 – zwölf Tage/elf Übernachtungen/HP/DZ nach Insterburg und erleben Sie dort am 5/6. September das alljährlich stattfindende Stadtfest und feiern Sie dieses Fest zusammen mit uns und mit den heutigen Bewohnern von Insterburg (Tschernjachowsk). Anläßlich des Stadtfestes wird zum Gedenken an den 80. Todestag der ostpreußischen Dichterin und Ehrenbürgerin von Insterburg, Frieda Jung, im Rahmen einer Feierstunde an ihrem ehemaligen Wohnhaus in der früheren Friedrichstraße in Insterburg, eine Gedenktafel angebracht. Während des Stadtfestes findet auch das Internationale Reitturnier auf dem Gestüt Georgenburg statt. Pferdebegeisterte kommen dort bestimmt auf ihre Kosten. Von Darmstadt über die BAB 5/7 nach Kassel und Braunschweig, über die BAB 2 nach Magdeburg, Berlin und zu den vereinbarten Zustiegsmöglichkeiten an den Autobahn-Raststätten. Weiter nach Schneidemühl und direkt nach Insterburg. Übernachtungen in: Schneidemühl (1), Insterburg (9), Schneidemühl (1). Ausflüge unter anderem nach Königsberg, Gumbinnen und an den russisch verwalteten Teil der Kurischen Nehrung, Vogelflugwarte Rossitten, sind während des Aufenthaltes in Insterburg vorgesehen. Die Unterbringung erfolgt in guten bis sehr guten Hotels im DZ mit Bad oder Dusche/WC. Für die Busreise steht ein komfortabler Fernreisebus mit gastronomischer Betreuung für unterwegs zur Verfügung. Mindestreiseteilnehmer: 25 Personen. Anmeldeschluß: 1. Juli 2009. Ein Reisepaß und Visum sind erforderlich. Der Reisepaß muß noch mindestens sechs Monate über das Reiseende hinaus gültig sein. Weitere Auskünfte und Informationen erhalten Sie bei der Heimatgruppe Darmstadt. Reiner Buslaps, Weingartenstraße 4, 35510 Butzbach-Kirch-Göns, Telefon (06033) 66228, Fax (06033) 974450, E-Mail: R.Buslaps@t-online.de, oder Jürgen Pantel, Sudetenstraße 6, 63329 Egelsbach, Telefon (06103) 42744, Fax (06103) 486884.



KÖNIGSBERG–STADT

Stadtvorsitzender: Klaus Weigelt. Patenschaftsbüro: Karmelplatz 5, 47049 Duisburg, Telefon (0203) 2832151.

Interessante Veranstaltungen – Wir weisen alle Landsleute auf folgende Veranstaltungen des Museums Stadt Königsberg in Duisburg hin und laden herzlich zu einem Besuch nach Duisburg ein. Gruppenbesuchen sind wir bei der Planung behilflich. Eingang: Kultur- und Stadthistorisches Museum Duisburg, Johannes-Corputius-Platz 1. Kant-Gedenken am Freitag, 24. Juni 2009, Kanttafel am Duisburger Rathaus, 18 Uhr, Gedenkworte L. Grimoni. Vortragsraum des Museums, Eingang Karmelplatz 5, 18.30 Uhr, Oberstudiendirektor Herbert Braß: „Das Kant-Laplace-Gesetz – ein Beitrag zum Jahr der Astronomie“. Bitte beachten Sie auch folgende Ausstellungen: Wechsel-Ausstellung: „Der Maler Erich Gindler“ bis zum 29. Mai 2009. Wechsel-Ausstellung: „Königsberg/Kaliningrad in den Jahren 1945–1948“, vom 31. Mai bis zum 6. September 2009. Zu dieser Ausstellung gehören Exponate des Museums für Geschichte und Kunst Kaliningrad/Königsberg. Große Ausstellung: „Königsberger Musikleben“, vom 25. September (Eröffnung) bis zum 31. März 2010. Große Ausstellung: „Kant, der Europäer“ im Rahmen der Europäischen Kulturhauptstadt „Ruhr“, vom 24. April 2010 (Eröffnung) bis zum 31. Dezember 2010. In der Zeit vom 6. September bis zum 25. September und vom 1. April bis zum 24. April 2010 bleibt das Museum geschlossen, um die großen Ausstellungen zum Musikleben und zu Kant abbeziehungsweise aufzubauen. Öffnungszeiten des Museums: Dienstag bis Donnerstag und Sonnabend: 9 bis 17 Uhr, Freitag 9 bis 14 Uhr, Sonntag 10 bis 18 Uhr.

Vorschau: Freitag/Sonnabend, 25./26. September 2009 Jubiläumsveranstaltung: „60 Jahre Stadtgemeinschaft Königsberg (Pr)“. Freitag: Eröffnung der Ausstellung „Königsberger Musikleben“. Sonnabend: Festveranstaltung im Duisburger Rathaus und Neuwahlen zur Königsberger Stadtvertretung. Bitte merken Sie sich diese große Veranstaltung in Ihrem Terminkalender vor! Weitere Hinweise zu dieser Veranstaltung finden Sie im neuen „Königsberger Bürgerbrief“, der Ende Mai erscheinen wird.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, Agnes-Miegel-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Neue Ortsvertreter – Der Kreisausschuß der Kreisgemeinschaft Lyck, der in Bad Pyrmont tagte, hatte folgende Ortsvertreter gewählt. **014 Boborn**, Alfons Rattay, An der Egge 1, 49191 Belm, Telefon (05406) 3227. **025 Eichensee und 145 Schelasken**, Günter Dziobaka, Peddenbrink 111, 44339 Dortmund, Telefon (0231) 8824913. **050 Hellmahnen und 062 Kiefernheide**, Hans Vogel (Lindenfließ), Am Hasenberge 10, 22335 Hamburg, Telefon (040) 592432. **059 Kechlersdorf**, Fritz Olschewski (Kielen), Wittener Str. 43, 58285 Gevelsberg, Telefon (02332) 14092. **112 Reiffenrode**, Pater Eduard Prawdzik, P.O. Box 79, 14-500 Braniewo/Polen, Telefon 007 (40159) 34295. **158 Waltershöhe**, Kurt Willutzki (Lübeckfelde), Mühlenwinkelsweg 22, 47239 Duisburg, Telefon (02151) 155131.



NEIDENBURG

Kreisvertreter: Jürgen Szepanek, Nachtigallenweg 43, 46459 Rees-Haldern, Tel. / Fax (02850) 1017.

Klaus Zehe 75 Jahre – Der eherm. Kreisvertreter unserer Kreisgemeinschaft Klaus Zehe vollendet am 18. April sein 75. Lebensjahr. Als Sohn des Rittergutsbesitzers Karl Zehe aus Dietrichsdorf im Kreis Neidenburg und seiner Ehefrau Ruth-Felicitas geb. Wagner, wurde er am 18. April 1934 in Allenstein geboren. Vater Karl Zehe war mit seiner Schafzucht weit über die Grenzen der Provinz Ostpreußen hinaus bekannt. Der Großvater mütterlicherseits, Oberst Siegfried Wagner, ist im Zusammenhang mit dem 20. Juli 1944 ums Leben gekommen. Nach Besuch der Volksschule in Dietrichsdorf und Neidenburg, ein paar Monate auch noch die Oberschule in Neidenburg, folgte die Vertreibung aus der Heimat. In Iburg im Teutoburger Wald bestand er 1955 das Abitur und studierte anschließend in Clausthal-Zellerfeld im Harz. Ohne den Krieg wäre er sicher entsprechend der Familientradition Landwirt geworden, nun aber wurde er Diplomingenieur der Eisenhüttenkunde. Nach dem Studium war er in mehreren Stahlunternehmen als Führungskraft bis zum Übergang in den Ruhestand tätig. Seit 1964 ist Klaus Zehe mit Helma von Deutsch verheiratet, die aus Stettin stammt und über Generationen familiär mit Ostpreußen verbunden ist. Der Ehe entstammen zwei Kinder und ein Enkelsohn. Nach dem plötzlichen Tod unseres langjährigen Kreisvertreters Wolf-Joachim Bekker erklärte sich Landsmann Zehe kurzfristig bereit, die Nachfolge zu übernehmen und war somit von 1990 bis 1994 im Amt. Er war nach der Wende die Person, die mit Albert Wylegowski die „Neidenburger Gesellschaft der Deutschen Minderheit“ aus der Taufe gehoben hat. Des Weiteren hat er unter andrem unsere Kreisgemeinschaft in „Sachen Computer“ ein ordentliches Stück voran gebracht. Seit vielen Jahren lebt der Jubilar in Dillenburg in Hessen und genießt mit seiner Gattin, nicht ohne viele gemeinsame interessante Reisen, seinen wohlverdienten Ruhestand. Die Kreisgemeinschaft Neidenburg wünscht dem Ehepaar Zehe für die Zukunft alles Gute.

PREUSSISCH EYLAU

www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999880, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Letzter Aufruf zur Busreise im Juni – Für die Busreise in den Kreis Pr. Eylau vom 10. bis 19. Juni sind noch Plätze frei. Fordern Sie bitte jetzt die Unterlagen („Ostpreußenreise Gruppe Hecht“) direkt bei Busche-Reisen, Telefon (05074) 924910, an, damit Sie sich bis zum 20. April 2009 verbindlich anmelden können. Die Reise bietet viel: Teilnahme am Stadtfest in Landsberg, Einweihung des Gedenksteins für die Kriegstoten in Pr. Eylau, zehnjähriges Bestehen der evangelisch-lutherischen Kirchengemeinde in Mühlhausen, viel Zeit zur eigenen Disposition, Königsberg, Kurische Nehrung, Samland, Pillau. Kosten pro Person im DZ ab 30 Teilnehmern: 750 Euro, zuzüglich Visum. Weitere Auskünfte: Robert Hecht, Telefon (05822) 947595.



RASTENBURG

Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Tel. (04381) 4366, Dorfstr. 22, 24327 Flehm. Gst.: Patenschaft Rastenburg: Kaiserring 4, 46483 Wesel, Tel. (0281) 26950.

Ergebnis der 2009 durchgeführten Wahlen der Kreisgemeinschaft Rastenburg – Der Wahlausschuß gibt bekannt, daß die in diesem Jahr durchgeführten Wahlen abgeschlossen sind. Es wurden gewählt: die Ortsvertreter, die Bezirksvertreter als Mitglieder des Kreistages und der Kreisausschuß. Der Aufruf zur Wahl der Orts- und Bezirksvertreter erfolgte in Folge 5 des *Ostpreußenblattes* vom 31. Januar 2009. Die Kreisausschußwahlen wurden im März in einem gesonderten Wahlgang satzungsgemäß schriftlich mit Stimmzetteln geheim durchgeführt. Alle Kreisausschußmitglieder erklärten schriftlich, daß sie das Mandat annehmen. **Dem neuen Kreisausschuß gehören an**: Kreisvertreter: Hubertus Hilgendorff, Stellvertreter: Günther Klein, Beiräte: Edith Kaes, Karin zu Knyphausen Ursula Paehr, Hermann Paehr, Kurt Windt und Alfred Zachau. **Als Bezirks- und Ortsvertreter wurden gewählt: Bezirk Rastenburg Stadt**: Stadtvertreter: Grabowski Lothar, Bezirksvertreter: Domnick Ema, Kummer Marliese, Korff Dorothea, Grabowski Lothar, Gritzki Knut, Krawolitzki Frank. **Bezirk Rastenburg Land**: Bezirksvertreter: Domnick Siegfried; Ortsvertreter: Groß Galbuhnen: Hoffmeister Irmgard; Groß Neuhof: Grossmann Heinz, Bürgersdorf: z. Zt. kein Kandidat; Krausendorf: Trojan Heinz; Muhlak, Groß Köskeim, Weischnuren, Weitzdorf, Neuendorf, Kotittlack: z. Zt. kein Kandidat. **Kirchspiel Bäslack**: Bezirksvertreter: Kaes Edith; Ortsvertreter: Bäslack: Kaes Edith; Pötschendorf: Staschko Christa; Pülz, Spiegels, Widrinnen: Gingter Margarete; Scharfs: Behrend Bruno; Wilkendorf, Laxdoyen, Pragenau: Bludau Maria. **Kirchspiel Barten**: Bezirksvertreter: Windt Kurt; Ortsvertreter: Barten: Schumacher Gerda ; Baumgarten: Kazperowski Bernd; Freudenberg: Behrendt Hildegard; Jankenwal-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Hörfunk & Fernsehen

Freitag, 17. April, 20.15 Uhr, NDR: Trümmer, Swing und Schwarzmarkt – Hamburg zwischen 1945 und 1949.
Sonnabend, 18. April, 14.05 Uhr, NDR: Neue Heimat Ostpreußen – Rußlanddeutsche in Kaliningrad.
Sonnabend, 18. April, 18:05 Uhr, Arte: Absurdistan in Turkmenistan.
Sonntag, 19. April, 5.30 Uhr, 3sat: Terra Baltica – Thementag: Lettland, Estland und Litauen.
Sonntag, 19. April, 13.45 Uhr, 3sat: Auf der Kurischen Nehrung.
Sonntag, 19. April, 15.15 Uhr, 3sat: mare TV – Estlands Inseln.
Sonntag, 19. April, 16 Uhr, 3sat: Königsberg – Ferne, fremde Heimat.
Sonntag, 19. April, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.
Sonntag, 19. April, 23.35 Uhr, ZDF: ZDF-History – Warum starben über 7000 deutsche Kinder in dänischen Lagern?
Montag, 20. April, 22.05 Uhr, N24: Auf der Jagd nach Osama bin Laden.
Montag, 20. April, 22.45 Uhr, Bayern: Auf schmalem Grat – Der steile Weg des Luis Trenker.
Dienstag, 21. April, 21 Uhr, Arte: Menschenrechte, ein ewiger Kampf.
Dienstag, 21. April, 22.05 Uhr, MDR: Damals in Ostpreußen.
Mittwoch, 22. April, 23.30 Uhr, ARD: Bonner Republik (1/2).
Donnerstag, 23. April, 20.15 Uhr, Phoenix: Seine Majestät Wilhelm II. – Herrliche Zeiten (1/2).
Donnerstag, 23. April, 21 Uhr, Phoenix: Seine Majestät Wilhelm II. – Gott mit uns (2/2).

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 18

Lemsdorfer Weg. – Freitag, 24. April, 16 Uhr, Singproben im „TuS Neustadt“. – Dienstag, 28. April, 13.30 Uhr, Treffen der „Stickerchen“ in der Immermannstraße 19.

Schönebeck – Mittwoch, 22. April, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Frühlingsfest im „Haus Luise“, Moskauer Straße 23, Schönebeck, beim Behindertenverband. Die Veranstaltung geht bis etwas 18 Uhr, deshalb wird ein kleiner Imbiß geboten. Alle Mitglieder und Angehörige sind herzlich eingeladen.

Stendal – Vom 6. bis 16. Juli plant Dr. Lange eine Reise in die Heimat (von Masuren bis ins Baltikum). Der Reisepreis beträgt rund 1100 Euro pro Person bei HP/DZ. Anmeldungen und nähere Informationen bei Dr. Lange, Telefon (039322) 3760.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 553811, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Mölln – Mittwoch, 22. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Quellenhof“. Der LAB-Singkreis wird mit einem umfangreichen Programm auftreten. Unter der Leitung von Rita Küster werden Frühlingslieder im Wechsel mit Gedichten und Geschichten vorgetragen. Bei bekannten Liedern kann gemeinsam gesungen werden. Außerdem soll an diesem Nachmittag auch die Unterhaltung mit Bekannten nicht zu kurz kommen. dazu sind auch die Landsleute aus Pommern, Danzig, Schlesien und Mölln sehr herzlich eingeladen.

Schönwalde am Bungsberg – Freitag, 24. April, 19 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung im Landhaus Schönwalde. Auf der Tagesordnung steht: Eröffnung und Begrüßung, Darbietung und Aufführung, Bericht des Vorsitzenden, Bericht der Kassenwartin, Bericht der Kassenprüfer und Entlastung, Entlastung des Vorstandes, Grußworte der Gäste, Verschiedenes. Wie alljährlich soll an diesem Abend ein Königsberger Klopse-Essen serviert werden. Kostenbeitrag 8 Euro. Anmeldungen bis zum 21. April beim Ersten Vorsitzenden Hans-Alfred Plötner, Telefon (04528) 495, oder dem Zweiten Vorsitzenden Ulrich Schrank, Telefon (04528) 9901.

Pinneberg – Sonnabend, 18. April, 15 Uhr, im VfL-Heim, Fahltskamp 53, Pinneberg. Bernhard Lehnert hält einen Vortrag über Ostpreußen.

Uetersen – Freitag, 17. April, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Uetserst End“. Dr. Manuel Ruoff hält einen Vortrag über die „Volksabstimmung in Masuren 1920“.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

de: Pawlowski Lore; Dombehnen: Plaumann Dr. Siegfried; Meistersfelde, Sansgarben: z. Zt. kein Kandidat; Sausgörken, Skandlack: Rohlfing Renate; Taberwiese: Vogel Dr. Regina. **Kirchspiel Dönhofstädt**: Bezirksvertreter: Kuhnke Horst; Ortsvertreter: Dönhofstädt, Gr. Wolfsdorf, Kl. Wolfsdorf, Krimlack: Kemper Helga; Plehnen: Neumann Dorothea; Modgarben: Lambrecht Horst; Kamplack: Jonialis Walter. **Kirchspiel Drengfurth**: Bezirksvertreter: Bendzuck Alfred; Ortsvertreter: Drengfurt: Bendzuck Alfred; Fürstenau: Behling Christel; Jäglack: Schmidt Rudi; Marienthai: Heise Elli; Salzbach, Schülzen: Schawohl Kurt; Wolfshagen: Schiller Albert. **Kirchspiel Korschen**: Bezirksvertreter: Perzel Peter; Ortsvertreter: Korschen: Perzel Peter; Preuhs Helmut. **Kirchspiel Leunenburg**: Bezirksvertreter: Pehl Kurt; Ortsvertreter: Gelbsch, Karschau: Herbergs Ema; Kaltwangen: Donning Ingeborg; Leunenburg: Pehl Kurt; Schlömpen, Schrankheim, Wormen: Zachau Alfred. **Kirchspiel Lamgarben**: Bezirksvertreter: Link Winfried; Ortsvertreter: Bannaskeim, Godocken, Lamgarben: Link Winfried; Borschehnen, Podlacken: Weiss Helmuth. **Kirchspiel Langheim**: Bezirksvertreter: Franken Waltraud; Ortsvertreter: Glaubitten, Kremitten, Gudnick, Lablack: z. Zt. kein Kandidat; Langheim: Scheiba Minna; Sußnick: Landini Helga; Wendehnen, Zandersdorf: z. Zt. kein Kandidat. **Kirchspiel Paaris**: Bezirksvertreter: Neumann Dorothea; Ortsvertreter: Paaris, Seeligenfeld, Gr. Winkeldorf: Roggatz Elisabeth. **Kirchspiel Schönfließ**: Bezirksvertreter: Paehr Ursula; Ortsvertreter: Babziens, Schönfließ, Tolksdorf: Schlemmert Alice. **Kirchspiel Schwarzstein**: Bezirksvertreter: Gawrisch Gerhard; Ortsvertreter: Blaustein, Neu Rosenthal: z. Zt. kein Kandidat; Partsch: May Dietrich; Pohiebels, Schwarzstein: Dietrich Gertrud. **Kirchspiel Wenden**: Bezirksvertreter: Klein Günther; Ortsvertreter: Kemlack: Brückmann Erich; Stettenbruch: Klein Günther; Wehlack: Hilgendorff Hubertus; Wenden: Siegmann Lieselotte; Elisenthal: Klein Günther; Platlack, Hermannshof: z. Zt. kein Kandidat. Der Wahlausschuß: Christel Klein, Knut Gritzki.

Zum 16. Drengfurter Kirchspieltreffen – Stadt Drengfurt mit den umliegenden Gemeinden Jäglack, Wolfshagen, Marienthal, Schülzen, Salzbach, Fürstenau und teilweise Rehsau und Servillen mit den umliegenden Gütern und Einzelgehöften lade ich herzlich ein und bitte um rege Teilnahme. Es ist vielleicht unser letztes Großtreffen. Wir treffen uns wieder in Rieckmanns Gasthaus, Hotel „Zur grünen Eiche“ in Behringen, Mühlenstraße 6, 29646 Bispingen, Telefon (05194) 98580, vom 11. (Anreisetag) bis 14. Mai 2008 (Abreisetag). Das Hotel ist über die BAB leicht erreichbar, Anreise im Hotel bis 17 Uhr. Eine Anmeldeliste für rechtzeitige telefonische Buchung liegt im Hotel aus. Das Ehepaar Krüger und seine fleißigen Mitarbeiter sind unsere Ansprechpartner. Eine frühere Anreise ist auch möglich (Urlaub). Bei Absprache untereinander können die DB-Anreisenden vom Bahnhof Soltau mit unseren Pkws abgeholt werden. Der Halbpensionspreis beträgt 55 Euro in allen Hotelräumen einschließlich der beiden behindertengerechten Appartements je Person pro Tag (Telefon, Bad, TV) inklusive des Festessens am Dienstag (18 Uhr). Unser 16. Treffen in Behringen dient erneut dem heimatlichen Erfahrungsaustausch und sollte vielfältig bereichert werden. Ich bitte um rege Beteiligung unserer Erlebnisgeneration und der Nachgeborenen und um rechtzeitige Anmeldung. Heimatliche Kurzbeiträge von unseren Teilnehmern sind erbeten, auch weitere Überlegungen bezüglich Aufrechterhaltung unserer Treffen. Weitere Auskünfte erhalten Sie gerne beim Vertreter des Kirchspiels Drengfurt, Alfred Bendzuck, Chemnitzstraße 47 a, 24837 Schleswig, Telefon (04621) 24927. Mein Wunsch ist, daß unsere Erlebnisgeneration, vielleicht zum letzten Mal, noch einmal mit ihren Familien teilnehmen und Eigen- und Erlebnisbeiträge aus der Heimat zur Ergänzung der schon weit fortgeschrittenen Stadtchronik Drengfurt beiträgt, das durch die Fleißarbeit von Karl Weiß in den letzten Jahren erarbeitet wurde.



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Ulrich Depkat, Gartenstraße 21, 26180 Rastede, Telefon (04402) 695727, Geschäftsstelle: Diedrichstraße 2, 24143 Kiel, Telefon und Fax (0431) 77723, E-Mail: Kiellinies9@gmx.de.

Tilsiter-Treffen – Das nächste Treffen wird gemeinsam mit den Kreisgemeinschaften Tilsit-Ragnit und Elchniederung durchgeführt. Es findet am Sonnabend, dem 25. April 2009, in Magdeburg statt. Austragungsstätte ist das AMO-Haus, Erich-Weinert-Straße 27. Dazu sind alle Tilsiter herzlich eingeladen. Einlaß: 9 Uhr. Nach der Begrüßung durch die Vorsitzenden Ulrich Depkat (Tilsit), Hartmut Preuß (Tilsit-Ragnit) und Manfred Romeike (Elchniederung) gibt es eine Totenehrung und das geistliche Wort. Mit einem reichhaltigen Programm wird der Ostpreußen-Singkreis Magdeburg die Anwesenden erfreuen. Die Tische sind ausgeschildert, damit sich Stadt- und Kreisgemeinschaften, Kirchspiele und Schulgemeinschaften zum ausgiebigen Plachandern zusammenfinden können. Das Ende ist gegen 17 Uhr vorgesehen. Laßt uns die Gelegenheit zum Wiedersehen und zur Begegnung mit Landsleuten nutzen, solange es noch möglich ist. Wir wollen zeigen, daß Tilsit lebt!



TILSIT-RAGNIT

Kreisvertreter: Hartmut Preuß, Hordenbachstraße 9, 42369 Wuppertal, Telefon (0202) 4600234, Fax (0202) 4966981. Geschäftsstelle: Eva Lüders, Telefon/Fax (04342) 5335, Kührenerstraße 1 b, 24211 Preetz.

Regionaltreffen – Die Kreisgemeinschaft führt gemeinsam mit der Stadtgemeinschaft Tilsit und der Kreisgemeinschaft Elchniederung ein Regionaltreffen am Sonnabend, 25. April, in Magdeburg durch. Die Veranstaltung findet im AMO-Haus, Erich-Weinert-Straße 27, statt. Einlaß ist um 9 Uhr. Nach der Begrüßung durch Kreisvertreter Hartmut Preuß und die anderen Kreisvertreter gibt es eine Totenehrung und das geistliche Wort. Der Ostpreußen-Singkreis Magdeburg wird die Anwesenden mit einem reichhaltigen Programm erfreuen. Für das gemütliche Beisammensein sind die Tische für die einzelnen Kirchspiele ausgeschildert. Ende ist für 17 Uhr vorgesehen. Bahnreisende fahren vom Hauptbahnhof mit der Straßenbahnlinie 3 bis Hasselbachplatz, dort weiter mit der Linie 2 in Richtung Westerhüsen bis Haltestelle AMO Steubenallee. Pkw-Reisende aus Richtung Nord (A 2 ab Abfahrt Magdeburg Zentrum oder B 71 oder B 189) fahren über den Magdeburger Ring bis zur Abfahrt „Zentrum Süd, Sudenburg, Buckau“, Links einordnen in die Straße Am Fuchsberg, der Ausschilderung „AMO“ folgen. Aus Richtung Süd (A 14 Abfahrt Sudenburg, Zentrum, B 71, B 81) über den Magdeburger Ring bis zur Abfahrt „Zentrum Süd, Sudenburg, Buckau“ und geradeaus einordnen in die Straße Am Fuchsberg, der Ausschilderung „AMO“ folgen.

Die Seiten der »Heimatarbeit« finden Sie auch im Internet-Archiv unter www.preussische-allgemeine.de



WEHLAU

Kreisvertreter: Hans Schlender, Telefon (040) 20976735, Fax (040) 20973080, Berliner Allee 29 22850 Norderstedt, E-Mail: hans.schlender@free-net.de.

Wer fährt mit uns nach Ostpreußen? Es sind noch wenige Plätze frei! Reise der Kreisgemeinschaft Wehlau 2009 nach Ostpreußen und in den Kreis Wehlau – Die Reise führt über Kolberg und Danzig nach Königsberg. Auf der Rückfahrt fahren wir über Nidden auf der Kurischen Nehrung nach Memel und von Memel aus mit der Fähre über die Ostsee zurück nach Kiel. Termin: 13. Juni bis 22. Juni 2009, 10 Tage, 9 Übernachtungen, 8 Hotelübernachtungen, 1 Übernachtung auf der Fähre Memel-Kiel. Visumbeschaffung, Halbpension in den Hotels, Essen auf der Fähre ist nicht im Preis enthalten. Reiseprogramm: 13. Juni: Abfahrt 9 Uhr Hannover oder Hamburg. Zwischenhalte sind abhängig von der Anzahl der jeweils zusteigenden Fahrgäste. Fahrt über den Grenzübergang Pomellen nach Kolberg, Übernachtung im Hotel New Skanpol in der Innenstadt von Kolberg. 14. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt nach Danzig. Übernachtung im Hotel Novotel in der Innenstadt von Danzig. Für interessierte Mitreisende kann eine Stadtführung vermittelt werden. Zeit für einen ausgiebigen Altstadtbummel. 15. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt über Heiligenbeil nach Königsberg ins Hotel Kaliningrad. Wenn die Zeit es erlaubt, soll eine Stadtrundfahrt erste Eindrücke über Ostpreußens Hauptstadt vermitteln. 16. Juni: Stadtrundfahrt (sofern nicht am Vortag erfolgt) mit Aufzeigen von Besichtigungsmöglichkeiten. Ausflugsfahrt nach Palmnicken mit Besuch einer Bernsteinmanufaktur, mehrere Stunden Aufenthalt im Seebad Rauschen. Rückfahrt über den deutsch/russischen Soldatenfriedhof Germau. Übernachtung im Hotel Kaliningrad. 17. Juni: Ausflug in den Kreis Wehlau nach Tapiau und Wehlau. Bei Bedarf auch in andere Orte, so weit es die Zeit und Straßenverhältnisse erlauben. Hilfe bei der Beschaffung von Fahrmöglichkeiten für Einzelfahrten. Übernachtung im Hotel Kaliningrad. 18. Juni: Tag zur freien Verfügung. Organisation einer Stadtführung möglich. Beratung über individuelle Besichtigungen, Hilfe bei der Beschaffung von Fahrmöglichkeiten für eigene Ausflugsfahrten. Übernachtung im Hotel Kaliningrad. 19. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt zur Kurischen Nehrung mit einem Kurzbesuch im Seebad Cranz. Fahrt durch Sarkau und Rossitten auf dem russisch verwalteten Teil der Kurischen Nehrung zum Grenzübergang Nidden im litauischen Teil. Bei allgemeinem Interesse können das Nehrungsmuseum und die Vogelwarte besichtigt werden. Abendspaziergang in Nidden. Übernachtung in Nidden im Hotel Jurate. 20. Juni: Besichtigungen auf der Kurischen Nehrung in Nidden und Schwarzort (zum Beispiel Große Düne, Thomas-Mann-Haus, Hexen-Berg). Gelegenheit zum Baden. Übernachtung in Nidden im Hotel Jurate. 21. Juni: Nach dem Frühstück Fahrt über das „Memeler Tief“ nach Memel. Stadtbesichtigung und Stadtrundfahrt in Memel. Fahrt zum Hafen zur Fähre nach Kiel. Übernachtung auf der „MS Gloria“. Auf der Fähre muß die Verpflegung extra bezahlt werden. 22. Juni: Nach der Ankunft in Kiel Fahrt über Hamburg nach Hannover, Aussteigorte wie auf der Hinfahrt. Programmänderungen sind möglich. Reisepreis pro Person im DZ (bei mindestens 40 Mitreisenden) 995 Euro, EZ-Zuschlag (8 Hotelübernachtungen) 180 Euro, Einzelkabinenzuschlag (1 Übernachtung) 174 Euro. Weitere Informationen über die Reise erteilt Gerd Gohlke, Syker Straße 26, 27211 Bassum, Telefon (04241) 5586, E-Mail: gerd.gohlke@t-online.de.

---

den Inhalt entnehmen; die erste Frau (A.T.); senkrechte Gerade; brasilianische Fußballlegende; aufgeregt, reizbar; Luftklappe bei Kfz-Motoren; Wandmalerei; Stoffart; dicker Pflanzenstängel; deutscher Maler (Franz); Moderichtung (englisch); Schiffsbesitzer, Reeder; aufgebrühtes Heißgetränk; Teil der mechanischen Uhr; Vorsilbe: gegen (griech.); Greifvogelnest; Unterweisung; Zaun; Reithindernis; Geliebte des Zeus; Standortbestimmer (Schiff); selten, knapp; Belästigung, anhaltende Qual (ugs.); Stadt in Belgien; redlich; angesehen; griechische Insel; Summe der Lebensjahre; Spaßmacherei, Albernheit; Kunststil; Fluss zur Aller (Oberharz); Ansammlung kleiner runder Steine; Werkzeugform (Kzw.); Schreibflüssigkeit; Fruchtbonbons; ein Balte; Kauf, Anschaffung; Kartenspiel; engl. Fantasy-Autor (J.R.R.); Feinmechaniker; Zahnerkrankung; asiatischer Halbesel; Meeresraubfisch; Gegenpunkt des Zenits; Schlechtwetterzone; griech.-römischer Gott; Kostenpunkt; Begleitmannschaft; Gebirge in Marokko; Gebälkträger (Baukunst); Hauptstadt von Kanada; Rinderfett; unwirklich; ein Singvogel; Küchengerät, Raspel; Trinkgefäß; Schulter; Nachtlager für Verheiratete; Strauchfrucht; positives Ergebnis; zarte, anmutige Märchengestalt; graugelbes Pferd; Schneidewerkzeug mit Zähnen; Unwille, Verdrossenheit; Ausflug zu Pferde; jap. Hafenstadt; Sportwette; Stadt in Pakistan; Aktensammlung; Bienenzucht; Götze, Idol; orientalische Kopfbedeckung; frühere Münze; Ziegenleder; heiteres musikal. Bühnenwerk; Zierpflanze; Wappenblume; Grill; Kamingitter; silberweißes Metall; von niedriger Temperatur; Nährmutter; frei von Unebenheiten; rutschig; Beurteilung; Tadel; Meerenge, Meeresstraße; Wüstenei; breiter Riemen; Sinnesorgan; Tagesabschnitt; lediglich; König von Sparta; chem. Zeichen für Radium; Auerochse; Laubbaum; radioaktives Schwermetall; linker Nebenfluss der Fulda; Abkürzung für siehe unten!; Mut haben, etw. zu tun (sich ...); Titulierung; Frauenname; Buch im A.T.

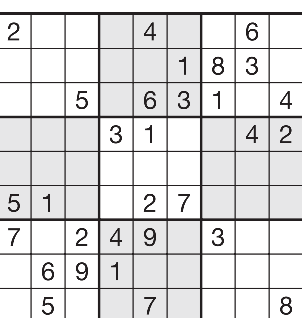
So ist's richtig:

Diagonalrätsel: 1. Pflock, 2. Korken, 3. Barren, 4. Fabrik, 5. Heuler, 6. Lawine – Porree, Kerbel

Kreiskette: 1. Korral, 2. Tanaro, 3. angeln, 4. Semele, 5. Wisent – Arrangement

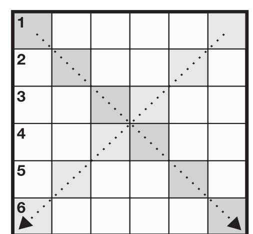
Sudoku:

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, ergeben die beiden Diagonalen zwei Gewürzpflanzen.

1 Pflahl
2 Flaschenpropfen
3 Turngerät
4 Werk
5 junger Seehund
6 stürzende Schneemasse

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte ein anderes Wort für Vereinbarung, Übereinkommen.

1 Gehege für wilde Tiere, Pferch, **2** italienischer Fluss zum Po, **3** Fische fangen, **4** Tochter des Kadmos, **5** Wildrind



Retusche in Rom und Sparta

Das Rheinische Landesmuseum zeigt eine Ausstellung zur Darstellung des Alters in der Antike

Im Jahr 2007 feierten allein in Deutschland 5120 Menschen ihren 100. Geburtstag. In vielen Ländern Europas macht der Anteil der über 65jährigen inzwischen etwa 20 Prozent aus. Eine Entwicklung, die nicht nur Demographen graue Haare verursacht. Das Rheinische Landesmuseum in Bonn beschäftigt sich in der Ausstellung „Alter in der Antike“ mit einer besonderen Sicht auf diesen Lebensabschnitt.

„Wir werden nicht älter, sondern knackiger“, schmunzelte der Physiotherapeut, als er an dem Arm der Patientin zog und sich ein leises Knacken vernehmen ließ. „Es ist doch komisch, da wollen alle Leute älter werden, aber nicht

Das Unheil »Alter« nur nicht heraufbeschwören

alt sein“, sinniert er noch. In der Tat: Selbst im modernen Sprachgebrauch findet sich das Wort „alt“ kaum noch. Man spricht von Senioren oder von der Generation 50 plus, so als wolle man ein Unheil nicht heraufbeschwören. Das hat schließlich auch Auswirkungen auf die Senioren selbst. Dem Idealbild des rüstigen Rentners, das auch in der Werbung propagiert wird, joggen mittlerweile beide Geschlechter hinterher. Fit und gesund wollen alle aussehen. Und nicht erst seit es Bildbearbeitung mit Photoshop gibt, schummeln die Menschen bei Porträts: Schon in der Antike verschönerte man die Bildnisse, indem man Falten wegretuschierte und Muskeln aufpumpte.

Die Ausstellung „Alter in der Antike – Die Blüte des Alters aber ist die Weisheit“ erzählt die Geschichte des Alters. Gleich am Eingang der Ausstellung werden die Besucherinnen und Besucher von einer Sphinx, wie einst die griechische Sagengestalt Ödipus, mit einem Rätsel konfrontiert: „Was ist es, das am Morgen auf vier Beinen geht, am Mittag auf zwei und am Abend auf drei?“ Ödipus wußte die Antwort: „Der Mensch. Als Kleinkind krabbelt er auf allen vieren, als Erwachsener wandert er aufrecht auf zwei Beinen, im Alter benötigt er einen Stock.“

Dieser Einstieg stimmt die Besucherinnen und Besucher auf die zahlreichen Facetten des Alters ein. In der Sagenwelt, in den Bildnissen alter Philosophen, in den



Porträts zweier Frauen in der Antike: Livia (links), die Gattin des Kaisers Augustus, aus dem 1. Jahrhundert n. Chr. und der Kopf einer Unbekannten aus dem 2. Jahrhundert n. Chr. Während die eine alterslos dargestellt wird, zeigt die andere deutliche Spuren des Alters. Bilder: Landesmuseum Bonn

Heilmitteln gegen das Altern und im Vertuschen von Alterszügen wird die Auseinandersetzung mit einem Abschnitt des menschlichen Lebens deutlich, in dem die meisten Menschen sich eines Tages wiederfinden werden.

In der griechischen und römischen Kunst mit seiner Fülle von Statuen sportlicher junger Männer und Frauen, die Aphrodite ähneln, stellten Darstellungen alter Menschen die Ausnahme dar.

Schon damals bedeuteten faltenreiche Gesichter und hinfällige, gebeugte Körper für Frauen und Männer nicht dasselbe. Auch gibt es kulturelle Unterschiede in der Bewertung des Alters. So hatten Altersdarstellungen in der griechischen Kultur einen eher negativen Stellenwert als in der römischen, betonen die Ausstellungsmacher.

Unter bestimmten Voraussetzungen war es sogar sehr erwünscht, alte Menschen in Marmor zu hauen. So zeigt eine Büste des Aristoteles aus dem Jahre 320 auf der Stirn des Philosophen zwei deutliche Wellenlinien. Mit der wahrheitsgetreuen Abbildung realer Altersrunzeln hatte das wenig zu tun. Die beiden Linien signalisieren die typische berufsbedingte

Schon in der Antike verschönerte man die Porträts

Denkerfalte. Ein bezeichnendes Werk der Ausstellung ist auch ein Kopf der Livia, der Gemahlin des römischen Kaisers Augustus. Die edle Dame gab dieses Porträt frühestens 14 nach Christus in Auftrag, da war sie 70 Jahre alt. Das steinerne Bild der Livia zeigt wunderbarerweise glatte Haut. Bei genauem Hinsehen jedoch sind Fettpolster zu entdecken, auch ist der Mund eingefallen, so wie bei einer alten Frau. Der Bildhauer hat einfach nur die Falten weggelassen. Antiker Photoshop, sozusagen.

Immer wieder finden sich in der Ausstellung Bezüge zur Gegenwart, werden Fragen aufgeworfen, die gerade mit Blick auf die ständig wachsende Bevölkerungsgruppe der Senioren von besonderer Relevanz sind. So gab es in der Antike schon „Anti-Aging-Experten“. Der berühmte römische Arzt aus dem 2. Jahrhundert nach Christus, Galenus von Pergamon, empfahl den maßvollen Genuß von Wein und längere Spaziergänge – und lag damit gar nicht so falsch, wie moderne Kollegen bestätigen. Doch im Gegensatz zu unserer modernen Gesellschaft war die antike Gesellschaft vergleichsweise jung, lag doch die durchschnittliche Lebenserwartung nur zwischen 20 und 30 Jahren. Der Anteil alter Menschen wird auf nur fünf bis zehn Prozent geschätzt. Und so spiegelt die antike Kunst diese junge Gesellschaft wider. Philosophen, Dichter und Herrscher werden allerdings im Alter dargestellt, galt doch der Rat der Alten in der Antike noch etwas. In Sparta gab es die „Gerusia“, den Ältestenrat, ein Verfassungsorgan, dem verdiente Bürger der „Generation 60 plus“ angehörten. Aus der Oberschicht rekru-

Nur Dichter und Philosophen dürfen Krähenfüße haben

tierten sich auch die Philosophen und Dichter, die wegen ihrer Altersweisheit geschätzt wurden. Die Büsten von Homer oder Aristoteles in Bonn prunken daher mit Krähenfüßen, eingefallenen Wangen oder auch schütterem Haar.

Der Begleitband zur Ausstellung beschäftigt sich nicht nur mit den Schattenseiten des Alterns. Experten verschiedener Fachrichtungen berichten über alte Menschen und Götter in Mythos und Literatur, über die Veteranen der römischen Armee, über den Greis als Stereotyp in der griechischen Komödie oder über antike Geriatrie und philosophische Ansichten über das Alter und seine Verfallserscheinungen. In den Bildnissen von Philosophen, in Heil- und Wundermitteln gegen das Älterwerden und im Vertuschen von Alterszügen durch Schminke und Magie spiegelt sich die frühe Auseinandersetzungen mit diesem Abschnitt des Lebens. *S. Osman*

Die Ausstellung im Rheinischen Landesmuseum, Colmantstraße 14–16, Bonn, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr, mittwochs bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 5 / 3,50 Euro, Katalog 192 Seiten, 93 Abbildungen, 12,80 Euro (im Museum), 19,90 (Buchhandel).

Noch einmal Schmetterlinge im Bauch

Wenn Senioren eine neue Partnerschaft suchen

Viele Menschen über 50 Jahre leben allein. Manche von ihnen sind verwitwet, manche leben in Trennung oder Scheidung, manche haben den passenden Partner einfach noch nicht gefunden. Jemanden kennenzulernen und eine Partnerschaft aufzubauen ist gerade für die „Generation 50 plus“ nicht einfach, vor allem nicht für Frauen. Wichtigster Hinderungsgrund ist, daß Männer im entsprechenden Alter oftmals nach jüngeren Frauen suchen. Das bestätigt auch Christa Appelt, Inhaberin einer Partneragentur. „Tatsächlich orientieren sich meine Herren altersmäßig zunächst gerne nach unten“, erzählt Appelt. Wenn die Chemie stimme, sei der Altersunterschied aber nicht mehr wichtig. Dennoch scheinen einige Damen klar im Vorteil zu sein. „Witwen sind beliebt, weil kein Ex-Mann auftauchen kann“, so Appelt. „Geschätzt wird auch eine Frau mit Stil, Wärme und glücklichem Naturell – Männer suchen das anschmiegsame Weib.“ Die 54jährige ist bereits 15 Jahre in der Partnervermittlung tätig, gründete Anfang der 90er Jahre ihr erstes eigenes Institut in Berlin, Filialen in München, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und Zürich folgten.

Tatsächlich waren Frauen über 50 nie so attraktiv und jung wie heute. Zugleich nehmen sie sich in diesem Alter die Freiheit, ihr



Gemeinsame Interessen verbinden: Die Generation 50plus ist aktiver denn je. Bild: Gesundheitsnews

Leben und Lieben nach eigenen Wünschen zu gestalten. „Frauen stehen jetzt nicht mehr unter dem Druck, eine Familie zu gründen“, erklärt die Beziehungsforscherin Wiebke Neberich. „Viele Zwänge, die eine frühe Beziehung bestimmt haben, gibt es nicht mehr“, so die Psychologin.

Die langjährige Erfahrung macht entschiedener, aber auch toleranter. Weibliche Singles 50 plus sind sehr großzügig, was Äußerlichkeiten angeht. Stattdessen geht es um eine Beziehung auf Augenhöhe und darum, sich Freiräume zu bewahren, so das Ergebnis einer Studie, die das Onlineportal Parship in Auftrag gab.

Viele Senioren entdecken gerade dabei auch eine neue Form von Partnerschaft: das Zusammenleben in getrennten Wohnungen. „Living apart together“ (getrenntes Zusammenleben) heißt die Alternative zum gemeinsamen Haushalt. Immer mehr Senioren gelingt es so, im Alter eine neue Partnerschaft zu gründen. Sie wollen sich nicht zu eng aneinander binden, suchen aber Vertrauen und Verläßlichkeit. „Eine gute Partnerschaft im Alter ist eine psychologische Leistung“, sagt Professor Andreas Kruse, Gerontologe an der Universität Heidelberg.

Senioren heute haben also gute Chancen, auch mit 60, 70 oder gar 80 Jahren noch einmal eine erfüllte Partnerschaft zu finden. Die Gesellschaft schaut nicht mehr pikiert zur Seite, wenn sich jung verliebte Senioren händchenhaltend in der Öffentlichkeit zeigen. „Oft aber reagieren Familienangehörige, insbesondere die eigenen Kinder, irritiert, wenn ältere Familienmitglieder eine neue Liebe erleben“, weiß Appelt. Doch ebenso wie neue Beziehungen eingegangen und auch Ehen im fortgeschrittenen Alter geschlossen werden, trennen sich auch immer mehr Senioren nach langjähriger Partnerschaft. Laut Insa Fooken, Professorin für Entwicklungspsychologie an der Universität Siegen, machen späte Scheidungen mittlerweile rund ein Fünftel der gesamten Scheidungen aus. Wie die künftige Generation 50plus leben und mit dem Thema Liebe umgehen wird, können auch Experten nur schwer vorhersagen. Allein schon durch die wachsende Zahl von Single-Haushalten wird sich die nächste Altengeneration verändern. Immer weniger Frauen und Männer haben dann überhaupt noch Erfahrung im dauerhaften Zusammenleben – auch wenn sie immer wieder neue Partnerschaften geführt haben. Das getrennte Zusammenleben könnte daher in der nächsten Generation von Senioren noch zunehmen, denn mit dem Alter sinken die Chancen, Erfahrungsdefizite auszugleichen und doch noch die große Liebe für ein gemeinsames Leben zu finden. *Corinna Weinert*

Auch der Gast muß sich an Regeln halten

Was waren das für Zeiten, als erfolgreiche Rockstars aus lauter Übermut die Hotelzimmer zertrümmerten, in denen sie während einer Tournee nach den Konzerten hausten! Die Hoteliers, die zunächst begeistert waren ob der Publicity, haben mehr als drei Kreuze gemacht, als solche Chaoten wieder verschwanden. Es müssen aber keine Stars aus dem Showgeschäft sein, die Hoteliers zur Verzweiflung treiben, auch Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller haben manchmal schlechte Angewohnheiten. Das beginnt schon damit, daß Reservierungen eingehalten oder aber rechtzeitig storniert werden müssen. Man darf aber auch keine anderen Personen in das Hotelzimmer mitnehmen, sie dort übernachten lassen oder gar laute Partys feiern. Auch wenn so mancher Hotelier in den Urlaubsgebieten ein Auge zudrückt, denn eigentlich muß er gefragt werden, wenn man einen Gast mit aufs Zimmer nehmen möchte.

Wer dazu wiederholt in Partylaune lärmt, Hoteleigentum beschädigt oder andere Gäste belästigt, kann vom Hotelier sogar vor die Tür gesetzt werden.

Ein Problem gibt es auch beim Frühstück. Viele Gäste decken sich für den ganzen Tag mit Proviant ein und räumen dazu das Frühstücksbuffett ab. Ganz zu schweigen von Handtüchern und Löffeln mit dem Logo des jeweiligen Hotels, die immer noch als „witzige“ Souvenirs gelten. *os*

Der Weg durch den Zoll

Viele Menschen denken schon jetzt an ihren Sommerurlaub. Der eine oder andere wird wieder in ferne Länder fahren und bei der Heimreise in die Europäische Union für die Daheimgebliebenen landestypische Mitbringsel im Koffer haben.

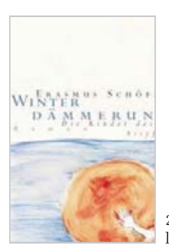
Manch einer wird sich auch selbst verwöhnen wollen: Eine Flasche von dem köstlichen Wein, den man abends in einem Restaurant am Meer trank, oder ein Glas von dem Honig, der so wunderbar auf der Zunge zerging – wer könnte da schon widerstehen?

Doch nicht alle Mitbringsel werden den Zoll passieren. Das Glas Honig könnte sogar konfisziert werden, sollte sich darin eine Wabe befinden (für Feinschmecker ein Hochgenuß). Die Wabe gilt nämlich als Teil des Bienenvolks, und ihre Einfuhr ist nur mit einem entsprechenden Gesundheitszeugnis erlaubt.

Lebensmittel, die nicht eingeführt werden dürfen, werden beschlagnahmt und auf Kosten des Reisenden fachgerecht vernichtet. Generell unterliegen alle Lebensmittel von Seiten der EU einer Einfuhrkontrolle. So will man nicht zuletzt auch der Verbreitung von Tierseuchen vorbeugen.

Vor allem in Zeiten der Vogelgrippe ist Vorsicht geboten. Geflügelfleisch und daraus hergestellte Erzeugnisse dürfen nicht in die EU eingeführt werden. Darunter fällt sogar das vor dem Heimflug am Flughafen gekaufte Sandwich mit Huhn.

Unter www.zoll.de findet man im Internet nähere Informationen. Dort kann man auch die nützliche Broschüre „Reisezeit – Ihr Weg durch den Zoll“ herunterladen. *os*



Gealterte 68er

Fortsetzung über Trotzkisten

„Wer mit 20 nicht links wählt, hat kein Herz; wer es mit 40 immer noch tut, keinen Verstand", behauptet eine Redensart. Das trifft auch für die gealterten Protagonisten des vierten und letzten Bandes, „Winterdämmerung" aus Erasmus Schöfers opus magnum „Die Kinder des Sisyfos" zu. 2001 erschien der erste Teil „Ein Frühling irrer Hoffnung", der die Geschichte der 68er aus der Perspektive des Studenten und späteren Geschichtslehrers Viktor Bliss, seiner Freundin Lena und des trotzkistischen Betriebsrats Manfred Anklam erzählt. Sie alle schwärmen für linke Ideale, lesen Marx, protestieren gegen den Vietnamkrieg und Springer und bewegen sich zwischen sexueller Befreiung und Eifersuchtsgefühlen. Der zweite Band „Zwielicht" schließt mit den Friedensdemonstrationen und der Anti-Atomkraft-Bewegung in den 70er Jahren an. Einen Blick über den deutschen Tellerrand gewährt der dritte Band „Sonnenflucht", der über die Kämpfe der Arbeiterschaft die Geschichte Griechenlands seit 1945 und die Rolle der dortigen Linken illustriert.

„Winterdämmerung" führt die mittlerweile Mitfünfziger durch die 1980er Jahre bis zum Fall der Mauer. Viktor Bliss hat verschiedene Probleme: von seinen schweren Brandverletzungen, die er sich bei einer Rettungsaktion in Athen zugezogen hatte, über sein Berufsverbot bis hin zu Flügelkämpfen innerhalb der DKP. Nachdem Lena ihn im Drang nach Emanzipation verlassen hat, erfährt er nur noch Unterstützung von seiner Enkelin Ann, die ihn aus den USA zum ersten Mal besucht. Manfred Anklam wandelt sich vom Saulus zum Paulus und steigt zum Werkleiter beim Krupp-Stahlwerk Rheinhausen auf. Als dieses jedoch Mitte der 1980er Jahre geschlossen werden soll und der Verlust Tausender Arbeitsplätze droht, wird Anklam zum führenden Kopf im Kampf um den Erhalt des Werks. Gemeinsam mit den Kollegen besetzt er die Hauptverwaltung in der Essener Villa Hügel. Auch ein Hauch von Drama fehlt dem Roman nicht. Beispielsweise Gewerkschafter und Journalist Sonnefeld, der kurz bevor er mit seiner Partnerin und ihren zwei Kindern zusammenziehen will, erst deren Tochter und dann sich selbst umbringt.

Das Leben fordert Kompromisse

Schöfer verdichtet auf faszinierende Weise private Beziehungsgeschichten und politische Ereignisse, etwa den Widerstand gegen die Startbahn West des Frankfurter Flughafens und die Raketenstationierung, Tschernobyl oder Glasnost und Perestroika. Erfundene Figuren begegnen historischen Persönlichkeiten, wie der Umwelt- und Friedensaktivisten Robert Jungk, dem Schriftsteller Peter Härtling, dem Grünen-Gründungsmitglied Petra Kelly oder dem Psychoanalytiker Horst-Eberhard Richter. Der Autor jongliert mit Protokollen, Tagebucheinträgen, Briefpassagen, Referaten. Er zeigt das Innenleben seiner Hauptpersonen in Alltagsdialogen, die durch Sprachkraft statt durch Gefühlsduselei überzeugen. Nur manchmal nerven Schöfers absatzoder sogar seitenlangen Sätze gespickt mit rheinischen Dialektausdrücken oder seine hohlen Phrasen sexueller Altmännerphantasien. *Sophia E. Gerber*

***Erasmus Schöfer: „Winterdämmerung – Die Kinder des Sisyfos"**, Dittrich Verlag, geb., 632 Seiten, 24,80 Euro*



Die, die sich ihre Rache ersang

Islamwissenschaftlerin haucht im Roman orientalischer Sängerin Leben ein

„Bagdad, im Jahre des Herrn 819. Eine neue schwüle Sommernacht legte sich über den Kalifenpalast. Der zum Hof hin offene Festpavillon war hell erleuchtet. Eunuchen in schwarzen Seidengewändern waren damit beschäftigt, die Reste eines Mahles abzuräumen, üppig beladene Silberplatten mit gefüllten Vögeln, Mandelhalwa und mit Walnüssen gespickte Feigen wurden zurück in die Küche geschleppt ... ‚Wartet nur auf Arib!' Salim sprach den Namen aus wie etwas Verbotenes, das ebenso reizvoll wie gefährlich ist ... ‚Sie ist die berühmteste Singsklavin im Reich des Kalifen.'"

In „Die Königin der Seidenstraße" erzählt Agnes Imhof die zum Teil authentische Geschichte der orientalischen Kayna Arib, einer Singsklavin, die in den Harem des Kalifen entführt wurde und nun auf Rache an ihrem Peiniger sinnt.

Die 1973 geborene Autorin studierte Islam- und Religionswissenschaften. Dank ihrer Kenntnisse der arabischen und persischen Sprache konnte sie in Originaldokumenten über die berühmte Sängerin des Orients recherchieren. So ist belegt, daß Arib nicht nur Kalifen mit ihren weiblichen Reizen und ihrer Sangeskunst um den Verstand brachte, sondern überall im Orient verehrt wurde. Doch ihre Liebe galt nicht den Herrschern, sondern einem rotblonden Franken.

Die Geschichte der Singsklavin Arib, die Kalifen verführte und in Thronkämpfen mitmischte, fasziniert noch heute

Agnes Imhof war dermaßen fasziniert von der Geschichte, daß sie sie als Grundlage für ihren vorliegenden Roman verwandte. So muß die zehnjährige Arib erleben, wie ihre ganze Familie von einem General des Kalifen, Haidar, und seinen Soldaten ermordet wird. Nur sie kann mit Hilfe der Singsklavin Theodora fliehen, stets Haidar auf ihren Spuren, der sie, die letzte Nachfahrin der Barakiden, vernichten will. Als Junge verkleidet reist Arib mit Theodora durchs Land. Bei Karawanen und in den Bergen bei den Kurden finden sie immer für kurze Zeit Schutz, bis sie weiterfliehen müssen. Keine 15 Jahre alt verliebt sich Arib auf der Durchreise Richtung Griechenland in einen Gesandten des Kaisers Karl, der auf dem Weg zum Kalifen ist. Doch unwissentlich verrät Wolfram von der Aue das Mädchen in Jungenkleidern, das nun zum Kalifen gebracht und von diesem brutal vergewaltigt wird. Dank ihrer beeindruckenden Gesangsstimme erhält sie jedoch die Erlaubnis, bei dem Meister Ishak in die Lehre zu gehen. Hier lernt sie, Singen als Mittel zur Verführung anzuwenden ... und der Grundstein für ihre Unsterblichkeit wird gelegt.

Agnes Imhof entführt ihren Leser in die Welt des Orients und verwickelt ihre Heldin in die Intrigen am Hofe. Am Ende ist Arib diejenige, die den Machtwechsel auf dem Kalifenthron herbeiführt. Doch der neue Machthaber hält nicht sein Versprechen, ihr den Kopf Haidars zu liefern, da er den General für die Kämpfe an der kurdischen Grenze viel zu dringend benötigt. Arib will nun selbst ihre Rachepläne in die Hand nehmen, doch da begegnet ihr Wolfram wieder und die alte Liebe verschiebt ihre Pläne. *Bel*

***Agnes Imhof: „Die Königin der Seidenstraße"**, Piper, München 2008, geb., 444 Seiten, 19,90 Euro*



In der Geschichte verschlungen

Tote Soldaten, Displaced Persons und ein mysteriöses Foto

Mit seinem neuen Roman „Die Frau auf dem Foto" meldet sich der britische Schriftsteller James Wilson nach „Der Schatten des Malers" zurück. Der Roman beginnt in den 20er Jahren, einer Zeit geprägt von Kriegsfolgen, Rezession, Hunger, Not und politischen Umwälzungen. Im Jahr 1927 unternimmt der angehende englische Filmemacher Henry Whitaker eine Reise nach Deutschland um Irma Brügge, die Verlobte eines Soldaten, der seinen Vater tötete, ausfindig zu machen. Im Gepäck trägt er einen Feldstecher, welcher dem ebenfalls toten Soldaten gehörte, um Irma diesen auszuhändigen.

Der Roman beginnt zunächst sehr vielversprechend. Das erste Aufeinandertreffen von Henry und der unbekannten Verlobten findet unter sehr mysteriösen Umständen statt. Fast scheint es dem Leser, als wäre die Zeit stehengeblieben, als Henry in einem tranceähnlichen Zustand mit der jungen Frau, die sich mittlerweile als Hure verdingt, eine Nacht verbringt.

„Wir befinden uns in einem etwa drei mal zweieinhalb Meter großen Zimmer. Den größten Teil des Raumes nimmt das Bett ein, außerdem gibt es einen Stuhl mit kaputter Sitzfläche aus Rohrgeflecht sowie eine kupferbeschlagene, militärisch aussehende Truhe ... Darüber hängt an der Wand die Fotografie eines jungen Mannes in Ausgehuniform. Er hat dunkles, in der Mitte gescheiteltes Haar, dichte, gerade Augenbrauen, einen Schnurrbart und ein rundes Kinn ... Seine in einem halben Lächeln erstarrten breiten Lippen sind hungrig ..."

Als Henry nach dieser verstörenden Nacht Deutschland fluchtartig verläßt, ohne sich Irma gegenüber erkennen gegeben zu haben, weiß er bereits, daß ihn dieses Ereignis nie wieder loslassen wird.

Was nun folgt, strapaziert die Geduld des Lesers: Henrys Aufstieg zum Filmemacher, die von Beginn an zum Scheitern verurteilte Ehe mit der hübschen Sekretärin Nicky, ein weiterer sinnloser Besuch des innerlich zerrissenen Henry bei Irma Brügge in Deutschland. Von einer inneren Unruhe beseelt, die für den Leser nur schwer nachvollziehbar ist, stößt Henry eines Tages beim Sichten von Filmmaterial für seinen bisher wichtigsten Film über Displaced Persons auf ein Foto, auf dem ihn eine ihm fremde Frau aus einer Menschenmasse heraus direkt anzulächeln scheint. Sofern der Leser es bis zu diesem Punkt, also bis zum letzten Drittel schaffen sollte, winkt ihm als Belohnung ein wirklich passables Ende.

James Wilson erzählt in „Die Frau auf dem Foto" die Geschichte des Henry Whitakers anhand seiner fiktiven Tagebuchaufzeichnungen von 1927 bis 1939 und von Notizen und E-Mails seiner Tochter Miranda. Und diese ist es auch, die zum Ende des Romans die Lösung des Rätsels findet, das ihr Vater zu Lebzeiten verzweifelt zu lösen versuchte: „Wer ist die Frau auf dem Foto?" *A. Ney*

***James Wilson: „Die Frau auf dem Foto"**, Insel Verlag, Frankfurt am Main 2008, geb., 499 Seiten, 22,80 Euro*



Aufrüttelndes über den Islam

Nüchtern-analytische Beiträge über den Koran und über Auswüchse bei seiner Auslegung

Das gegenwärtige Vordringen des Islam in Europa stellt eine epochale Herausforderung dar. Denn wie es scheint, ist der Islam weder vereinbar mit der pluralistischen Demokratie noch dem gewaltenteilenden Rechtsstaat oder der Gleichberechtigung der Geschlechter. Ja, er stellt die mühsam erkämpfte Trennung von Staat und Religion in Frage und bedroht damit die Freiheit des Individuums, wie sie in Europa verstanden wird. Die deutschen Politiker und Medien haben sich der darin liegenden Herausforderung bisher kaum gestellt, sondern üben sich in Beschwichtigung. Fast könnte man meinen, daß die Verantwortlichen die Dinge bis zu dem Punkt hin treiben lassen wollen, von dem an man auf „Sachzwänge" verweisen kann, wenn man der eingeschlagenen Entwicklung nicht mehr entgegentritt.

Wer sich nicht nur aus Mainstream-Medien informiert, weiß indessen, daß seit geraumer Zeit eine neue außerparlamentarische Opposition im Aufbau begriffen ist, die sich eben der Themen annimmt, die von der politisch korrekten Informationsversorgung konstant ausgeblendet werden. In zahlreichen Diskussionsforen stellt die Islamisierung derzeit das Thema Nr. 1 dar. Ähnliches zeichnet sich im Bereich der Printmedien ab. Während die zugkräftigsten Titel noch immer im Dienste der Vergangenheitsbewältigung stehen oder den Klimawandel beschwören, haben kleinere Verlage längst ein Problem entdeckt, das die Freiheit ungleich stärker bedroht als rechtslastige Nostalgien und linkslastige Klimaszenarien, nämlich die Ausbreitung des Islams in Europa.

In diese Literaturgattung reiht sich auch der hier angezeigte, von Armin Geus und Stefan Etzel herausgegebene Sammelband „Gegen die feige Neutralität – Beiträge zur Islamkritik" ein. Wie der Titel zum Ausdruck bringt, macht das Buch nachdrücklich gegen die verbreitete Auffassung Front, daß der demokratische Rechtsstaat mit jeder Religion vereinbar sei, wenn man nur friedlich sei und die Gesetze beachte. Leitmotiv aller Beiträge ist vielmehr die These, daß der Islam nicht nur eine Glaubens-, sondern eine das gesamte Tun und Lassen umfassende Verhaltensordnung darstelle, die den demokratischen Rechtsstaat auf Leben und Tod herausfordern wird.

Bei all dem weisen die Beiträge freilich einen sehr unterschiedlichen Charakter auf. Das ist bei

Sind Politiker das eigentliche Problem?

Verfassern so verschiedener Provenienz wie dem Staatsrechtler Doehring – die Überschrift seines einleitenden Aufsatzes bildet zugleich den Haupttitel des Buches –, dem Theologen Mynarek, dem Islamwissenschaftler Nagel, dem Ethnologen Bargatzka, dem Philosophen Rohrmoser, dem Schriftsteller Rosendorfer oder dem Publizisten Giordano – um nur einige zu nennen – auch nicht anders zu erwarten. Durchgehend gleich ist nur der aufrüttelnde Charakter der allenthalben eingestreuten Zitate, teils aus dem Koran, teils aus dem Munde muslimischer Funktionäre und Politiker. Das beginnt bei einer Bemerkung des Direktors des Islamarchivs Deutschland: „Für mich steht fest, Allah schickt die Arbeiter ins Abendland, um den Islam zum Sieg zu führen", reicht über die Kölner Rede des türkischen Ministerpräsidenten Erdogan an seine in Deutschland lebenden Landsleute (Zitat: „Niemand kann von Ihnen erwarten, daß Sie sich einer Assimilation unterwerfen. Denn Assimilation ist ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit") und endet bei der Feststellung des Direktors des Essener Instituts für Türkeistudien: „Die Leute werden Abschied nehmen müssen von der Illusion, Deutschland gehöre den Deutschen."

Einer der Autoren faßt das Ergebnis der bisherigen Entwicklung so zusammen: „Die Integration ist gescheitert, aber nicht weil der deutsche Staat zu wenig Bemühung und Leistung aufgebracht hat, sondern weil der Islam es jedem gläubigen Muslim verbietet, sich den Gesetzen und Bedingungen der Ungläubigen unterzuordnen." Von all dem scheinbar unberührt verkündet der deutsche Innenminister, daß der Islam „längst ein Teil unseres Landes" sei, und die deutsche Bundeskanzlerin erklärt öffentlich, sie sei nicht nur die Bundeskanzlerin für die Deutschstämmigen, sondern auch für die Andersstämmigen, Deutschland sei ein gemeinsames Land.

Manche der Autoren äußern angesichts solcher Stellungnahmen frei heraus, das eigentliche Problem sei gar nicht der Islam; das Problem seien vielmehr die deutschen Politiker und der Zustand der öffentlichen Diskussion unseres Landes. Ein Jurist wird sich fragen, ob nicht auch die „Wirklichkeitsabstinenz" der Rechtswissenschaft hierzu einen Beitrag geliefert hat. Ein Blick in den hier angezeigten Sammelband könnte die Antwort erleichtern. *Johann Braun*

***Armin Geus und Stefan Etzel (Hrsg.): „Gegen die feige Neutralität – Beiträge zur Islamkritik"**, Basilisken-Presse, Marburg an der Lahn 2008, geb., 275 Seiten, 24 Euro*

Weitere Neuerscheinungen

***Werner Bäcker: „Nur der Tod kann dich befreien ... Mein Leben als Fremdenlegionär und Flüchthelfer"**, Ares Verlag, Graz 2008, geb., 173 Seiten, 19,90 Euro*

***Manfred Schneider: „Tobias im Netz – Roman einer Kindheit"**, Verlag Neue Literatur, Jena 2009, broschiert, 286 Seiten, 16,80 Euro*

***Claus-D. Sinofzik: „Auf der Durchreise nach Masuren – Autobiographischer Roman"**, Frieling, Berlin, brosch., 775 Seiten, 27,90 Euro*

***Günther Karl Steinberg: „Eine Geschichte der Heimkehr – Mein Leben Teil I 1929 bis 1956"**, BoD, Norderstedt 2009, broschiert, 230 Seiten, 14,80 Euro*

***Irmgard Tetzlaff: „Sie wählten das Leben – Autobiographischer Roman"**, Buchwerkstatt, Berlin 2009, broschiert, 368 Seiten, 23,90 Euro*

***Dietrich Urbanski: „‚Wenn ich nicht zurückkehre ...' – Die dramatische Geschichte eines jungen Soldaten"**, cap-books, Haiterbach-Beihingen 2008, geb., 265 Seiten, 14,95 Euro*

Das Ostpreußen-Lyrik-Paket – exklusiv für die Leser der PAZ

Silke Steinberg
…steigt im Ost empor
Ostpreußen in seiner Lyrik
Geb., 256 Seiten, Format: 19 x 12 cm
ehemaliger Verkaufpreis: € 8,60

Ostpreußischer Sommer
In Bildern und Gedichten
Geb., 72 Seiten, 34 farbige Abbildungen, Format: 24 x 21,3 cm
ehemaliger Verkaufspreis: € 9,95

Beide Bücher zusammen: statt € 18,55
Best.-Nr.: 6751
nur noch € 9,95



Wolfgang Welsch
Die Verklärte Diktatur
Geb., 308 Seiten mit Schutzumschlag
Best.-Nr.: 6771, € 24,90



Travis Elling
Masuren
Wunderschöner Bildband
Gebunden, farb. Abb., 160 Seiten,
Format 21 x 27 cm
Best.-Nr.: 6768, € 9,95

OSTPREUSSEN-
Die Heimat unvergessen!



April-Sonderangebot
jetzt nur noch € 2,95

Ostpreußen-Schlüsselband
Umlauftext:
Ostpreußen-Die Heimat unvergessen!
Schlüssel-Umhängeband mit Haken und Clip zum leichten Lösen. Länge: 550 mm, Breite: 20 mm
Best.-Nr.: 6329, ~~€ 4,95~~



Ostpreußen-Reise 1937
Die klassische Rundreise durch Ostpreußen in historischen Filmaufnahmen.

Diese noch nie gezeigten Filmstreifen werden durch weiteres herrliches Filmmaterial aus verschiedensten Quellen aus der Zeit vor dem Krieg zu einer umfassenden Gesamtschau Ostpreußens ergänzt: Marienburg, Weichselland, Königsberg, Allenstein, Tannenberg-Fahrt, Oberland, Frisches Haff, Ermland, Masuren, Romintener Heide, Trakehnen, Tilsit, Elchniederung, Kurische Nehrung, Memel, Pillau, Zoppot und Danzig.

Laufzeit: 176 Minuten
Best.-Nr.: 2789

Sonderangebot! statt € 25,80 nur € 19,95



Max Riemer, Wilhelm Obgartel
Geschichtliches Heimatbuch Ostpreußen
Geb., 248 Seiten, Format: 17 x 24 cm, Reprint der Originalausgabe von 1925, Leineneinband mit Goldprägung
Best.-Nr.: 4812
statt € 24,95 nur € 9,95



Martin Schmidtke
Rettungsaktion Ostsee 1944/1945
Zusammenfassende Dokumentation einschließlich der beteiligten Schiffe und Boote von Handelsflotte, Kriegsmarine, Luftwaffe und Heer mit den Häfen und Einschiffungsorte während der Rettungsaktion. Darüber hinaus enthält das Buch eine chronologische Liste der Schiffs- und Menschenverluste. Über ein alphabetisches Register der beteiligten Schiffe, der früheren und Zweit-Schiffsnamen und der Schiffsnamen nach Kriegsende verschafft sich der Suchende schnell einen Überblick.
Geb., 344 Seiten mit über 1000 Abbildungen, Großformat
Best.-Nr.: 4760
€ 39,00





lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Hubertus Knabe
Honeckers Erben
Die Wahrheit über DIE LINKE
Als 1989 die SED-Diktatur gestürzt wurde, hätte niemand gedacht, dass die Staatspartei der DDR zwanzig Jahre später die Geschicke der Bundesrepublik mitbestimmen würde. Doch nach mehrfachen Metamorphosen, dubiosen Verschiebungen ihres Milliardenvermögens und dem obskuren Zusammenschluss mit westdeutschen Altlinken drängt die Partei zurück an die Macht. In welch beunruhigendem Maße es eine personelle, programmatische, organisatorische und finanzielle Kontinuität von der SED zur Partei Die LINKE gibt, dokumentiert Hubertus Knabe in gewohnter Gründlichkeit. Mit viel Geschick hatten es Parteifunktionäre wie Gregor Gysi oder Lothar Bisky 1989/90 verstanden, die diskreditierte Diktaturpartei zu retten und die Misere, die vierzig Jahre Sozialismus hinterlassen haben, anderen in die Schuhe zu schieben. Das Milliardenvermögen der SED, bis heute angeblich unauffindbar, wurde auf Auslandskonten verschoben. Durch wiederholte Namensänderung wurde die SED-Herkunft verschleiert - noch heute sind gut die Hälfte der Mitglieder alte SED-Genossen, darunter zahllose Stasi-Mitarbeiter. Das Parteiprogramm wurde auf Verfassungskonformität getrimmt, strebt in Wahrheit aber eine andere Republik an.Die jahrelang vergeblich betriebene Westausdehnung wurde schließlich mit Hilfe der WASG-Gründung und der populistischen Tiraden von Ex-SPD-Chef Lafontaine doch noch bewerkstelligt. Rechtzeitig zur Bundestagswahl leuchtet Knabe hinter die Kulissen einer Partei, die die Öffentlichkeit wie keine andere über ihr wahres Innenleben zu täuschen versteht und nicht zuletzt deshalb auf eine völlig unkritische Haltung der bundesdeutschen Medien trifft. Dieses Buch geht alle an, die sich um die politische Zukunft Deutschlands Sorgen machen.
Geb., 448 Seiten
Best.-Nr.: 6773
€ 22,90





Sturm über Ostpreußen
Der Untergang Ostpreußens als erschütternde Filmdokumentation
Die beiden Filme dieser Doppel-DVD (bisher als VHS- Video unter den Titeln: Ostpreußen im Inferno 44/45 und Ostpreußen im Todeskampf 45) schildern ergänzend mit teilweise noch nie gezeigten Aufnahmen, russischen und deutschen Wochenschauen und Interviews mit zahlreichen Augenzeugen - Soldaten und Zivilisten, wie die Tragödie des Untergangs Ostpreußens sich bis zur Kapitulation 1945 von Akt zu Akt steigert. Sowjetische Kameraleute hielten fest, wie Ostpreußen Stück für Stück der Roten Armee in die Hände fiel, wie Tilsit, Insterburg, Allenstein und Elbing brannten und wie schließlich im "Sturm auf Königsberg" die Hauptstadt genommen wurde.
Laufzeit: 210 Minuten + 40 Minuten Bonusfilme
Best.-Nr.: 4500

Sonderangebot! statt € 24,90 nur € 19,95



Heinz Buchholz
Iwan, das Panjepferd
Eine Kindheit zwischen Krieg und Frieden
Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 1333,
statt € 19,90 nur noch € 9,95

Elch, groß

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe 21 cm, Breite: 28 cm,
Gewicht: 2,7 kg
Best.-Nr.: 4013



€ 149,95

Heimataufkleber und Anstecker



Format: 14,5 x 9,5 cm
jetzt als Sonderangebot statt € 1,99 je Aufkleber nur € 1,49

Je Anstecker nur € 2,95

Pommern, Schlesien, Sudeten
Ost- und Westpreußen
Die Heimat unvergessen!



Rundstempel
Durchmesser 30 mm
je Stück € 12,95



Kerrin Gräfin von Schwerin
Wilhelmstraße 63
Schicksalsjahre einer preußischen Familie
Geb., 304 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6772, € 9,95

Elch, klein

Wunderschöne Darstellung gehend im Winterfell
Metallguß, bronziert, auf Metallplinthe,
Höhe: 16 cm, Breite: ca. 21 cm,
Gewicht: 1,3 kg
Best.-Nr.: 6627



€ 99,95

Unsere Musikempfehlung

100 Deutsche Volkslieder, 3-CD-Box
CD 1: Wohlauf, die Luft geht frisch und rein • All mein Gedanken, die ich hab • Mein Mädel hat einen Rosenmund • Kein Feuer, keine Kohle • Jetzt fängt das schöne Frühjahr an • Es, es, es und es • Ein Jäger aus Kurpfalz • u.a.
CD 2: Tanz mir nicht mit meiner Jungfer Käthen • Heiße Kathreinerle • Hopsa, Schwabenliesel • Wenn alle Brünnlein fließen • Das Lieben bringt groß Freud • Ännchen von Tharau • Im schönsten Wiesengrunde • Wahre Freundschaft • u.a.
CD 3: O Täler weit o Höhen • Kein schöner Land in dieser Zeit • Am Brunnen vor dem Tore • An der Saale hellem Strande • Ach, wie ist´s möglich dann • Du, du liegst mir am Herzen • Der König von Thule • Es waren zwei Königskinder • Heidenröslein • Freut euch des Lebens • Der Winter ist vergangen • Auf, auf zum fröhlichen Jagen • u.a.
Rundfunk-Jugendchor Wernigerode, Mädchenchor Wernigerode, Studiochor Berlin
Best.-Nr.: 6452, € 24,95

3 CDs

Fuchs, du hast die Gans gestohlen
Die schönsten Kinderlieder (Folge 2)
Fuchs, du hast die Gans gestohlen • Es tanzt ein Bi-Ba-Butzemann • Grün, grün, grün sind alle meine Kleider • Suse, liebe Suse • Trarira, der Sommer, der ist da • Kleine Meise • Eine kleine Geige • u.v.a.
Rundfunk-Kinderchor Berlin, Philharmonischer Kinderchor Dresden u.a.
Best.-Nr.: 6449, € 12,95

CD

Ein Männlein steht im Walde
Die schönsten alten Kinderlieder
Hänschen klein • Jetzt kommen viele Musikanten • Kuckuck, Kuckuck ruft´s aus dem Wald • Alle meine Entchen • Ich bin die Frau Hummel • Ein Männlein steht im Walde • Der Schaffner hebt den Stab • Liebe Schwester, tanz mit mir • Zeigt her eure Füße • Backe, backe Kuchen u.a.
RUNDFUNK-KINDERCHOR BERLIN und der ARMONISCHER KINDERCHOR DRESDEN
Best.-Nr.: 6448, € 12,95



Elchschaufel-Schlüsselanhänger

Elchschaufel-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6638, € 4,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger

Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Leif Guldmann Ipsen
Menschen hinter Stacheldraht
Flüchtlinglager in Oksböl 1945- 1949
Geb., 133 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 1719, € 29,95

Aren Gammelgaard
Auf Führerbefehl in Dänemark
Dtsch. Flüchtlinge 1945–1949
Geb., 242 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 5173, € 35,00

Arne Gammelgaard
Treibholz
Deutsche Flüchtlinge in Dänemark 1945-49
Geb., 160 Seiten
Best.-Nr.: 1823, € 24,95

Achtung! Neue Adresse Achtung!

PMD Preußischer Mediendienst
Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 16/09
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Versandkostenpauschale € 4,00, Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:
Straße/Nr.: Telefon:
PLZ/Ort:
Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Weder Haß noch Sympathie

Warschau – Deutsche und Polen stehen sich zunehmend gleichgültig gegenüber: Im Jahr 2000 empfanden 31 Prozent der Polen Abneigung gegen Deutsche, heute sind es nur noch 22 Prozent. Die Zahl der Deutschen mit Aversion gegen Polen sank von 24 auf 16 Prozent. Gleichzeitig schrumpfte aber auch der Anteil mit Zuneigung zum Nachbarn, bei den Polen von 38 auf 29 Prozent, bei den Deutschen von 24 auf 16. Auf beiden Seiten wuchs hingegen die Zahl derer, die zum Nachbarvolk weder Zu- noch Abneigung empfinden, besonders bei den Deutschen. Dies ergab eine Umfrage eines Warschauer Instituts. *H.H.*

USA machen kehrt

Washington – Die US-Regierung steht Berichten zufolge vor einem Einstieg in den Opel-Mutterkonzern General Motors. Der staatliche Einstieg steht im scharfen Kontrast zur früheren US-Politik. Während der Asienkrise Ende der 90er Jahre drängten die USA strauchelnde asiatische Staaten mit Nachdruck, massiv öffentliches Eigentum zu privatisieren. *H.H.*

ZUR PERSON

»Asiens Berlusconi«

Als „Asiens Berlusconi“ ist Thailands Ex-Ministerpräsident **Thaksin Shinawatra** von seinen Kritikern bezeichnet worden. Der Aufstieg des Sprosses einer wohlhabenden chinesischen Seiden- und Reishändlerfamilie begann als Polizist. Er heiratete die Tochter eines der ranghöchsten Polizeigeneräle und studierte in den Vereinigten Staaten Kriminologie. Nach der Rückkehr aus den USA lehrte er an der Polizeiakademie, handelte aber gleichzeitig mit Computern. Ein Exklusivvertrag zur Belieferung der thailändischen Polizei mit Rechnern legte den Grundstein zu seinem Medienimperium, das er für eine politische Karriere nutzte.



Er gründete mit „Thai Rak Thai“ eine eigene Partei, gewann mit ihr 2001 die Parlamentswahl und wurde noch im selben Jahr zum Ministerpräsidenten gewählt. Als erster demokratisch gewählter Regierungschef seines Landes überstand er nicht nur eine Legislaturperiode, sondern wurde sogar wiedergewählt. Das ist um so erstaunlicher, als seine Amtsführung nicht frei von Korruptionsvorwürfen war. Durchaus plausibel wurden ihm ähnlich wie Berlusconi Interessenverquickung sowie Mißbrauch seines Amtes und seiner Medienmacht vorgeworfen.

Im September 2006 kam dann das vorläufige Ende seiner politischen Karriere. Während eines Aufenthaltes bei der Uno in New York wurde er vom Militär weggeputscht. Thaksin hat inzwischen beteuert, keine politischen Ambitionen mehr zu haben, inwieweit er damit die Wahrheit sagt, ist eine andere Frage. Jedenfalls kommt das Land nicht mehr zur Ruhe, und es sind vor allem Anhänger Thaksins, die für Unruhe sorgen. *M. R.*



Moderne Piraterie Zeichnung: Mohr

Übergestülpt

Was Geschichte von Vergangenheit unterscheidet, wie Müntes Binsen klingen, und warum wir »Rechtsstaat« ganz neu lernen müssen / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Mißverständnisse durchwirbeln unser Leben. Es gibt drei Sorten davon: das einfache, das bräsige und das bösartige Mißverständnis. Das einfache ist schnell geklärt. Da fehlt nur ein Steinchen in der Erklärungskette. Ist das hinzugefügt, hat sich die Sache. Das bräsige ist schon schwerer zu beheben. Es sitzt tief und hat eine tragende Funktion im Weltbild übernommen. Wer hier aufklären will, kann schnell zum Haßobjekt werden. Das unappetitlichste Mißverständnis ist das bösartige. Es ist gewollt oder gar selbst gebastelt und verfolgt ein genaues Ziel. Seine Träger verteidigen es wie ein sturer Esel den Napf, aus dem er frißt.

Ein einfaches, gleichwohl zählebiges Mißverständnis rankt sich um die Wörter „Geschichte“ und „Vergangenheit“. Viele Menschen glauben, sie bedeuteten das gleiche. Keineswegs: Die Geschichte ist nicht die Vergangenheit, sie ist bloß die Summe der Geschichten, die von mehr oder minder berufener Stelle über die Vergangenheit erzählt werden.

Wie weit beides auseinanderklaffen kann, das konnten wir nun staunend beobachten. SPD-Chef Franz Müntefering hält den Westdeutschen vor, sie hätten die DDR der Bundesrepublik „zugeschlagen“ und den Landsleuten in der untergegangenen DDR danach das Grundgesetz „übergestülpt“.

Wenn das jetzt unsere Geschichte ist, müssen wir einiges umräumen in unseren Köpfen. Vergessen Sie alles, was sich an Bildern der Vergangenheit in Ihrer Erinnerung erhalten hat. Frei nach Münte ist unsere Geschichte folgendermaßen zu erzählen: Seit dem Frühjahr 1989 erhöhte sich der Druck auf Westdeutschlands Politiker immer rasanter. In München, Köln, Hamburg und anderen Städten bildeten sich Bürgergruppen, die den Anschluß der DDR an die Bundesrepublik forderten, im Herbst wurden daraus bedrohliche Massenaufmärsche unter der Parole „Die sollen rein!“

Im Oktober mußte der um friedliche Verständigung mit dem anderen deutschen Staat bemühte Bundeskanzler zurücktreten, kurz darauf ließ der Regierungssprecher in Bonn durch eine etwas umständliche Verlautbarung den Bundesgrenzschutz und die Berliner Polizei von der Leine, die unter den erstarrten Blicken der Welt die Grenzöffnung erzwangen. Danach stülpten sich Millionen Bundesbürger über die DDR, zwangen die dortige Regierung zur widerspruchslosen Annahme des Grundgesetzes per Beitritt zur Bundesrepublik und erklärten die DDR für erledigt.

Wie bitte? Sie meinen, solch ein Humbug könne sich nur in einer Kolumne wie dieser zusammenbrauen? Dann fassen Sie mal zusammen, was sich aus den Reihen der SED, PDS, Linken, oder wie der Laden gerade heißt, zum Zustandekommen der deutschen Vereinigung hören läßt. Allein, daß nun auch ein SPD-Vorsitzender die Geschichte vom brutal annektierten Arbeiter- und Bauernstaat übernommen hat, besitzt einen gewissen Neuigkeitswert. Er hätte ja davon reden können, daß auch die Westdeutschen nie über ihre Verfassung abstimmen durften und sich daher ebenso „übergestülpt“ vorkommen dürfen wie die anderen. Hat er aber nicht. Indes: Für eine neue, vom Volk zu beschließende Verfassung (wie es Artikel 146 des alten Grundgesetzes vorschrieb) hatte sich die SPD 1989 übrigens auch nicht eingesetzt, was ihr Chef in seinem Tremolo lieber überging. Statt dessen beschränkt er sich auf die gängige Ossi-Wessi-Pampe nach dem Geschmack der Dunkelroten.

> Als westdeutsche Demonstranten die Maueröffnung erzwangen und die DDR erledigten

Auch hätte Müntefering im Jubiläumsjahr 2009 – es ist schließlich Wahlkampf – an die Zögerlichkeit erinnern können, mit der selbst manche Unionspolitiker bis 1989 die deutsche Frage behandelt hatten. Meinte da nicht ein CDU-Chef, die deutsche Einheit sei erst eine „Aufgabe für kommende Generationen“ und stehe „nicht auf der Tagesordnung der Weltpolitik“?

Doch das wäre ebenso böse ins Auge gegangen für den Sozialdemokraten. Denn bei allem, was aus dem Lager der CDU/CSU an Doppeldeutigkeiten zur Schicksalsfrage der Nation bis 1989 herauskam: Immer schien es, als hätte man dort bloß die Position übernommen, welche die SPD ein paar Jahre zuvor (unter wütendem Protest der Schwarzen) verkündet hatte.

Zum Glück endete diese rotschwarze Abstiegsprozession der deutschlandpolitischen Positionen 1989, zwei Jahre, nachdem die SPD am untersten Rand des Denkbaren angekommen war: In einer „gemeinsamen Erklärung“ legten SPD und SED 1987 stolz die „humanistischen Wurzeln“ frei, auf denen beide Partei angeblich gesprossen seien. Auch so ein Stück Vergangenheit, aus dem man lieber keine Geschichte mehr macht.

Oder doch? Es geht, wie schon vor 1989, scheibchenweise. Nach alter Demagogenart werden erstmal Binsenweisheiten verteilt, damit einem die Leute traulich aus der Hand fressen, wenn man später das Gift verabreicht.

Seit einiger Zeit besteht Münte immer lauter darauf, daß man unterscheiden müsse zwischen den Menschen in der DDR und dem Regime. Ja, Donnerwetter! In einer Diktatur sind die Entscheidungen der Führung also nicht gleichzusetzen mit dem Willen des Volkes.

Eine Binse, klar, doch zumindest bestätigt der SPD-Chef damit nachträglich, daß die entschiedenen Regimegegner des Kommunismus nicht nur finstere Friedensstörer waren, wie zahlreiche seiner Freunde bis 1989 meinten. Und möglicherweise würde Münte nun sogar einräumen, daß es einen Unterschied gab zwischen NS-Regime und deutschem Volk! Wer aktuelle Varianten der NS-Geschichte verfolgt, könnte ja auf die Idee kommen, das gesamte deutsche Volk habe von 1933 bis 1945 per freier Abstimmung die Verbrechen selbst gefordert und sei über jedes Detail informiert worden. Oh, Vorsicht, jetzt wird's gefährlich. Denn was das Dritte Reich angeht, da läuft eine andere Logik: Da alle Deutschen NS-Verantwortliche waren, ist jede „Beweisführung“, daß dieser oder jener kein NS-Verbrecher gewesen sei, bereits Verharmlosung eines NS-Verbrechers und damit strafwürdig. Daher lassen wir davon besser die Finger, zumal man den NS-Staat mit keinem anderen Gewaltregime vergleichen kann, wie durch den Vergleich mit anderen Gewaltregimen ermittelt wurde.

Münte will ganz links fischen und darüber hinaus ein paar DDR-Nostalgiker an Land ziehen, welche die DDR „trotz allem“ als ihren Staat ansehen, statt als den Staat, der sich ihrer Freiheit bemächtigt hatte. Dabei kann er laut Umfragen darauf vertrauen, daß „Freiheit“ (in allen Teilen der Republik!) massiv an Ansehen verloren hat gegenüber ihrem sozialistischen Dauerrivalen, der „Gleichheit“. SPD-Kanzlerkandidat Steinmeier setzt diesen Befund schon in konkrete Schlachtpläne um und geht auf die Mittelschichtler los, indem er einen Großteil von ihnen zu „Besserverdienern“ aufpoliert und mehr Steuern von ihnen verlangt. Finanzminister Steinbrück stellt sogar alle Gutverdiener pauschal unter den Verdacht der Steuerhinterziehung und will Fahndung ohne konkreten Verdacht erlaubt sehen, jederzeit.

Daß Steuerhinterziehung nur bei Steuerzahlern vorkommt, ist logisch. Daß größere Summen nur von denen hinterzogen werden können, die viel verdienen, ebenso. Allerdings gibt es auch andere Bevölkerungsgruppen (ethnische, religiöse, berufliche ... wie auch immer), bei denen gewisse Delikte häufiger vorkommen als beim Durchschnitt. Man stelle sich vor, ein Politiker forderte, daß die Fahnder dort ab sofort ohne konkreten Verdacht jederzeit zugreifen dürften. Steinmeier würde aufschreien wegen der „Mißachtung rechtsstaatlicher Prinzipien“, der „Diskriminierung“ usw.

Neulich haben wir gehört, die DDR mit ihrer gewollt parteiischen, „sozialistischen“ Rechtsordnung sei eigentlich doch eine Art Rechtsstaat gewesen. Erst dachten wir, die spinnen. Langsam ahnen wir, daß wir es sind, die die Bedeutung des Begriffs „Rechtsstaat“ ganz neu lernen müssen.

ZITATE

*„Focus“-Chefredakteur **Helmut Markwort** nimmt die Umstände der Wahl des Nato-Generalsekretärs ins Visier. Die **Türkei** hatte wegen der Mohammed-Karikaturen 2005 gegen den dänischen Ex-Premier **Anders Fogh Rasmussen** protestiert:*

„Rasmussen hatte die Karikaturen nicht gezeichnet, nicht veröffentlicht und auch nicht gutgeheißen. Er hatte nur darauf hingewiesen, daß sie den Staat nichts angingen, da in Dänemark Pressefreiheit herrsche. Das wird offenbar nicht verstanden in einem Land, das mit Meinungsfreiheit, Religionsfreiheit und der Gleichberechtigung der Frau Probleme hat.“

*Der Schriftsteller **Bodo Hombach** benennt im „Spiegel“ (11. April) die Geschwindigkeit und die **Vermengung von Spiel und Ernst** in der computerbeherrschten Welt als **Ursache der Krise**:*

„Die menschgemachte Betäubung, die uns immer weniger unterscheiden läßt zwischen Nichtigem und Wichtigem, ist die eigentliche Ursache unseres großen bösen Erwachens ... Die zunehmende Verwirrung von Spielerei und Ernsthaftigkeit, der Triumph des sofort Erkennbaren, entzieht allem Langfristigen den Boden.“

*Der neue **Wirtschaftsweise Christoph Schmidt** warnt im „Tagesspiegel“ (14. April):*

„Der Staat kann nicht alles, das gilt nach wie vor. Das haben Theorie und Praxis über Jahre gezeigt. Auslöser der Finanzkrise war ja nicht nur ein Markt-, sondern auch ein Staatsversagen.“

Frei nach Grimm

„Tischlein deck' dich“ hieß es lange,
alles gab es auf Kredit,
keinem war vorm Zahltag bange,
überreichlich floß Profit.

Weltweit aber kommt die Krise,
und das Luftschloß kollabiert,
drum wird nun als Heils-Devise
„Esel streck' dich“ propagiert.

Leider speit die Druckerpresse
statt Dukaten Scheine bloß,
doch in höherm Interesse
schweigt man drüber virtuos!

Tja, die eigentlichen Mächte
– Strippenzieher sieht man nicht –
haben stets Erfüllungsknechte
für die Schau im Rampenlicht.

Und mit Spürsinn auserkoren
ist die Galionsfigur,
nämlich schwarz auf weiß geboren,
jung und stattlich von Statur.

Als Messias unsrer Tage
präsentiert man ihn der Welt,
und so manche bange Frage
wird dann gar nicht erst gestellt.

Nur Momentchen – hör' ich richtig?
Er versichert der Türkei,
daß sie ungeheuer wichtig
und ein Teil Europas sei!

Aufgepaßt: Nach „Tischlein deck' dich“
mit fatalem Beigeschmack
und nach dreistem „Esel streck' dich“
droht jetzt „Türke aus dem Sack!“

Pannonicus